

Konferenz des luxemburgischen EU-Vorsitzes



*Présidence luxembourgeoise
du Conseil de l'Union européenne*

Bilder und Wahrnehmungen der Armut

4. Europäisches Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen

Brüssel, 10. & 11. Juni 2005

Einleitung

Eröffnungssitzung

- Bruno GONCALVEZ; Teilnehmer der 3. Konferenz, Portugal
- Marie-Josée JACBOS, Ministerin für Familie und soziale Integration, Luxemburg
- Christian DUPONT, Minister für den Staatsdienst, soziale Integration, Städtepolitik und Chancengleichheit, Belgien
- Ursula HAUBNER, Bundesministerin für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Österreich
- Odile QUINTIN, Generaldirektorin, Europäische Kommission, GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit

Fortsetzung der Diskussionen aus den drei vorangegangenen Konferenzen zu 4 Fragenkomplexen:

- Beschäftigung und Ausbildung,
Jozef NIEMIEC, Politischer Sekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes
- Diskriminierung und Rassismus,
Cherry SHORT, Centre for Racial Equality, Vereinigtes Königreich
- Liberalisierung der Dienstleistungen,

Raymond MAES, Europäische Kommission, GD Beschäftigung, soziale
Angelegenheiten und Chancengleichheit

- Förderung von Strukturen und Mechanismen zur Bekämpfung von Armut und
Ausgliederung

Judit RÉZMÜVES, Stellvertretende Vorsitzende des Europäischen
Sozialschutzausschusses

Die Lage in den Mitgliedsstaaten & Präsentation von Eurochild

Workshops

- Aussagen von Betroffenen
- Zentrale Gedanken
- Zusammenfassungen
- Empfehlungen und Fragen

Diskussion – Stellungnahmen und Antworten

- Jerome VIGNON, Direktor, GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Europäische Kommission
- Tom MULHERIN, Präsident des Sozialschutzausschusses
- Brigitte WEINANDY, Ministerium für Familie und soziale Integration, Luxemburg, Mitglied des Sozialschutzausschusses
- Johan VANDENBUSSCHE, Ministerium für den Staatsdienst, soziale Integration, Städtepolitik und Chancengleichheit, Belgien
- Edeltraud GLETTLER, Gruppenleiterin für europäische und internationale Angelegenheiten im Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Mitglied des Sozialschutzausschusses, Österreich
- Ludo HOREMANS, Vizepräsident des EAPN

Schlussadressen

- Marie-Josée JACBOS, Ministerin für Familie und soziale Integration, vertreten durch Brigitte WEINANDY aus dem Ministerium, Luxemburg
- Maria MARINAKOU, Präsidentin des EAPN
- Prof. Gaston SCHABER, Vorsitzender der 4. Konferenz

Zusammenfassung der 4. Konferenz

„...dabeisein ist wichtig.“

Dieses Zitat von Pierre de Coubertin, das den olympischen Gedanken wiedergibt – man mag es für banal oder tröstend halten – hat neue Legitimität erhalten, da es von den Delegierten immer wieder erwähnt wurde: bei den Europäischen Konferenzen dabei zu sein, ist wichtig, dort zu sein und darüber zu sprechen, was Armut ist, dort zu sein, um zu sagen, dass Armut vermeidbar ist, dass man sich deswegen nicht schuldig fühlen muss, und dass von Armut betroffene Menschen nicht nur ihre Stimme erheben, sondern auch analysieren und handeln können.

Ihre Aussagen bei dieser Konferenz machten es möglich, das Bild der Armut anzusprechen – das Selbstbild der von Armut betroffenen Menschen, und das Fremdbild von Armut.

Einstimmigkeit

Es herrschte Einstimmigkeit darüber, dass das Bild der Armut oft stereotyp oder gar grob verzerrt ist, und dass die Medien dazu tendieren, Armut sensationsgierig und als saisonaler Schwerpunkt darzustellen.

Es bestand nahezu völlige Übereinstimmung dahingehend, dass die aktuellen NAPs ziemlich unzugänglich waren und dass von Armut betroffene Menschen von der Entwicklung bis zur Evaluierung eingebunden sein müssen. In manchen Mitgliedstaaten wurde ein Dialog eingeleitet und braucht nur weiterentwickelt zu werden.

Man war der einhelligen Meinung, dass es gilt, Good Practices zu finden, dass verschiedene Schlüsselkontakte und JournalistInnen Verbündete in der Armutsbekämpfung sein können, dass es immer wieder Personen mit ethischen Standards gibt, die verstehen, was Armut bedeutet, und dass viele Schlüsselkontakte und Akteure von Weiterbildung durch „Experten aus Erfahrung“ profitieren könnten, wie dies ein Ansatz aus Belgien zeigt.

Fragen, die bei früheren Konferenzen nicht geklärt worden waren – Arbeitsplätze, Diskriminierung und Rassismus, Liberalisierung der Dienstleistungen und Unterstützung für Armutsbekämpfungsmechanismen und –netzwerke – wurden behandelt und die Delegierten auf den neuesten Stand gebracht, es bedarf aber immer noch weiterer Untersuchungen.

Zugang zu Beschäftigung ist weiterhin ein akutes Problem, doch sind nicht mehr nur Arbeitslose arm, sondern auch Menschen, die in Beschäftigung stehen: **es gibt in Europa 14 Millionen „Working Poor“**. Diese Zahl ist umso erstaunlicher, als sie zu ernststen Zweifeln Anlass gibt, was Slogans wie „Arbeitsplätze und Wachstum sind eine Möglichkeit, Armut zu bekämpfen“ angeht. Mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze bedeuten nicht automatisch weniger Armut. Sollte sich dies als wahr erweisen, so hat die Kommission versprochen, auf die Regierungen einzuwirken.

Die Gewerkschaften sind in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen und politischen Akteuren **voll** in die Bekämpfung der Armut **eingebunden**. Die absolute Notwendigkeit eines Mindesteinkommens wurde unverrückbar in den Mittelpunkt gestellt und mit Nachdruck von der Kommission unterstützt.

Die soziale Ausgrenzung von ImmigrantInnen und Minderheiten ist sogar noch stärker als bei anderen Bevölkerungsgruppen.

Armutsbekämpfung lässt sich nicht vom Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus trennen, der – wie die Kommission darlegte – eine Frage der Rechte von legal in Europa aufhältigen MigrantInnen ist.

Die Liberalisierung der Dienstleistungen war ein weiteres Anliegen: während die Diskussion über den Begriff der Dienste von allgemeinem Interesse noch nicht abgeschlossen ist und man auf europäischer Ebene darauf verweist, dass Leistungen der Daseinsvorsorge leistbar sein müssen, ist es eine simple Tatsache, dass alle diese Dienste nicht liberalisiert sind. Europa kann die Regierungen nur daran erinnern, dass sie ihre aufsichtsbehördliche Verantwortung wahrnehmen müssen, wenn es um die Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge geht.

Und wie sieht es mit sozialen Diensten und Leistungen der medizinischen Versorgung aus?

Es bestand Einhelligkeit, dass der Sozial- und Dienstleistungsbereich nicht unter die europäische Richtlinie über Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt fallen sollte.

Der Aufbau effektiverer Netzwerke zur Armutsbekämpfung, vor allem durch bessere Finanzierung, ist nach wie vor gefordert.

Wie steht es um die Teilhabe der von Armut betroffenen Menschen?

Die Tatsache, dass in Frankreich und den Niederlanden das Volk die europäische Verfassung abgelehnt hat, ist nicht so sehr ein Schlag ins Gesicht Europas, sondern vielmehr ein Aufzeigen des Mangels an Kommunikation und Information, und eine Erinnerung daran, wie wichtig die lokale Ebene, das Gespräch von Mensch zu Mensch, in einem in ständiger Erweiterung begriffenen Europa ist. Diese Ebene der Entscheidungsfindung und Teilhabe ist von eminenter Bedeutung für die Bekämpfung der Armut.

Ein gemeinschaftsweites System des Informationsflusses von der lokalen zur europäischen Ebene auf freiwilliger Basis existiert oder ist in Entwicklung begriffen: Netzwerke, die die Weitergabe von Informationen in beide Richtungen, hinauf und hinunter, ermöglichen, sind im Entstehen; sie mögen unterentwickelt sein, sie brauchen jedoch nur etwas Stärkung, um die laufenden Dialog zu festigen. Die Förderung der Teilhabe bedarf auch des Aufbaus von Strukturen und Mechanismen, die den Kreislauf im Körper (der Gesellschaft) ankurbeln.

Es gilt, einen Dialog mit Europa ebenso aufzubauen wie mit Schlüsselkontakten und LokalpolitikerInnen, denn auch sie projizieren das Bild der Armut und können es durch Zahlen negativ darstellen oder durch Umsetzung gemeinsamer Maßnahmen das Positive hervorkehren.

Die lokale Ebene, Freiwilligennetzwerke, ein laufender Dialog zwischen von Armut betroffenen Menschen, ihren Organisationen und politischen Entscheidungsträgern, ein Austausch an einschlägigem Wissen und Erfahrungen sind die Grundlagen eines neuen, auf Solidarität beruhenden Europas, in dem die Armutsbekämpfung alle Bereiche erfasst, in denen es Ausgrenzung gibt: Das war es, was bei der 4. Konferenz gesagt wurde, was dort geschah. Alle TeilnehmerInnen lernten etwas voneinander, alle haben etwas zu geben, alle können und wollen dazu beitragen, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen.

Woran hakt es also?

Vermutlich irgendwo in der Mitte:

- Wo es darum geht, PraktikerInnen und PädagogInnen im Bereich soziale Dienste auszubilden;
- Wo es darum geht, Bewusstseinsbildung an vorderster Front im Verwaltungsapparat zu betreiben;
- Wo es darum geht, Mainstreaming voranzutreiben: oftmals gibt es nicht genug Erkennen der Zusammenhänge zwischen den Akteuren, die unter anderem Einfluss auf die Entstehung von Armut haben, wie das Strafjustizsystem, das Bildungssystem (sei es im Bereich Allgemeinbildung oder Spezialausbildung), Pflegeversorgung, Verkehr, Stadtplanung und –entwicklung ... um nur die wichtigsten zu nennen.
- Wo es darum geht, den Menschen die Angst vor dem Abgleiten in die Armut zu nehmen: manipuliert durch oberflächliche, sensationslüsterne, profitgierige und nicht immer freie Medien möchten sich „Herr und Frau Normalverbraucher“ weiterhin vor Armut sicher wissen. Diese Selbsttäuschung kann der schockierenden Wirklichkeit der Armut jedoch nicht standhalten, es zeigt sich bald, wie dünn die Trennlinie zwischen sozialer Integration und Ausgrenzung ist; „Herr und Frau Normalverbraucher“ wissen, dass auch sie morgen schon zu den Ausgegrenzten gehören können.

Das Außergewöhnliche und Neue an der 4. Konferenz ist, dass sie den Dialog zwischen den „Botschaftern“ der von Armut betroffenen Menschen und den „geladenen Gästen“, den zentralen Ansprechpartnern auf offizieller Ebene und bei den Entscheidungsträgern, eröffnet hat. Sie bestehen darauf, dass der Dialog weitergehen muss, dass „aus dem persönlichen Gespräch besseres Verständnis entsteht“, und dass Europas Strategie von Lissabon vorangetrieben werden muss.

Armut ist....

...wenn sich alle, deine Familie und die Gesellschaft von dir abwenden.

Das Leben an einem harten Tag.

...nie in der Lage zu sein, Pläne zu schmieden oder Entscheidungen zu treffen.

...nicht wirklich zu leben, sondern nur zu existieren.

...seine Würde zu verlieren.

...jeden Tag mehr aus der Gesellschaft ausgegrenzt zu sein.

Am schlimmsten ist es, keine Rechte, nur Pflichten zu haben.

Ausschnitte aus dem Video zur 3. Konferenz

Einleitung

In der ersten Jahreshälfte 2001 brachte unter der belgischen EU-Präsidentschaft der Minister für soziale Integration, Vande Lanotte, die Idee einer europäischen Konferenz für von Armut betroffene Menschen zum Thema „Auch wir haben an Europa teil“ auf. Die geplante Konferenz stand im Zusammenhang mit der im Jahr 2000 verabschiedeten Strategie von Lissabon in Zusammenhang, es ging darum, die Armut in der Europäischen Gemeinschaft bis 2010 auszumerzen. Die Strategie wurde auf dem Gipfel von Nizza 2002 durch Zielsetzungen konsolidiert, zu denen **eine Mobilisierung aller beteiligten Gremien gehörte, auch der von Armut betroffenen Menschen.**

Im Dezember 2001 gab es dann die erste dieser europäischen Konferenzen der von Armut betroffenen Menschen; sie fand in Brüssel statt und es gab zwei Tage Diskussionen zwischen Delegierten verschiedener EU-Mitgliedstaaten zum allgemeinen Thema der Teilhabe vor dem Hintergrund von Fragen wie Wohnen, Beschäftigung, Einkommen und Gesundheit.

Am Ende der Konferenz ersuchten die Delegierten, dass dieser Prozess fortgesetzt werden möge, und der belgische Minister versprach, eine 2. Konferenz zu organisieren.

Im Jahr 2003 nahm die griechische Präsidentschaft die Initiative auf und unterstützte den Gedanken der wiederkehrenden europäischen Konferenzen. Die Delegationen kehrten nach Brüssel zurück, um über Teilhabe zu diskutieren und vor allem Hindernisse und Anreize für Teilhabe zu identifizieren.

Die Bedeutung der Tatsache, dass von Armut betroffene Menschen in die Umsetzung der Strategie von Lissabon eingebunden sein sollten, lag auf der Hand: gute Teilhabepraktiken machen Entscheidungen relevanter und verbessern die Umsetzung von Prozessen. Eine 3. Konferenz wurde unter der irischen Präsidentschaft im Jahr 2004 abgehalten und zielte auf eben diese Teilhabepraktiken ab. Der Dialog wurde konsolidiert und die Konferenzen wurden Teil der europäischen Agenda.

Dieses Jahr hat die luxemburgische Präsidentschaft die Initiative ergriffen und zur 4. Konferenz zum Thema ***Bilder und Wahrnehmungen der Armut*** geladen.

Die Ziele der 4. Konferenz

Den Kontext der Konferenzen bildet die Europäische Strategie für soziale Integration, die auf der Methode der offenen Koordinierung beruht und deren zentraler Bestandteil die Nationalen Aktionspläne „Soziale Integration“ (NAP Incl) sind.

Bilder und Wahrnehmungen der Armut, warum dieses Thema?

In den Konferenzen 2001 bis 2003 wurde die Wahrnehmung von Armut so oft angesprochen, dass sie als eigenständiges Thema behandelt werden musste. Daher stellt sich die 4. Konferenz die Aufgabe, das Thema „Bilder und Wahrnehmungen der Armut“ und deren Auswirkungen auf die Entwicklung und Umsetzung der Europäischen Strategie für soziale Integration zu untersuchen, im Hinblick darauf, denen eine Chance zu einem Beitrag zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu geben, die dieses Bild prägen.

Zielsetzungen der 4. Konferenz:

- Entwicklung eines Prozesses des kreativen Lernens und eines Diskussionsforums, in dem die Teilnehmer ihre Erfahrungen mit Teilhabe austauschen und sich somit mehr in die Gesellschaft einbringen können;
- Stärkung der Fähigkeit der Teilnehmer, zur Arbeit der NGOs in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung beizutragen und mit Vertretern der Behörden und anderer Akteure zu interagieren;
- Förderung der Einbindung der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen in die Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung der Nationalen Aktionspläne „Soziale Integration“¹ über die Organisationen, an denen sie beteiligt sind,
- Stärkung des Engagements der EU-Institutionen für die Einbindung der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen in die Gestaltung politischer Maßnahmen und deren Umsetzung auf allen Ebenen über die Organisationen, an denen sie beteiligt sind;
- Setzung eines Schritts vorwärts im Dialog zwischen von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen und den Vertretern der europäischen

¹ Abkürzung: NAP

Institutionen, politischen Entscheidungsträgern und anderen wichtigen Akteuren in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Die Konferenz ist kein Ersatz für die Arbeit der vielen Organisationen und Netzwerke, die mit von Armut betroffenen Menschen arbeiten; sie ist vielmehr Ausdruck der Anerkennung seitens der Europäischen Präsidentschaft, wie wichtig die Stimme der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen ist, und wie bedeutsam ihre Beteiligung an strukturierten Netzwerken ist, die es ihnen erleichtern, in die Entscheidungsprozesse eingebunden zu sein, die die Gesellschaft gestalten.

Zur Organisation der 4. Konferenz

- brachte die luxemburgische Präsidentschaft ein Organisationskomitee, bestehend aus VertreterInnen des luxemburgischen Ministeriums für Familie und Integration, der Regierungen von Belgien und Österreich (das Land der EU-Präsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2006 und Gastgeberland der 5. Konferenz), der Europäischen Kommission, des EAPN, von ATD Veirte Welt und FEANTSA zusammen.
- In jedem Mitgliedstaat wurden KoordinatorInnen bestellt, die bei der Planung der Konferenz und ordnungsgemäßen Vorbereitung der Delegierten helfen sollte.
- EAPN wurde ersucht, das Organisationskomitee durch Entwicklung des Inhalts, der Methodik und der praktischen Vorkehrungen für die 4. Konferenz zu unterstützen.

Die Zeit und Ressourcen, die für die vorbereitende Arbeit auf nationaler Ebene zur Verfügung standen, waren ein neues Element in der Konferenzvorbereitung und brachte aussagekräftige Ergebnisse.

Eröffnungssitzung

Bruno GONCALVEZ, Teilnehmer an der 3. Konferenz (Portugal)

Eingangs möchte ich daran erinnern, dass die Person, die im vergangenen Jahr die Aufgabe hatte, die ich heute übernommen habe, ihre Rede mit den Worten schloss: „Jede und jeder von uns ist Botschafter des eigenen Landes, und ich bin sicher, dass wir alle stolz auf diese Rolle sind.“ Wir alle, die wir heute hier versammelt sind, tragen große Verantwortung. Wir sind mehr als nur Vertreter unserer Ländern, wir sind die Sprecherinnen und Sprecher für unser eigenen sozialen Verhältnisse und Gruppen, und für alle, die auf diesem Kontinent leben, von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und deren Stimme meist nicht gehört wird.

Die Aussagen europäischer Bürgerinnen und Bürger, die von Armut betroffen sind, zeigt das Ausmaß der Arbeit, die es zu tun gilt, nicht nur von uns, sondern auch von den NGOs, den politischen Entscheidungsträgern in den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission. Um die Wahrheit zu sagen, es liegt in der Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger, ausnahmslos. Nur wenn wir auf diese Weise zusammenarbeiten, können wir die Zielsetzungen des Rates von Lissabon aus dem Jahr 2000, wie sie in der Europäischen Strategie für soziale Integration festgelegt sind, so umsetzen, dass sie bis 2010 entscheidende Wirkung für die Ausmerzung der Armut entfalten.

Die Europäische Strategie für soziale Integration erfordert von unseren Staaten jeweils einen Nationalen Aktionsplan „Soziale Integration“ als Mittel zu ihrer Umsetzung. Dieses Jahr haben wir fast die Hälfte der Frist bis zur endgültigen Ausmerzung der Armut erreicht. Und die Frage ist: was zeigt die Evaluierung? Wird, was bisher geschehen ist, dazu führen, dass wir das Ziel für 2010 erreichen? **Ist eine Zahl von 69 Millionen von Armut betroffenen Menschen schockierend genug, um die europäische Gesellschaft zu mobilisieren?** Oder muss sie noch weiter steigen, damit die Bekämpfung der Armut eine echte Priorität der EU wird? Es geht mir hier nicht darum, Endzeitszenarien zu verbreiten, ich will nur, dass wir uns alle fragen, ob wir auf den richtigen Weg sind.

Ich bin Portugiese, Roma und Europäer.

Ich sage das aus einem bestimmten Grund: Ich bin Mitglied einer Volksgruppe, die in jedem Land der EU vertreten und die durch die Erweiterung betroffen ist. Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jahr 2007 werden etwa 10 Millionen Roma EU-BürgerInnen sein.

Im Wirklichkeit hatten die Roma aber immer schon diese europäische Dimension, lange vor dem Vertrag von Rom und lange, bevor die heutigen Grenzen gezogen wurden. Es gibt uns in Portugal und in Europa seit 500 Jahren. Wir waren immer ein Wandervolk, das ständig nach neuen Horizonten suchte und oft von ärgster Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen war. Es ist traurig, aber sind wir nicht die Einzigen, die so viele Jahre um ihre Rechte und ihre Staatsbürgerschaft kämpfen und denen diese Rechte verweigert werden.

Die EU-25 (bald 27) bieten uns die Möglichkeit größerer Mobilität und sozialer Integration durch Beschäftigung, Wohnen, Gesundheit, Bildung und staatsbürgerliche Teilhabe. Es gilt aber, noch viel mehr zu tun.

Ich glaube, dass nur ein soziales Europa, das Zugang zu Rechten, Respekt für die grundlegenden Prinzipien eines anständigen Lebens für alle, unabhängig von Land, Ethnie, Religion oder Geschlecht, volle Bürgerrechte garantieren kann. Das erwarte ich mir von Europa – einem Europa, das wirklich Gleichberechtigung sichert, und die Möglichkeit für alle Bürger, an allen Aspekten des Lebens teilzuhaben, sodass ihre Stimmen in den Strukturen der lokalen, nationalen und europäischen Ebene gehört werden. Diesen Respekt und diese Kommunikation sind die einzigen Möglichkeiten, ein wirklich soziales Europa zu schaffen.

Diese Konferenzen sind eine Gelegenheit für alle unter uns, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Zwei Tage lang sind wir die Stimmen von Gruppen, die nie geglaubt oder zu glauben gewagt haben, dass sie in ihrem Land, geschweige denn in Brüssel, gehört würden.

Wir können für uns nicht in Anspruch nehmen, dass wir für alle Armen und Ausgegrenzten sprechen. Wir haben diese Legitimierung nicht, aber wir wurden demokratisch in großen Versammlungen in unseren Ländern ausgewählt. Wir haben die Gelegenheit, an dieser Konferenz teilzunehmen, vielleicht die einzige

in unserem Leben. Das bedeutet aber auch, dass wir die Pflicht haben, nach der 4. Konferenz unser Möglichstes dafür zu tun, dass der Prozess am Laufen bleibt. Es ist unsere Pflicht, als Lobby aufzutreten, alle politischen Führungspersonen auf allen Ebenen auf die Notwendigkeit hinzuweisen, dass die Prozesse der Teilhabe weitergehen müssen, und den Kampf der früheren Konferenzen in die Tat umzusetzen: Auch wir haben Teil an Europa!

Ich möchte betonen, wie wichtig das Thema dieser Konferenz - „das Bild der Armut“- ist. Es ist sehr schwierig, Armut zu bekämpfen und die Einbindung aller Akteure zu fördern, wenn ein großer Teil der europäischen Gesellschaft weiterhin ein negatives Bild von Armut und den Armen vor Augen hat. Es ist sehr schwierig, die von Armut betroffenen Menschen dazu zu bringen, zu glauben, dass ihre Umstände sich ändern können, wenn man ihnen ständig ein schlechtes Gewissen einimpft – denn es sei ja schließlich ihre eigene Schuld, dass sie arm sind, und sie hätten ihre Lage nur sich selbst vorzuwerfen.

Die Bekämpfung der Armut ist eine Aufgabe, die wir alle täglich erfüllen müssen. Um die Bedingungen, die die Bekämpfung der Armut bis zu ihrer Ausmerzung erleichtern, müssen wir ein anderes Gesicht der Armut zeigen, eines, das beweist, dass eine andere Welt möglich ist. Dazu müssen wir zuerst laut sagen, was wir denken, einander verstehen, und die Illusionen, Vorurteile und Stereotype zerstreuen, die jene ausgrenzen, die aus irgendeinem Grund von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind.

Ich möchte Ihnen ein Sprichwort der Roma mit auf den Weg geben:

„Man kann auch rücklings auf dem Pferd sitzen, aber das Pferd wird immer vorwärts gehen.“

Europa wird nur dann gebaut werden, wenn wir alle mithelfen.

Marie-Josée JACOBS, Ministerin für Familie und Integration, Luxemburg

Vor einem Jahr hatte ich die Ehre, zur Eröffnungssitzung der „3. Europäischen Konferenz von Armut betroffener Menschen“ eingeladen zu sein, die von der irischen Präsidentschaft der Europäischen Union veranstaltet wurde.

In meiner Rede für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 3. Konferenz sprach ich auch von meinem Vorhaben, unter der luxemburgischen Präsidentschaft im Jahr 2005 eine 4. Konferenz zu veranstalten.

Ich glaube, sagen zu können, dass diese 4. Konferenz Beweis dafür ist, dass diese Art von Veranstaltungen als wesentlicher Teil des Prozesses der sozialen Integration in der Europäischen Gemeinschaft wirklich zur Institution zu werden beginnt.

Dass die luxemburgische Präsidentschaft zu dieser Institutionalisierung beitragen kann, ist auch der beträchtlichen Unterstützung zu verdanken, die sie erfahren hat.

Die Unterstützung kam von den Regierungen Belgiens und Österreichs und von der Generaldirektion für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten der Europäischen Kommission – denen ich für ihr Engagement für die 4. Konferenz herzlich danken möchte. Mein Lob gilt auch dem gesamten EAPN-Netzwerk, und natürlich auch den nationalen Delegationen und ihren KoordinatorInnen, die für die 4. Konferenz absolut solide und unverzichtbare Arbeit leisten.

Wie die vorangegangenen Konferenzen spricht auch die 4. Konferenz eine der vier gemeinsamen Zielsetzungen an, die die EU sich in der Bekämpfung der Armut gesetzt hat. Diese Zielsetzung fordert die Mobilisierung aller zuständigen Stellen und verlangt von den Mitgliedstaaten, dass ausgegrenzten Menschen ein Forum geboten wird, um ihre Lage und die sie betreffenden politischen Maßnahmen reflektieren zu können.

Ich habe die 4. Konferenz organisiert, um mein Engagement in dieser Frage zu zeigen; es beruht auf einer tiefen Überzeugung, wie sie sich auch in den Worten des Vorsitzenden der 3. Konferenz, Prof. O’Cinnéide von der Universität Maynooth in Irland, widerspiegelt.

„Politische Strategen mit den besten Absichten und den besten Informationen können nicht behaupten, dass sie politische Maßnahmen, Programme oder Praktiken zur Bekämpfung der Armut entwickeln können, ohne dass sie eine Ahnung davon haben, was Armut bedeutet, denn die einzigen Menschen, die darüber sprechen können, sind die selbst von Armut betroffenen.“

Frau Quintin schlug bei der 3. Konferenz in die gleiche Kerbe, als sie sagte: *„Die Zeit, als politische Maßnahmen von einer Handvoll Beamten auf dem Reißbrett entworfen wurden, die wussten, was ‚am Besten‘ war, ist vorbei. Heute hat das, was die Betroffenen sagen, bei politischen Entscheidungen Gewicht.“*

Während der zweitägigen Konferenz werden Mitglieder der vielen nationalen Delegationen die Möglichkeit erhalten, das Wort als BotschafterInnen der benachteiligten Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, der Zahl weiterhin Grund der Besorgnis gibt, zu ergreifen.

Das Thema, mit dem wir uns befassen wollen, ist das Bild der Armut und seine Auswirkungen auf die Integrationspolitik.

Ein breit gefasstes Thema, das man sich da vorgenommen hat!

Lassen Sie mich meine einleitenden Worte mit zwei Zitaten des großen französischen Philosophen Paul Ricoeur beginnen, der Ende verstorben ist.

Im ersten Zitat offenbart sich Paul Ricoeurs Humanismus, wenn er sagt: *„Der kürzeste Weg von dir zu dir geht über einen anderen Menschen.“*

Das zweite Zitat fasst das Thema der 4. Konferenz zusammen: *„Die Wahrnehmung anderer kann uns befreien, aber auch einkerkern.“*

Von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen sind oft in dem Bild gefangen, das andere von ihnen haben, in der Wahrnehmung derer, die nicht wissen, was Armut bedeutet.

Bei der Vorbereitung der 4. Konferenz stellte das EAPN ein Dokument mit Stellungnahmen der Delegierten zu verschiedenen Themen der letzten drei Konferenzen zusammen. Darin fand ich den folgenden einfachen und doch so wahren Satz: *„Das Bild, das man von den Armen hat, ist falsch.“*

Sehr oft, allzu oft, hat man von den Armen eine stereotype Vorstellung. Ich will diese negativen Darstellungen mit einem Beispiel illustrieren, mit der ich als Ministerin, in deren Bereich das Existenzminimum fällt, vertraut bin.

Seit 1986 gibt es in Luxemburg das Recht auf ein garantiertes Mindesteinkommen, das meist mit seiner französischen Abkürzung RMG (*revenu garanti minimum*) bezeichnet wird. Es ist ein Grundprinzip demokratischer Legitimität, dass Menschen ihre Bürgerrechte ausüben und am Gemeinleben teilhaben, indem sie ihre Rechte durchsetzen. 19 Jahre nach der Einführung hängt dem Recht auf ein garantiertes Mindesteinkommen eine Art gesellschaftliches Etikett an. Es ist ein Angriff auf jene, die ihr Recht auf dieses Mindesteinkommen ausüben – die Bezeichnung „RMG-Empfänger“ bedeutet nichts Anderes als „Sozialschmarotzer“.

Damit sind diese Menschen stigmatisiert und die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Wirklichkeit ist verzerrt. Menschen, die ihr Recht auf ein Mindesteinkommen wahrnehmen, als „RMG-Empfänger“ zu bezeichnen, bedeutet, sie in eine bestimmte Schublade zu stecken, obwohl es sich um eine gemischte Gruppe wie jede andere handelt.

Betrachtet man einen Menschen nur als „Sozialschmarotzer“, dann stellt man seine Identität und sein Selbstbild in Frage: nur ein Aspekt seiner Lage, das Problem ausreichender Mittel, bestimmt in jeder Hinsicht, wer dieser Mensch ist. Um Paul Ricoeur zu paraphrasieren: *„Die Wahrnehmung anderer kerkert den Einzelnen im Bild des RMG-Empfänger ein.“*

Viele von Ihnen kämpfen damit, auf diese Weise gefangen zu sein. Sie wissen auch, wie schwer es ist, sich davon zu befreien: Sie sind einzigartige Wesen, anders als jedes andere, und doch haftet ihnen das Bild des „RMG-Empfängers“ an.

Sie können singen oder stricken, ein ausgezeichnete Sportler sein oder wie Paganini Geige spielen, Sie sind Mutter, Vater, Schwester, Bruder, engagiertes Gewerkschaftsmitglied, entschlossene Feministin, ernst oder immer optimistisch, was auch immer ... aber in den Augen der Anderen sind Sie immer ein „RMG-Empfänger“, ein Sozialschmarotzer.

Ich werde immer gegen den Gebrauch dieses Ausdrucks und des Bildes, das er transportiert, sein, sie sind herabwürdigend und entmenschlichend.

Es gibt einen Grund, weshalb die Konferenz, die uns heute hier zusammenbringt, als „Konferenz von Armut betroffener Menschen“ heißen sollte.

Im Bericht zur 3. Konferenz finden sich auf den ersten Seiten Fotos der TeilnehmerInnen. Auch dafür gab es einen Grund! Diese Fotos zeigen keine abstrakten Entitäten, sondern Menschen: Männer und Frauen, einige älter, einige jünger, Menschen mit verschiedenen Hautfarben und Gesichtsausdrücken, mit besonderen Kennzeichen, die sie leicht erkennbar machen.

Diese Fotos haben auch eine starke Aussage: wenn Armut bedeutet, dass einem Einkommen und Beschäftigung fehlen, gesellschaftliche Stärke, Ermächtigung, Teilhabe an gesellschaftlichem Leben und Status, dann kann man Menschen, die dem mehr ausgesetzt sind als andere, nicht als „die Armen“ bezeichnen.

In erster Linie sind sie „Menschen“ und erst in zweiter Linie sind sie „von Armut und Ausgrenzung betroffen“.

Bei einer früheren Konferenz verlangte eine Delegation, dass *„ausgegrenzte Menschen ein aktives Bild ihrer selbst erhalten müssen, ihrer Fähigkeit, Initiativen zu ergreifen, um ihr Leben zu verändern, und in Organisationen zu sprechen.“*

Diese Forderung ist Ausdruck der Zurückweisung des Negativimages der Armut. Die Macht von Bildern und Vorstellungen geht aber viel weiter. Hand in Hand mit Erklärungen für Armut beeinflussen sie die politischen Ansätze zur Armut.

Der Forscher Peter Townsend, der Fragen der Armut sehr genau untersucht hat, hat die Lage folgendermaßen in zweideutiger Form beurteilt: *„Jede Erklärung für Armut enthält implizit ein politisches Rezept.“*

Darum ist es richtig und wichtig, dass sich die 4. Konferenz mit den Bildern und Wahrnehmungen von Armut beschäftigt!

In einem Bericht für die Europäische Kommission, genauer gesagt, für die von Odile Quintin geleitete Abteilung aus dem Oktober 2002, formulierte der Forscher Serge Paugam das folgende Postulat: *„Ein Land wird mit geringerer Wahrscheinlichkeit ehrgeizige Sozialpolitik entwickeln, wenn viele seiner Bürgerinnen und Bürger die Armut als Problem in der Verantwortung des*

Einzelnen betrachten; umgekehrt wird ein Land mit größerer Wahrscheinlichkeit Mittel für die Armutsbekämpfung zur Verfügung stellen, wenn seine Bevölkerung das Problem als Auswirkung systematischer Ungerechtigkeit sieht, die die benachteiligsten Opfer zum gleichen Schicksal verurteilt."

In diesem Zusammenhang freue ich mich, Prof. Schaber, den Vorsitzenden der 4. Konferenz zitieren zu können, der die Beziehung zwischen dem Einzelnen und der Armut seit 1974 untersucht.

In einer Studie über Langzeitarmut, die er 1982 für die Kommission erstellte, bemerkte er: *„Die Hälfte der befragten Menschen bezeichnen den/die Einzelne/n als Ursache der Armut, die andere Hälfte die Gesellschaft.“*

Wie haben sich die verschiedenen Wahrnehmungen der Armut verändert?

Das Paugam-Bericht aus 2002 beantwortet diese Frage.

Der Bericht zeigt, dass in allen 14 Mitgliedstaaten, die an der Studie beteiligt waren, 17 % der befragten Personen Armut auf Hilflosigkeit zurückführten, und 31 % auf Ungerechtigkeit.

Die Unterschiede in der nationalen Wahrnehmung sind enorm: 20 % aller Portugiesen, aber nur 8 % der Schweden sehen die Wurzel der Armut in Hilflosigkeit, für 50 % der Ostdeutschen ist die Ursache Ungerechtigkeit, während das nur 12 % der Dänen so sehen.

Derselbe Bericht stellte auch fest, dass insgesamt der Anteil der Verfechter der Erklärung „Hilflosigkeit“ im Ansteigen begriffen ist, während der Anteil derer, die Armut auf „Ungerechtigkeit“ zurückführen, drastisch zurückgeht. Diese zunehmende unvoreilhaftige Wahrnehmung der Armut in der breiten Öffentlichkeit macht mich betroffen. Sie könnte als Anreiz für eine Schwächung der sozialen Integration aufgefasst werden. Nicht von mir! Ich trete für das genaue Gegenteil ein: in einer EU, in der 60 Millionen Menschen armutsgefährdet sind und 14 Millionen zu den „Working Poor“ gezählt werden, müssen wir Maßnahmen der sozialen Integration stärken.

Wir sprechen von diesen Maßnahmen oft als Armutsbekämpfung: die Bekämpfung falscher Vorstellungen von Armut, die zu falschen Maßnahmen für

von Armut betroffenen Menschen führen können, sollten Teil dieses Kampfes sein.

Die 4. Konferenz hat zum Ziel, die besten Möglichkeiten dazu zu suchen.

Christian DUPONT, Minister für den Staatsdienst, soziale Integration, Städtepolitik und Chancengleichheit, Belgien

Diese 4. Konferenz ist eine Schlüsselveranstaltung im laufenden Kampf, den es auf europäischer Ebene auszufechten gibt, damit Armut bald der Vergangenheit angehört. Die Extravaganzen der europäischen Integration sind klarer Beweis dafür, dass es keine nachhaltige Entwicklung in Richtung echter Integration ohne ein soziales Europa gibt: ein Europa, das am Puls des gesellschaftlichen Fortschritts lebt, mit den grundlegenden Bedürfnissen seiner Bürgerinnen und Bürger vertraut ist – aller Bürgerinnen und Bürger, besonders aber derer, die besonderen Risiken ausgesetzt sind. Das muss eine zentrale Priorität des europäischen Projektes sein.

Das muss in jeder Phase des Projekts der Union und im Prozess von Lissabon reflektiert werden, und dieser muss es Europa ermöglichen, wirtschaftlichen Fortschritt mit Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.

Derzeit evaluieren wir diesen Prozess und passen ihn an die Gegebenheiten an. Belgien ist in diesem wichtigen Augenblick klar, dass die Prozesse weitergehen müssen, damit wir eine Entwicklung der zwei Geschwindigkeiten vermeiden, in der man Armut und soziale Ausgrenzung in Verhandlungen, die sich fast ausschließlich auf die wirtschaftliche Seite konzentrieren, aus den Augen verlieren würde.

Im Kampf um ein soziales Europa können wir Armut weder totschrweigen noch verstecken noch ignorieren. Wir müssen darüber reden, um sie zu beenden. Wir dürfen nicht vergessen, dass sie nicht unvermeidbar ist. Wir müssen die Ursachen bei den Wurzeln packen und den außergewöhnlichen Mut derer loben, die Tag für Tag versuchen, sich ein normales Leben aufzubauen.

Die 4. Konferenz ist eine Gelegenheit, sich diesem Kampf durch einen offenen und konstruktiven Dialog anzuschließen. Mit aller Bescheidenheit kann ich sagen, dass Belgien einige Erfahrung auf diesem Gebiet hat. Unser erster allgemeiner Bericht zur Armut wurde bereits 1994 veröffentlicht. Ich glaube, sagen zu können, dass das ein Meilenstein in der Entwicklung in Belgien war. Er wurde in

enger Zusammenarbeit mit von Armut betroffenen Menschen erstellt und hat in den vergangenen 10 Jahren das Tempo der Armutsbekämpfung vorgegeben.

Wir wissen, dass noch viel zu tun bleibt. Nach 10 Jahren stehen wir mitten in der Evaluierung und Weiterentwicklung des Prozesses. Wieder arbeiten wir eng mit von Armut betroffenen oder direkt damit in Kontakt stehenden Menschen zusammen. Wir haben vor, bis Ende 2005 einen neuen Bericht herauszugeben, der die politische Agenda der nächsten 10 Jahre bestimmen wird. Auch das verleiht der 4. Konferenz zusätzliches Gewicht.

Lassen wir uns also von dieser Konferenz inspirieren, damit aus den Diskussionen konkrete Taten entstehen, wenn wir an die Arbeit, zu unseren Verbänden und in unsere Heimatländer zurückkehren, sodass die Armut damit endgültig beseitigt werden kann.

Ursula HAUBNER, Bundesministerin für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Österreich

Die Konferenz der von Armut betroffenen Menschen ist nunmehr institutionalisierter Bestandteil der Europäischen Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Diese 4. Konferenz ist aus verschiedenen Gründen von besonderer Bedeutung:

- Die 4. Konferenz hat einen wichtigen symbolischen Zweck, indem sie Armut und sozialer Ausgrenzung auf europäischer Ebene sichtbar macht.
- Sie könnte dazu beitragen, die Schlüsselfragen in der Armutsbekämpfung zu konkretisieren. Sie kann auch wichtige Botschaften auf politischer Ebene formulieren.
- Die Konferenzen sind zu einem Forum des Gedanken- und Informationsaustausches geworden. Die TeilnehmerInnen und ihre Organisationen lernen einander kennen.
- Die Konferenzen sind physischer Ausdruck eines zentralen Aspektes der Europäischen Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung durch Mobilisierung aller Akteure, einschließlich der von Armut und sozialer Ausgrenzung selbst betroffenen Menschen.

Die Konferenzen sind eine wertvolle Gelegenheit des multilateralen Gedankenaustausches und des gegenseitigen Kennenlernens. Die europäischen Länder haben unterschiedliche Strategien in der Armutsbekämpfung gewählt. So hat Österreich durch die Einführung von Kindergeld den Weg zur Reduzierung der Familienarmut eingeschlagen.

Ich kann Ihnen versichern, dass die österreichische Präsidentschaft in der ersten Hälfte 2006 die Tradition dieser Konferenzen fortsetzen und den Ergebnissen der diesjährigen Konferenz viel Aufmerksamkeit schenken wird.

Das kommende Jahr ist auf europäischer Ebene durch wichtige Ereignisse gekennzeichnet:

- bis Ende Juni 2005 berichten alle Länder die Ergebnisse ihrer NAP „Soziale Integration“ berichten, diese werden dann für 2005-2006 aktualisiert;

- im Juni 2005 werden alle Mitgliedstaaten einen Fragebogen der Kommission zur Evaluierung der Methode der offenen Koordinierung beantworten. Alle europäischen Netzwerke und andere Akteure sollten an dieser Evaluierung beteiligt sein.

Ein Teil der Evaluierung bezieht sich auf die Mobilisierung aller Akteure und ihre Zusammenarbeit auf nationaler Ebene; damit sind auch die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen und die Organisationen, die sie vertreten, umfasst. Die Beteiligung der von Armut betroffenen Menschen verleiht dem Austausch von Informationen besonderes Gewicht. Die Bekämpfung der Armut muss auf ihren Erfahrungen beruhen.

Neben dem Prozess der sozialen Integration betrifft die Bekämpfung der Armut noch zwei weitere Prozesse:

- die Methode der offenen Koordinierung im Zusammenhang mit nachhaltig gesicherten, angemessenen Pensionen und
- die Methode der offenen Koordinierung im Zusammenhang mit medizinischer Versorgung und Langzeitpflege.

Beide Prozesse gilt es zu stärken und effizienter zu gestalten.

Die Prioritäten der österreichischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 werden eine Diskussion neuer Methoden und Zielsetzungen für soziale Integration und Sozialschutz beinhalten. Diese Konferenz könnte – im Zusammenhang mit neuen gemeinsamen Zielsetzungen - Empfehlungen darüber abgeben, wie der Prozess der Integration am besten ablaufen sollte.

Ich bin der Ansicht, dass politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung nach dem Prinzip der Subsidiarität gestaltet werden sollten, sie sollten auf der den von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen nächstliegenden Ebene operieren – der Familie. Es liegt in der Verantwortung der Staaten, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der Familien hilft und ihnen ein Leben ohne Armut und Unsicherheit ermöglicht.

Ein familienpolitischer Rahmen umfasst Maßnahmen wie etwa:

- die Gewährung entsprechender finanzieller Unterstützung zur Sicherung des Familienlebens
- die Schaffung eines Umfelds, die Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lässt
- die Versorgung mit qualitativ hochwertigen und leistbaren Sozial- und Gesundheitsdiensten
- die Sicherung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung für Kinder
- besondere Unterstützung für Familien mit besonderen Bedürfnissen.

Ein höheres Niveau des Wohlstands lässt sich nicht verwirklichen, wenn die unmittelbaren Probleme nicht gelöst sind. Die Integration von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffener Menschen muss auf der untersten Ebene beginnen. Die örtlichen Behörden sind die ersten Ansprechpartner für Menschen, die vor einer schwierigen Situation stehen. Auf dieser Ebene entsteht Integration oft aus persönlichen Kontakten. Probleme gibt es dort, wo die Behörden das notwendige Einfühlungsvermögen vermissen lassen oder die Menschen auf eine stereotype Art behandeln, die nicht die vielgestaltige Wirklichkeit von Armut und sozialer Ausgrenzung widerspiegelt.

Von Armut betroffene Menschen haben aus verschiedenen Gründen auch Probleme, Zugang zu Hilfe zu finden.

Diese Probleme stehen häufig im Zusammenhang mit dem Bild, das die Gesellschaft von Armut hat – oft wird sie als Schande und eine Sache des persönlichen Versagens dargestellt.

Armut hat viele Dimensionen und das ist ein Prinzip der Europäischen Strategie zur Armutsbekämpfung. Persönliche Gründe, wie ein niedriges Bildungsniveau oder gesundheitliche Probleme, können dazu führen, dass jemand nicht mehr in der Lage ist, sich wesentliche Güter und Dienstleistungen leisten zu können, oder seinen Arbeitsplatz zu halten.

Vorgefasste Ideen geben kein realistisches Bild wider und können zur Diskriminierung von Armut und sozialer Selbstausgrenzung betroffenen Menschen führen. Darum ist das Thema der 4. Konferenz so wichtig für mich.

Die Diskussionen werden sich auch darum drehen, wie bestimmte Bilder und Wahrnehmungen der Armut die Gestaltung der NAPs „Soziale Integration“ beeinflussen und wie man hier gegensteuern kann. Natürlich kommen Veränderungen nicht über Nacht. Es ist jedoch wichtig, dieses Thema anzusprechen und auf europäischer Ebene einen ersten Schritt in diese Richtung zu setzen. Es wird auch besonders interessant sein, zu sehen, welche Unterschiede es zwischen den Mitgliedstaaten gibt.

Um diese Konferenz zu mehr als einer einmal und nie wieder stattfindenden Veranstaltung zu machen, werden alle Teilnehmer die Ergebnisse der Arbeiten in ihren Organisationen und Bereichen verbreiten und die Diskussion dort weiterführen müssen. Als Organisator der nächsten Konferenz wird Österreich sein Bestes geben, den Dialog im Lichte der Ergebnisse dieser Konferenz voranzubringen.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich gerne noch einen Punkt ansprechen, der im vergangenen Jahr diskutiert wurde und der auch auf der Agenda der Konferenz 2005 steht: die Liberalisierung der Dienstleistungen, vor allem im Bereich Gesundheit und Soziales.

Wie Sie wissen, hat die Kommission eine Dienstleistungsrichtlinie, bekannt als die Bolkestein-Richtlinie, vorgelegt, die alle Leistungen der Daseinsvorsorge, auch im Bereich Soziales und Gesundheit, betrifft.

Damit wurde dem Unterschied zwischen Leistungen im Sozialbereich und anderen Leistungen nicht Rechnung getragen. Der Markt spielt bei Leistungen im Sozialbereich eine weniger große Rolle, in diesem Sektor geht es per definitionem um Menschen und ihre Bedürfnisse.

Leistungen im Sozialbereich brauchen laufende persönliche und verantwortungsvolle Beziehungen.

Leistungen im Sozialbereich gleichen die negativen Auswirkungen des Marktes aus.

Aus diesem Grund trete ich konsequent dafür ein, dass Leistungen in den Bereichen Gesundheit und Soziales von der Richtlinie ausgenommen werden, und ich hoffe, dass dies der Ausgang der entsprechenden Debatten sein wird.

Ich freue mich, ankündigen zu können, dass die österreichische Präsidentschaft Anfang Mai 2006 eine 5. Konferenz veranstalten wird. Österreich ist glücklich, die Tradition fortsetzen zu können, und lädt Sie alle hier und jetzt ein, an der Konferenz des nächsten Jahres teilzunehmen.

Odile QUINTIN, Europäische Kommission, Generaldirektorin, GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit

Für mich symbolisiert die 4. Konferenz das Engagement der Union, der Armut entgegenzuwirken.

Erstens, weil Armut ein Verstoß gegen Menschenwürde und Grundrechte ist: Die Charta der Grundrechte erkennt das Recht darauf, „ein Leben in Würde zu leben“, an. Alle Länder müssen danach streben, dieses Recht in die Praxis umzusetzen. Das ist eine größten Herausforderungen an unsere Sozialschutzsysteme. Die Kommission wird mit einer Initiative zu garantierten Mitteln, einschließlich eines Mindesteinkommens, die diesbezüglichen Anstrengungen verstärken.

Zweitens, weil sozialer Zusammenhalt zu Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung beiträgt. Das ist die Botschaft, die die Union im vergangenen März mit der Überprüfung der „Strategie von Lissabon“ verabschiedet hat. Die 25 Mitgliedstaaten müssen sie bei der Erstellung ihrer „Nationalen Reformpläne“ im Herbst berücksichtigen. Dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs wird ein Jahresbericht zum Thema sozialer Zusammenhalt vorgelegt werden, was Ausdruck der politischen Bedeutung dieser Fragen für die Union ist.

Seit Dezember 2001 haben die Präsidenschaften der Union in ununterbrochener Folge versucht, dieses Engagement dadurch auszudrücken, dass sie die Konferenzen anerkannter NGOs im Bereich Armutsbekämpfung ausrichteten. Die Europäische Kommission hat diese Initiativen stets unterstützt, was zeigt, wie eminent wichtig es ist, von Armut betroffene Menschen in die Gestaltung von politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausgrenzung einzubinden.

Die Koordinierung nationaler politischer Linien gegen die Ausgrenzung basiert auf der Einbindung und Mobilisierung aller Akteure.

Damit politische Maßnahmen Erfolg haben, muss die Stimme der von Armut betroffenen Menschen gehört werden. Die Referenden in Frankreich und den Niederlanden haben eben erst gezeigt, wie sehr die Bürgerinnen und Bürger nach mehr Mitsprache verlangen. Es gibt noch viel zu tun. Ungeachtet der Tatsache, dass viele Länder die Teilhabe der von Ausgrenzung betroffenen Menschen und

die Konsultation der sie vertretenden NGOs verstärkt haben, ist der Grad der Teilhabe der von Armut betroffenen Menschen generell nach wie vor zu gering.

Die Mitgliedstaaten tendieren vor allem dazu, nicht so sehr echte strategische „Aktionspläne“ zu erstellen, sondern einfach beschreibende Berichte zu produzieren. Ein Aktionsplan kann nicht wirksam sein, wenn er nicht die Versprechen in Form von möglichst detaillierten und greifbaren Zielsetzungen festschreibt, die eine transparente kollektive Evaluierung zulassen.

Es ist klar, dass die schlechte Konjunktur und die steigende Arbeitslosigkeit den politischen Kontext für den Kampf gegen die Armut radikal verändert haben. In manchen Ländern steigt die Zahl der armutsgefährdeten Menschen vor allem unter den Risikogruppen. Psychische Probleme, Alkohol und Drogenmissbrauch kennzeichnen unsere Gesellschaften weiterhin und untergraben sie.

Diskriminierung – in manchen Fällen mehrfacher Natur – sind ein Hindernis für die Integration vieler Menschen, vor allem Angehöriger von Minderheiten. In vielen Fällen spiegelt sich diese Diskriminierung in der verzerrten Wahrnehmung und Darstellung, nicht zuletzt in den Medien, wider. Der heut vorgelegte Bericht protestiert nicht zu Unrecht gegen die Hindernisse, die solche Wahrnehmungen und Darstellungen aufbauen.

Das Wesentliche ist daher eine Fortsetzung des Vorgehens, wonach ein umfassender Ansatz, der den Rahmen der Europäischen Strategie bildet, mit einem gezielten Ansatz im Zusammenhang mit den am schwersten betroffenen Gruppen auf eine Art und Weise verbindet, die den lokalen Kontext widerspiegelt. Das unterstützt auch den Gedanken, die Bekämpfung der Ausgrenzung mit der Bekämpfung der Diskriminierung zu verbinden, die in einem umfassenden und wirksamen europäischen Rahmen europäischer Ordnungspolitik verankert werden können. Er garantiert allen Menschen, wo auch immer in Europa sie leben mögen, denselben Schutz gegen Diskriminierung, unabhängig von Geschlecht, Ethnie oder Rasse, Religion, Alter, Fähigkeiten oder sexueller Orientierung.

Die Kommission hat tatsächlich gerade ihre Strategie zur Zurückdrängung der Diskriminierung, auch der mehrfachen Diskriminierung, in den kommenden

Jahren vorgestellt. Das Jahr 2007 wird das „Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle“ sein. Aktionen, die sich nur auf die Beseitigung von Diskriminierung konzentrieren, werden jedoch nicht ausreichen, um alle Hindernisse abzubauen, mit denen manche Minderheiten, insbesondere Roma, konfrontiert sind. Zu diesem Zweck wird die Kommission eine Arbeitsgruppe großer Denker einsetzen, die Ansätze für die Förderung der verbesserten sozialen und beruflichen Integration dieser Minderheiten entwerfen und empfehlen soll.

Die Bekämpfung der Armut muss auch Teil der Bestrebungen sein, unsere Sozialschutzsysteme zu modernisieren und zu reformieren.

Schließlich ist die eingefahrene soziale Ausgrenzung eine große Herausforderung für diese Systeme, um nichts geringer etwa als der demographische Alterungsprozess. Diese Systeme müssen daher als Teil einer wirklich integrierenden Strategie mit „gemeinsamen Zielen“ für die Pensionssysteme, die Bekämpfung der Ausgrenzung und für die Gesundheitssysteme reformiert werden. Dieser Prozess ist im Gange und wird 2006 abgeschlossen sein.

Um erfolgreich zu sein, müssen die Reformen zwei parallele Ziele verfolgen: die Wirkung und wirtschaftliche Tragfähigkeit des Sozialschutzes sicherstellen. Hier spielen die Leistungen im sozialen Bereich eine wesentliche Rolle. Die Diskussionen haben gezeigt, wie schwierig es oft ist, die Aufgaben dieser Leistungen von ihrem rechtlichen Status zu unterscheiden, und wie weitverbreitet die Sorge im Zusammenhang mit möglicher Rechtsunsicherheit ist. Die Kommission arbeitet an einer Mitteilung, die einige Klärung in den rechtlichen Rahmen bringen wird, welcher auf diese Dienstleistungen und ihre Aufgaben anwendbar ist.

Die bisherigen drei Konferenzen haben klar gezeigt, wie wichtig es ist, ausreichende finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung zu haben, um von Armut betroffenen Menschen die wirksame Teilhabe zu ermöglichen. Ebenso notwendig ist es aber auch, dass die entsprechende Zeit dafür Teilhabe zur Verfügung steht und den Menschen eine Haltung des Vertrauens und Respekts entgegengebracht wird.

Hoffentlich werden die NGOs aus diesem Prozess einen Anreiz erfahren, denn wir alle sind aufgefordert, über Strategien gegen Ausgrenzung nachzudenken, uns Ziele zu setzen und zu deren Erreichung beizutragen. Die „organisierte Zivilgesellschaft“ kann nicht mehr damit zufrieden sein, einfach nur Opposition zu spielen – sie muss zum echten Akteur in der Sozialpolitik werden.

Fortsetzung der Diskussionen aus den drei vorangegangenen Konferenzen

Manche der Fragen, die in den vorangegangenen Konferenzen angesprochen wurden, blieben unbeantwortet, vor allem in Zusammenhang mit Beschäftigung, Diskriminierung und Rassismus, Liberalisierung der Dienstleistungen und Unterstützung der Teilhabe von Armut betroffener Menschen auf europäischer und nationaler Ebene. Um für Kontinuität zwischen den Konferenzen zu sorgen, wurden diese Fragen neu formuliert und einige der Redner versuchten zumindest, wenn schon eine Beantwortung nicht möglich war, Einblicke in die Hintergründe zu geben oder den aktuellen Stand zu beschreiben.

Jozef NIEMIEC,

Politischer Sekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)

Menschen, die nicht nahe am Arbeitsmarkt sind, auch Frauen, die mit besonderen Hürden konfrontiert werden, brauchen individuelle Ausbildung und Unterstützung. Wie weit tut die Europäische Beschäftigungsstrategie etwas für diese Bedürfnisse und wie kann sichergestellt werden, dass die Strategie Zugang zu echter Beschäftigung gewährt?

Die Tatsachen zeigen, dass ein Arbeitsplatz immer noch eine der besten Möglichkeiten ist, sich vor dem Risiko von Armut und Ausgrenzung zu schützen. Obwohl Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, stärker dem Armutsrisiko ausgesetzt sind, ist es klar, dass der Arbeitsplatz auch nicht mehr ausreicht, um vor Armut zu schützen. Die steigende Zahl der „Working Poor“ ist der Grund, weshalb wir dafür kämpfen, den Zugang zu Arbeitsplätzen zu verbessern und die Qualität der Arbeitsplätze zu erhalten und zu verbessern.

Wir sind daher gegen eine Politik, die Menschen zwingt, einen Arbeitsplatz um jeden Preis annehmen zu müssen, wir verlangen qualitätsvolle Arbeitsplätze, d.h. solche, die den Menschen Erfüllung und ein Einkommen bieten, mit dem er oder sie sich und die Familie über die Armutsgrenze hinausheben kann.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) den Ansatz nicht bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung sieht. Wir

kämpfen dafür, dass die Regierungen das Versprechen abgeben, die Armut zu einer Sache der Vergangenheit zu machen, und der beste Wege dorthin ist Vorbeugung. Dieser Kampf ist Teil einer größeren Kampagne, um allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern Respekt für die Menschenrechte zu sichern. Aus dieser Sicht verhindert soziale Ausgrenzung allzu oft, dass Menschen ihre Bürger- und Sozialrechte voll ausüben. Diese Konferenz schließt sich daher an die Diskussion um die Zukunft der Union, wie sie im Entwurf des Verfassungsvertrags verkörpert ist, ebenso wie an die Zukunft der Strategie von Lissabon und der nachhaltigen Entwicklung an.

Der EGB ist voll in diese Debatten eingebunden. Aus unserer Sicht schafft der Verfassungsvertrag einen rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen ein gerechter Ausgleich der politischen Maßnahmen auf europäischer Ebene möglich ist. Sozialer Zusammenhalt und Solidarität werden dadurch zu Zielsetzungen und der Gedanke einer sozialen Marktwirtschaft wird eingeführt. Er verleiht der Grundrechtscharta rechtliches Gewicht und auch dem Recht auf ein Leben in Würde, wie das von Frau Quintin von der Kommission betont wurde. Die Ablehnung des Verfassungsentwurfs in Frankreich und den Niederlanden ist ein Rückschlag für unseren Kampf um soziale Gerechtigkeit in Europa.

Der EGB stimmt mit der Ansicht überein, dass die verschiedenen Politiklinien, die zur Erfüllung der Ziele sozialen Zusammenhalts führen sollten, nicht ordentlich miteinander verknüpft sind. Es ist für uns bedauerlich, dass die soziale Integration und der Umweltschutz nach der Überarbeitung beim Frühjahrsgipfel 2005 nicht mehr Prioritäten der Strategie von Lissabon sind. Das ist ein Schlag ins Gesicht, wenn man an die Analysen denkt, die anhaltende und klare Trends in Richtung wachsender Armutsrisiken ausweisen. Die Tatsache, dass ein Viertel der Menschen, die von Armut bedroht sind, einen Arbeitsplatz haben, zeigt deutlich, dass mehr Arbeitsplätze und mehr Wachstum nicht notwendigerweise auch weniger Armut bedeuten müssen.

In der Vorschau auf den Europäischen Rat im Juni, der die integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung festlegen wird, sorgt sich der EGB darum, dass der Slogan „Arbeit lohnt sich“ vom Wesentlichen ablenken könnte. Das Schwergewicht liegt hier nämlich auf der Reform der Leistungen und des

Steuersystems, während der Aspekt des „angemessenen und gerechten Lohns“ völlig fehlt, und der Ruf nach einer „Entwicklung geeigneter Maßnahmen im Hinblick auf die Verringerung der Zahl der ‚Working Poor‘“ gestrichen wurde.

Es gibt aber auch positive Anzeichen. Der EGB freut sich, dass die EU-Arbeitsminister den grundlegenden Ansatz der Europäischen Beschäftigungsstrategie beibehalten haben, indem sie die Benchmarks und Zielsetzungen im Zusammenhang mit Beschäftigung und Arbeitsmarkt – wie etwa Teilhabe am lebenslangen Lernen, Maßnahmen für einen „Neubeginn“ bei Arbeitslosen, Maßnahmen für Langzeitarbeitslose und Kinderbetreuung wieder in die Leitlinien hineinreklamierten. Indem sie es nicht zuließen, dass diese punktgenauen Zielsetzungen durch bloße Absichtserklärungen ersetzt werden, haben sie es auch vermieden, den ersten Schritt in Richtung „Arbeitsplätze schaffen um jeden Preis“ zu setzen.

Ich möchte die Rolle betonen, die Leistungen der Daseinsvorsorge spielen, denn man könnte sie als „soziales Umfeld der Arbeit“, also Zugang zu Wohnen, Gesundheit und Bildung beschreiben. Sie sind lebenswichtig, wenn es darum geht, die Barrieren der Ausgrenzung niederzureißen. Ich gehe mit anderen RednerInnen konform, dass wir auf das Risiko aufmerksam machen müssen, dass man läuft, wenn man diese Leistungen ebenso behandelt wie rein kommerzielle Leistungen, wie dies im Entwurf der „Bolkestein-Richtlinie“ vorgeschlagen wurde. Der EGB glaubt, dass dies die Erfüllung seiner Verpflichtungen im öffentlichen Interesse, gegenüber der Gesellschaft, untergraben würde. Wir vertrauen darauf, dass die bevorstehende Mitteilung der Kommission zu den Sozialdienstleistungen diese Anliegen entsprechend berücksichtigen wird.

Am Ende halte ich es für wichtig, zu unterstreichen, wie wichtig die Rolle der Zusammenarbeit aller Akteure auf allen Ebenen – europäisch, national, lokal – im Kampf gegen die Armut ist. Partnerschaften sind wesentlich, wenn es darum geht, einander zu stärken. Der EGB wird in seinem Engagement für die Arbeit gegen die soziale Ausgrenzung und die Stärkung dieser Partnerschaften in seinem Tätigkeitsbereich nicht nachlassen.

Cherry Short,

Commission for Racial Equality, Vereinigtes Königreich

Diskriminierung, auch auf Grund des Geschlechts, und Rassismus gehören zu den Gründen, aus denen Armut und soziale Ausgrenzung entstehen. Welche Rolle die müssen EU und die Mitgliedstaaten spielen, um diese Wirklichkeit anzusprechen und wie kann ihre Arbeit unterstützt und gestärkt werden?

Ich habe den Titel meines Beitrags leicht abgeändert, da ich nicht über ausreichendes Fachwissen verfüge, um über die derzeitige Rolle der EU oder der Regierungen der Mitgliedstaaten in der Bekämpfung von Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts oder der Rasse zu sprechen.

Mein Fachwissen liegt eher darin, Rassendiskriminierung und was man dagegen tun kann, zu verstehen.

Ich möchte mich heute darauf konzentrieren, zu betonen, dass die EU Diskriminierung und Rassismus als Faktoren in folgenden Bereichen anerkennen muss:

- als Faktoren, die bei vielen zur Armut beitragen,
- als Hürden, die bei vielen ein Entkommen aus der Armut verhindern,
- als zusätzliche Dimensionen zur Armut, vor allem für jene, die zu benachteiligten und ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen gehören.

Wenn wir Diskriminierung und Rassismus aus dieser Sicht betrachten, dann können wir klar sehen, dass sie weitreichenden Einfluss auf der Leben vieler Menschen und Bevölkerungsgruppen in der EU haben.

Wenn es etwas gibt, was die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten tun können, um etwas auszulösen, dann wäre das, Folgendes sicherzustellen:

- wirksame Gesetze gegen alle einschlägigen Formen der Diskriminierung
- einen öffentlichen Diskurs seitens der Regierungsspitze und der PolitikerInnen, in dem man sich gegen die Sprache der Ausgrenzung richtet und die Stärken der Vielfalt betont,

- die Schaffung von unabhängigen, entsprechend finanziell ausgestatteten Gremien wie meiner Kommission, die von Diskriminierung betroffene Einzelpersonen unterstützt und eigene Ermittlungen anstellt, um allgemeinen Wandel herbeizuführen.

Diskriminierung auf Grund von ethnischer Zugehörigkeit, Rassismus und andere Ungleichbehandlung zu verstehen ist von wesentlicher Bedeutung, wenn man die Ursachen der sozialen Ausgrenzung und der Armut bei der Wurzel packen will. Allgemeine Forschungsergebnisse zeigen, dass Schwarze, asiatische Gruppen und Chinesen in Großbritannien mit größerer Wahrscheinlichkeit unter der Armutsgrenze leben, oder immer wieder in die Armut abgleiten bzw. mit größerer Wahrscheinlichkeit in materieller Armut und Entbehrung leben als die weiße Bevölkerung.

Im Jahr 2001 lebten 33 % der indischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Unter den Familien von Schwarzen aus der Karibik lag der Prozentsatz bei 40 % und bei den Schwarzafrikanern bei 50 %, während nur 25 % der Gesamtbevölkerung unter der Armutsgrenze leben.

Andere Indizes – wie etwa Wohnort, Beruf, höchste abgeschlossene Schulbildung – sind ebenfalls signifikant und müssen in die Zielsetzung der Armutsbekämpfung einbezogen werden.

Was ist zu tun?

Die Antwort ist klar: die Mitgliedsstaaten und die Europäische Union selbst müssen die Rassendiskriminierung entschlossen bekämpfen.

Mein Vorschlag umfasst folgende Punkte:

- Die EU hat zwar schon viele rechtliche Mittel entwickelt, um die Diskriminierung zu bekämpfen, aber dennoch gibt es noch mehr zu tun. Es ist von enormer Wichtigkeit, dass die Rechtsvorschriften gegen Diskriminierung in den Mitgliedsstaaten rigoros durchgesetzt werden.
- Die Europäische Union muss strukturelle Finanzhilfe einsetzen, um die ärmsten Gruppen und die Gebiete mit der dauerhaftesten Armut zu erreichen.

- Peer Reviews und Konsultationen sind zu entwickeln, um Best Practices zu verbreiten und die Erfahrungen jener Gruppen weiterzugeben, die von Diskriminierung und Rassismus betroffen sind.
- Die Mitgliedsstaaten müssen Monitoringverfahren und Evaluierungen einführen, um festzustellen, wie wirksam ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung wirklich sind.
- Die meisten Mitgliedsstaaten brauchen auch eine ernsthafte Diskussion zu den Problemen Rassismus und Diskriminierung gegen ethnische Minderheiten.
- Die öffentliche Debatte über die Rolle der Immigration und der Geschichte der ethnischen Minderheiten in Europa ist Teil einer solchen Diskussion.
- Vor allem müssen die Mitgliedsstaaten aber den Geist des Antirassismus und der Gleichbehandlung in allen Politikbereichen berücksichtigen, von Beschäftigung über Wohnbau bis zu Bildung und Verkehr.

Trotz des großen Potentials in den ethnischen Minderheiten führt Diskriminierung aus Gründen der Rasse, Religion, Hautfarbe, ethnischen Zugehörigkeit oder des Geschlechts bzw. einer Kombination aus einigen oder allen diesen Möglichkeiten weiterhin zu materieller und sozialer Verarmung vieler Menschen.

Abschließend würde ich sagen, dass

- sich Europa nachhaltiges Wirtschaftswachstum auf einer soliden Basis des sozialen Zusammenhalts zum Ziel setzen muss.
- Der Schlüssel zur Förderung des sozialen Zusammenhalts ist die Bekämpfung der Armut.
- Der Schlüssel zur Bekämpfung der Armut ist die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus.
- Den Schlüssel zu Maßnahmen in dieser Richtung finden die Regierungen in drei Dingen:
 - wirksamen und starken Gesetzen
 - Aufmerksamkeit für die Stimmen von unten, die sich mit großer Vehemenz zu den Erfahrungen der von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Menschen äußern
 - Klaren Aktionsplänen, die alle beobachten und überprüfen können.

Raymond MAES,
Europäische Kommission, GD Beschäftigung

Was geschieht, damit die negativen Auswirkungen der Liberalisierung im Bereich Dienstleistungen – wie Wasser- und Elektrizitätsversorgung – und des Wettbewerbs bei der Bereitstellung von Sozialdienstleistungen abgedeckt werden?

Was ist auf europäischer Ebene zu tun, um ein Mindestmaß an grundlegenden Bedürfnissen zu garantieren (Wasser, Elektrizität) und den Zugang zu qualitativ guten Sozialdienstleistungen zu sichern?

Seit 2003 gibt es eine neue Diskussion zu den Leistungen der Daseinsvorsorge. Die Kommission gab ein Grünbuch heraus, um festzustellen, welche Rolle sie im Zusammenhang mit diesen Leistungen spielen sollte. Das Grünbuch fragt nach der Rolle der Europäischen Union im Bereich der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge. Die Definition des Begriffs "Leistungen der Daseinsvorsorge" liegt bei den Mitgliedstaaten sowie den lokalen und regionalen Behörden. Die Europäische Union hat jedoch eine anerkannte Nebenrolle zu spielen. Das Ergebnis der Konsultationen zum Grünbuch wurde in einem Weißbuch publiziert, das eine Reihe von Fragen anspricht, mit denen wir es bei dieser 3. Konferenz zu tun haben.

Die Liberalisierung des Strommarktes

Es gibt EU-Recht, das eine Öffnung des Marktes für Elektrizität vorsieht. Dabei müssen jedoch gewissen Garantien gegeben werden, um sicherzustellen, dass die Elektrizitätswirtschaft weiterhin die Leistungen der Daseinsvorsorge erbringt. In diesem Zusammenhang ist die Charta der sozialen Grundrechte zu erwähnen, die ganz klar besagt, dass die EU den Zugang zu bestimmten Leistungen der Daseinsvorsorge respektieren muss. Dies ist ein zentraler Begriff, den die Kommission in dieser Art von Rechtsakten verwendet. Der Begriff der Daseinsvorsorge verweist darauf, dass jeder Mensch das Recht hat, Zugang zu als wesentlich geltenden Leistungen zu haben, und dass die Leistungserbringer verpflichtet sind, Leistungen mit bestimmten Standards für alle Menschen in einer Form zugänglich zu machen, die sie sich leisten können.

Die Elektrizitätsrichtlinie schreibt vor, dass die Mitgliedstaaten insbesondere sicherstellen müssen, dass es ausreichende Maßnahmen zum Schutz einkommensschwacher KonsumentInnen gibt, auch solche, die zu ihren Gunsten wirken. Die Mitgliedstaaten und vor allem die nationalen Aufsichtsbehörden sind für die Umsetzung dieser Prinzipien verantwortlich. Die Stärkung der Aufsichtsbehörden und die erweiterte Beteiligung der NutzerInnen an der Überwachung der liberalisierten Sektoren sind wesentliche Punkte im Rahmen der Konsultationen zum Grünbuch.

Wasser ist ein weiterer betroffener Bereich. Die Richtlinie zeigt, dass es kein Einvernehmen über einen an die Elektrizitätswirtschaft angelehnten europäischen Rahmen gibt. In manchen Mitgliedstaaten ist die Wasserversorgung allerdings ein offener Markt. Manche sind der Ansicht, es sollte auch auf europäischer Ebene einen Rahmen geben, für andere ist das ein sehr sensibler Sektor, aus dem die Europäische Union ausgeklammert bleiben sollte. Die EU ist allerdings durch die Gesetze über öffentliche Beschaffungsverträge beteiligt und die Grundsätze des Vertrags hinsichtlich des Diskriminierungsverbotes und der Verhältnismäßigkeit gelten ebenfalls. Derzeit gibt es Diskussionen zur Wasserwirtschaft. Die Mitgliedstaaten sind aber weiterhin verantwortlich dafür, zu entscheiden, wie Leistungen im Bereich Wasserversorgung zu erbringen sind.

Die Grundsätze des Vertrags gelten dennoch. Diese Tatsache ging aus der Debatte um das Grünbuch zu Leistungen im Sozial- und Gesundheitswesen hervor. Auch hier gibt es keine Rahmenrichtlinie. Es ist eine klare Tatsache, dass in der medizinischen Versorgung keine dem Elektrizitätssektor vergleichbare Liberalisierung herrscht. Der Vertrag gilt für alle Dienstleistungen wirtschaftlicher Natur. Das führt allerdings zu Rechtsunsicherheit. Nicht nur unter den NutzerInnen und Versorgern, sondern auch unter den Mitgliedstaaten. Die Frage der Anwendung von Gemeinschaftsrecht auf diese Dienstleistungen, vor allem der Regelungen zu Binnenmarkt und Wettbewerb, muss geklärt werden. Die Kommission hat sich dieser Sache angenommen und bereitet eine Mitteilung vor, die sich mit der Situation im Gesundheitswesen beschäftigen wird. Die Mitteilung wird auf den Ergebnissen der Konsultationen zum Grünbuch beruhen. Das Gemeinschaftsrecht hat klar und unleugbar einen Einfluss auf die Organisation und Finanzierung von Leistungen des Gesundheitswesens.

Die Frage ist jedoch, ob dieser Einfluss u.a. negative Auswirkungen auf die Aufgaben und die Modernisierung des Gesundheitswesens hat. Modernisierung hat hier nichts mit Finanzierung zu tun, sondern mit der Anpassung der Leistungen an die Bedürfnisse. Wir müssen überprüfen, ob der Rahmen des Gemeinschaftsrechts dazu geeignet ist, die Modernisierung voranzubringen.

Hat man einmal festgestellt, ob das Gemeinschaftsrecht dazu geeignet ist, die Erfüllung der Aufgaben des Gesundheitssektors zu fördern und eine Modernisierung zu ermöglichen, so wird man sehen, dass diese Leistungen anders als andere Leistungen der Daseinsvorsorge zu behandeln sind, wie etwa Telekommunikation oder Verkehr. Das Besondere an den Leistungen des Gesundheitswesens liegt daran, dass sie von höherem allgemeinem Interesse sind als andere, weil sie den/die einzelne/n Bürger/in betreffen. Die Sozialrechte der BürgerInnen werden in diesem Sektor in die Tat umgesetzt. Leistungen dieser Art sind auch Teil eines Systems der Gesundheitsvorsorge, diesen Schutzcharakter haben andere Leistungen nicht unbedingt. Die Organisationen, die diese Leistungen erbringen, haben auch eine besondere Struktur. Dies erfordert eine nähere Untersuchung.

Die Kommission bindet die Zivilgesellschaft und die Mitgliedstaaten in die Vorbereitung der Mitteilung ein, weil es eine gemeinsame Verantwortung gibt, wo Leistungen der Daseinsvorsorge angesprochen sind, und dies ist im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen noch viel stärker der Fall, da diese in der alleinigen Verantwortung der Mitgliedstaaten und der lokalen und regionalen Behörden liegen.

Die Zivilgesellschaft und die Mitgliedstaaten wurden bei der Vorbereitung der Mitteilung der Kommission konsultiert. Sie soll im Laufe dieses Jahres veröffentlicht werden und wird jene Bereiche identifizieren, in denen die Anwendung eines rechtlichen Rahmens auf Leistungen möglicherweise schwierig ist. Sie wird weiters die wesentliche Rolle der Sozialdienstleistungen im Europäischen Sozialmodell, die besonderer Behandlung bedürfen, unterstreichen.

Judit REZMÜVES,

Stellvertretende Vorsitzende des Sozialschutzausschusses

Was kann auf europäischer und nationaler Ebene getan werden, um die Mitgliedstaaten dazu zu bringen, nationale Netzwerke und Strukturen zu unterstützen, die sich mit von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen beschäftigen, und Mechanismen einzuführen, die diesen die Möglichkeit zur Teilhabe an den Entscheidungsfindungsprozessen geben, welche Auswirkungen auf ihr Leben haben?

Armut und Ausgrenzung existieren in der Europäischen Union. Sie sind Herausforderungen, denen man sich stellen muss; gleichzeitig hat es aber Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre in Osteuropa Umbrüche gegeben, die bestimmte Charakteristika der Armut in den neuen Ländern ans Tageslicht brachten, wo es nicht mehr nur die traditionell betroffenen Gruppen wie ältere Menschen, Waisen und Witwen ging. Eine wachsende Zahl an Menschen, die weder zu jung noch zu alt zum Arbeiten und dennoch vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, sind heute ebenfalls von Armut betroffen. Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen der 1990er Jahre brachte etwa weitreichende Veränderungen für das Leben vieler Ungarinnen und Ungarn, und dies gilt auch für die meisten anderen neuen Mitgliedstaaten der EU. Diese Veränderungen erwiesen sich manchmal als positiv, brachten jedoch auch Negatives mit sich. Das Ende des Einparteiensystems führte zur Demokratisierung dieser Länder. Die Einführung marktwirtschaftlicher Grundsätze führte zu wirtschaftlichen Maßnahmen. Der Arbeitsmarkt veränderte sich. Die Sozialschutzsysteme wurden beschnitten, und das hatte negative Auswirkungen für die Menschen.

Die Regierungen mögen sich zwar der Armutsbekämpfung verschrieben haben, aber die Ergebnisse sind alles Andere als ermutigend. Guter Wille allein reicht nicht aus, es muss einen politischen Dialog zwischen den Regierungen, Sozialarbeitern und verschiedenen Betroffenen geben. Hier haben die NGOs eine wesentliche Rolle zu spielen, nicht zuletzt, wenn es darum geht, das Europäische Sozialmodell und den sozialen Zusammenhalt zu verteidigen. In dieser Hinsicht handelt EAPN als Gewissen der EU oder als eine ausgleichende Kraft in der

Europäischen Union. EAPN ist auch eine Informationsquelle, ein Netzwerk, das manchen von Armut betroffenen Gruppen Eingliederung und Teilhabe ermöglicht.

Das EAPN fördert die Möglichkeit zum Lobbying. Allerdings müssen auch die Ressourcen zur Verfügung stehen, um den von Armut betroffenen Menschen im Netzwerk die Gelegenheit zu geben, in ihrer eigenen Sprache mitzureden und informiert zu werden.

Die Ressourcen sind derzeit auf lokaler Ebene angesiedelt, aber sie reichen nicht aus und ihre Verwendung wird durch die lokale Politik diktiert. Das heißt, dass auch dort gearbeitet werden muss.

Die Zivilgesellschaft funktioniert genauso wie die Gesellschaft im weitesten Sinn: es gibt Einzelinteressen, besondere Erwartungen, manchen geht es besser als anderen. Manchmal setzen sich deren Gedanken durch und das ist nicht immer hilfreich. Das Interesse der Mehrheit ist es, das meistens zählt, und daher ist es wichtig, auch von den Gruppen an der Basis zu hören.

Die Situation in den Mitgliedstaaten, präsentiert von den nationalen Delegationen²

Österreich

400.000 Arbeitssuchende stehen 25.000 Stellenangeboten gegenüber.

Parallel zum Bruttosozialprodukt stieg die Armut in den letzten 3 Jahren von 10 auf 13,2 %. Das Nettoeinkommen der Beschäftigungslosen sinkt beständig. Die Kosten für Wohnen, Essen und medizinische Versorgung steigen. Die NAPs haben die Lage nicht verbessert.

Was die ÖsterreicherInnen brauchen, ist eine institutionalisierte Vertretung der Beschäftigungslosen, die lokale Initiativen von arbeitslosen Menschen fördert. Es besteht ein wachsendes Interesse der Politik an einer solchen Institutionalisierung, hier ist mit großem Engagement nachzustoßen.

Ziel ist ein Gesetz (welches auch Struktur und Finanzierung regelt) in Richtung eines Ombudsmans.

Belgien

Belgien ist ein wohlhabendes Land. Laut Weltbank gehört es zu den 20 reichsten Ländern der Erde. Dennoch leben 13 % der Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 60 % des Medianeinkommens unter der Armutsgrenze. Das bedeutet 722 Euro/Monat für eine Einzelperson und 1622 Euro/Monat für eine vierköpfige Familie (2 Erwachsene, 2 Kinder). Die Zahl der "Working Poor" steigt angesichts des wachsenden Angebots an Zeitarbeit für Agenturen, schlechtbezahlter Arbeit und befristeten Arbeitsverträgen. Die Gesamtzahl der Beschäftigungslosen (60.000) ist im Steigen begriffen. Der Sozialsektor ist seit einigen Jahren eine Priorität der belgischen Regierung.

Die Sozialversicherung ist ein wichtigstes Bollwerk gegen die Armut. Ohne Leistungen aus der Sozialversicherung würden 38 % der Bevölkerung in Armut leben. Die Höhe der Leistungen gilt jedoch generell als zu niedrig. Der Zugang zu Leistungen des Gesundheitswesens bleibt weiterhin problematisch. Ein

² Diese Informationen wurden von den Delegierten vor der Konferenz erstellt. Die Reihenfolge folgt dem englischen Originaltext, nicht dem deutschen Alphabet.

wachsende Zahl von Menschen verschuldet sich wegen der Kosten der medizinischen Versorgung.

- Belgien leidet unter akutem Wohnungsmangel.
- Die Liberalisierung des Energiemarktes ist in Flandern (der nördlichen Hälfte des Landes) seit 2001 im Gange.
- Es gibt zahlreiche dauerhafte Ungleichheiten im Bildungswesen.
- Die Zahl der ausweislosen Immigranten, die in Belgien allen möglichen Formen der Ausbeutung zum Opfer fallen, ist im Steigen begriffen.

Belgien verfügt in allen Bereichen, auch in der Armutsbekämpfung, über eine große Zahl von Freiwilligenorganisationen. Die Teilhabe der von Armut betroffenen Menschen gilt als wesentlicher Teil der Armutsbekämpfung. Die Bundesregierung und die diversen regionalen Regierungen haben ein Kooperationsabkommen zur Einbindung aller Akteure, vor allem der von Armut betroffenen Menschen und deren Organisationen, geschlossen.

Bulgarien

Bulgarien hat eine sehr hohe Armutsrate, es gibt zahlreiche Ungleichheiten, auch Einkommensunterschiede. Die Regierung unternimmt echte Versuche, die Armut zu bekämpfen, dies hat aber besondere Auswirkungen: die politischen Maßnahmen beruhen auf der Theorie, dass Reichtum zu den Armen hinuntersickern wird. Die Folge ist, dass bei Verbesserungen oben angesetzt wird, und damit als erstes die Einkommenssituation des Mittelstands verbessert wird.

Die politischen Entscheidungsträger auf lokaler und nationaler Ebene zeigen Betroffenheit, was die Armut im Land angeht, stellen sie in ihrer ganzen Tragweite aber als unvermeidliche Begleiterscheinung der tiefen wirtschaftlichen Krise dar. Trotz eines wesentlichen BSP-Wachstums ist die Armut in Bulgarien nicht zurückgegangen. Eine kleine Zahl von Gemeinden hat erfolgreich Maßnahmen ergriffen. Sie nutzen ihre Ressourcen effektiv und versuchen, Sozialschutzmaßnahmen zu ergreifen und Initiativen für ihre BürgerInnen zu unterstützen.

Die große Hoffnung für zukünftige Verbesserungen liegt in den Strukturfonds, verbunden mit der Fähigkeit der lokalen Gemeinden, Entwicklungen voranzutreiben.

Zypern

Das positive Gesicht der zypriotischen Wirtschaft spiegelt die Wirklichkeit, mit der ein gewisser Prozentsatz der Bevölkerung konfrontiert ist, nicht wider. Der Eintritt in die Europäische Union könnte die Situation sogar verschlechtern, vor allem durch den bereits vorhergesagten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Fast ein Drittel der PensionistInnen erhält nur die Mindestpension, die der Hälfte des Existenzminimums entspricht.

AlleinerzieherInnen, vor allem ledige Mütter, sind nicht nur von Armut, sondern auch von Ausgrenzung betroffen, da die öffentliche Meinung noch immer einer "Moral" anhängt, die Elternschaft ohne Ehe nicht gutheißt.

Einen Mechanismus für die Teilhabe von Armut betroffener Menschen gibt es nicht.

Für junge Menschen ist es bereits ein Nachteil an sich, aus einer armen Familie zu stammen. Der Schulbesuch ist zwar gratis, aber diese Kinder haben keinen Zugang zu schulischen Aktivitäten, die außerhalb des Stundenplans oder gegen Bezahlung angeboten werden.

Die Gründung von Verbänden hat zu mehr Bewusstseinsbildung unter den von Armut betroffenen Menschen geführt, was ihre Rechte und ihre Möglichkeiten, Druck auszuüben und so Gesetze, politische Maßnahmen und Praktiken zu verändern, angeht. Das zypriotische Kinderparlament, das seit 2001 als Dauereinrichtung besteht, ist ein Schritt in Richtung Teilhabe.

Tschechische Republik

In der Tschechischen Republik herrscht allgemein Wohnungsmangel, sowohl für normale als auch für Sozialwohnungen, es fehlt an Arbeitsplätzen für ältere Menschen und auf dem Arbeitsmarkt herrscht Diskriminierung von Angehörigen der Roma-Volksgruppe. Die Lösung der sozialen Problem steht bei der Regierung

nicht an oberster Stelle. Es bleibt Einzelnen überlassen, improvisierte Lösungen zu finden, wie etwa von der Stiftung Nadeje unterstützte Heime, Heime für Mutter und Kind (Alleinerzieherfamilien) oder Obdachlosenzeitungen.

Pläne für die Zukunft bestehen u.a. in folgenden Bereichen:

- Zusammenarbeit und Austausch von Informationen und Good Practices zwischen tschechischen Gruppen und internationalen Organisationen
- Menschenrechtsschwerpunkte
- Entwicklungen in Richtung eines Sozialsystems, in dessen Mittelpunkt wirklich der Mensch steht.

Finnland

Die soziale Ungleichheit wächst. Die finnische Delegation ist der Auffassung, dass es in den neuen Mitgliedstaaten mehr absolute Armut gibt, im „alten“ Europa aber mit zunehmender Arbeitslosigkeit die relative Armut wächst. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird nicht ausreichen, wenn der Sozialschutz untergraben wird und die Löhne nicht das Existenzminimum bieten.

Die Lösung liegt nicht darin, dass man im Sozial- und Gesundheitsbereich Wettbewerb einführt, dies könnte zum Tod von Menschen führen, die Sozialdienstleistungen brauchen. Die Ideologie des anhaltenden Wachstums ist am Ende der Straße angelangt. Einkommen müssen gerechter verteilt werden, als dies bisher der Fall war, damit auch das psychische Wohlergehen der Menschen gesichert ist.

Ein erweitertes Europa ist kein Wert an sich, wenn es die Versprechen an seine BürgerInnen nicht einlösen kann. Die Mindestforderung ist ein ausreichendes Garantieeinkommen, das den Menschen ein anständiges Leben ermöglicht. Die Europäische Union existiert nicht als Selbstzweck, sondern für ihre BürgerInnen.

Frankreich

Die Situation stellt sich wie folgt dar:

- Organisationen zur Armutsbekämpfung erhalten vom Staat und von den lokalen und regionalen Stellen unzureichende finanzielle Unterstützung
- Es gibt Probleme beim Zugang zum Arbeitsmarkt.
- Es gibt Probleme beim Zugang zu Wohnraum.
- Menschen unter 25 sind nicht berechtigt, ein garantiertes Mindesteinkommen zu erhalten.
- Es gibt Probleme für ausweislose AusländerInnen, von der Verwaltung regulären Status zu erhalten.
- Das Abhängigkeitsverhalten in den betroffenen Bevölkerungsgruppen steigt ständig.
- Bildungsqualifikationen werden nicht anerkannt.
- Es mangelt an Humanressourcen (SozialarbeiterInnen).
- Es gibt Probleme, für Wohlfahrtszwecke an einer Adresse zu registrieren.

Es gibt aber auch positive Aspekte zu berichten:

- Mit dem Gesetz 2002-2 wurde den von Armut betroffenen Menschen die Möglichkeit gegeben, gehört zu werden, es wurden ein „Rat für das Leben in der Gemeinschaft“, eine Good Practice-Charta und ein Handbuch eingeführt.
- Zusammenarbeit mit SozialarbeiterInnen konnte etabliert werden (Dialog, aktives Zuhören, Follow-up, Unterstützung).

Auch Aussichten und Hoffnung gibt es:

- etwa auf nationale Gesetze, mit denen Ausgrenzung bekämpft und sozialer Zusammenhang gefördert werden;
- auf die Entwicklung von Zugängen zu Beschäftigung, Wohnraum, Bildung, Weiterbildung und medizinischen Versorgung, die Menschenwürde und Eigenständigkeit respektieren;
- auf die Einführung von Möglichkeiten zu Teilhabe und Vertretung von Armut betroffener Menschen in verschiedenen Körperschaften in den Bereichen Kultur, Sport und Politik;
- auf einen Wunsch nach Veränderung in der öffentlichen Wahrnehmung von und Haltung gegenüber Menschen, die von Armut betroffen sind.

Deutschland

Die deutschen Lobbies von Politik und Industrie diskutieren seit Jahren die Möglichkeit, einen Niedriglohnsektor einzuführen, in dem die Menschen zu Bedingungen zu arbeiten gezwungen wären, unter denen ihnen ein Existenzminimum garantiert ist. Mit den Armen wird manipuliert und auf jene, die Arbeit haben, wird Druck ausgeübt. Den neuen Gesetzen geht es nicht mehr um Teilhabe an der Gesellschaft und Sicherheit für bedürftige Menschen.

Den neuen Gesetzen geht es lediglich darum, Leistungsberechtigungen von der Annahme jeder Form von Beschäftigung abhängig zu machen. Es gibt 5 Millionen Arbeitslose und 400.000 freie Stellen! Der Dialog um die gesellschaftliche Teilhabe ist zum Stillstand gekommen, was dazu führt, dass die Diskussion zu Armut und Ausgrenzung nicht von der Stelle kommt!

Die neue deutsche Sozialpolitik macht so Jahre der Anstrengungen von Seiten der Organisationen zu Nichte, die dafür arbeiten, dass die Rechte der von Armut betroffenen Menschen berücksichtigt werden!

Griechenland

Nach mehreren Treffen innerhalb des griechischen Netzwerks wurde der Beschluss gefasst, das Schwergewicht auf psychische Gesundheit als Ausgrenzungsfaktor zu legen. Die Vorbereitungen zur 4. Konferenz standen angesichts der vielen negativen Erfahrungen, die die Delegierten bei ihren Treffen mit politischen Entscheidungsträgern gemacht hatte, im Zeichen eines Gefühls der Frustration. Es machte sich die Ansicht breit, dass die Politiker zwar behaupten, die Stimme der Armen zu hören, diese jedoch im politischen Entscheidungsprozess nicht berücksichtigen. Die Delegierten sind überzeugt, dass dies bei der 4. Konferenz wieder der Fall sein wird.

Ungarn

10 % der Bevölkerung leben in Armut und das große Problem ist das Ansteigen dieser Armut. Die Delegation zur 4. Konferenz umfasst Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, AlleinerzieherInnen und Diskriminierte (Roma). Bei den Vorbereitungstreffen sprachen die Delegierten über ihre tagtäglichen Armutserfahrungen. Sie beschrieben ihre Beziehungen zum und Erfahrungen mit

dem Sozialleistungssystem und ihre persönlichen Beziehungen zu denen, die Sozialdienste erbringen.

Bei diesen Vorbereitungstreffen kristallisierten sich die folgenden Botschaften heraus:

- Zu Anfang waren wir überzeugt, dass die Probleme bei allen gleich wären, aber letztlich wurde uns klar, dass die verschiedenen Situationen unterschiedliche Lösungsansätze brauchten.
- Bekämpfen wir die Armut!
- Wir sind nicht in der Minderheit.
- Wir brauchen Hilfe.
- Auch unsere Kinder wollen studieren und arbeiten.

Italien

Politik und Teilhabe bestehen in Italien oft getrennt von einander. Die Politik muss für die BürgerInnen arbeiten, auf Forderungen der Gemeinden reagieren und Interventionen bei sozialen Problemen planen. Teilhabe ist ein personenbezogener Prozess, der es den Einzelnen ermöglicht, politische Prozesse zu beeinflussen und ihren Ansichten Ausdruck zu verleihen. Leider passiert das nicht. Italien ist ein Land, in dem es kein Gesetz zum Mindesteinkommen gibt. Es gab Pilotversuche, allerdings nur auf lokaler oder regionaler Ebene.

Die Politiker reden von der Wohlfahrt, aber viele Bedürfnisse bleiben unerfüllt und die sozialen Probleme sind im Vormarsch.

Für die BürgerInnen ist Teilhabe am öffentlichen Leben in Italien bei weitem noch nicht erreicht. Das Gesetz Nr. 328 aus 2000 zur Schaffung eines integrierten Sozialdienstleistungssystems beginnt in einigen Bereichen nach 5 Jahren zu greifen, wie auch die Teilhabe, aber die lokalen Sozialdienstleistungen sind auf Grund der schweren Wirtschaftskrise in zeitweiligen Schwierigkeiten und können grundlegende Leistungen nicht erbringen.

Politik und Teilhabe müssen miteinander Hand in Hand gehen, und die Bedürfnisse der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen müssen rasch angesprochen werden. Abhängig ist dies von verstärkter

Bewusstseinsbildung und Verantwortung im Zusammenhang mit den Rechten/Pflichten der Menschen, auf einem Weg, auf dem niemand zurückbleibt.

„Die Armen können nicht warten.“

Lettland

Von Armut betroffene Menschen und jene, die mit ihnen in Kontakt stehen, berichten vor allem von Problemen in den ländlichen Regionen:

- Es bestehen große Unterschiede in der Prosperität zwischen Riga und dem ländlichen Raum.
- Im ländlichen Raum herrscht Arbeitslosigkeit und Landflucht, weil die Menschen in Riga nach Arbeit suchen.
- Es gibt nur wenige Familienbeihilfen.
- Für die älteren Menschen funktioniert das früher gut entwickelte Pensionssystem nicht mehr. Es wird Jahre dauern, bis es wieder hergestellt ist, da die Pensionen u.a. an die Erwerbseinkommen gebunden sind.
- Zugang zu Bildung ist ein Problem.
- Die Menschen wandern in andere Mitgliedstaaten der EU aus, um dort schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen und Geld an die zurückgelassene Familie zu senden.

Einige gute Initiative, die seit einigen Jahren läuft, ist das sogenannte „Müttergehalt“. Im ersten Jahr nach der Geburt eines Kindes erhält die Mutter eine monatliche Beihilfe, die nahezu die gleiche Höhe erreicht wie ihr letztes Erwerbseinkommen, wobei dieser Betrag mit 550 Euro nach oben begrenzt ist. Dies war eine Leistung des Verbandes der Frauen im ländlichen Raum.

Eine weitere Leistung im sozialen Bereich ist die Schaffung von adaptierten Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen.

Projekte:

- Handwerksausbildungen im ländlichen Raum
- Unternehmerische Ausbildung im ländlichen Raum
- Ausbildung im Bereich e-Commerce

Luxemburg

Die Delegation Luxemburgs kommt aus der Arbeitsgruppe für alleinerziehende Eltern des Zentrums für Frauen, Familien und Alleinerzieher (CFFM), das von der gemeinnützigen Organisation *Femmes en Détresse* betrieben wird.

90 % der alleinerziehenden Eltern sind Frauen, eine Tatsache, die durch den Ausdruck „alleinerziehende Eltern“ verschleiert wird. In den meisten Familien ist es die Frau, die mit Unsicherheit leben muss, weil Familienarbeit, Erwerbsarbeit und Haushalt ungleich verteilt sind.

Es kann eine gemeinsame Entscheidung sein, dass die Mutter zu arbeiten aufhört oder Teilzeitarbeit annimmt, aber im Fall einer Scheidung ist die Frau dem größeren Risiko ausgesetzt!

Materielle Armut nach der Scheidung ist oft die Folge: Anwaltshonorare, Unterhalt/Alimente.

Wo es um Gesundheit und Armut geht, sollte zumindest für die Bedürftigen die Direktzahlung von ambulanten Leistungen durch die Versicherung eingeführt werden (eine wachsende Zahl von Menschen in Luxemburg vernachlässigt die Gesundheitsvorsorge, weil sie es sich nicht leisten können). Sozialarbeiter können Gutscheine für Arztbesuche ausstellen!

Der gesundheitliche Zustand von Kindern aus unterprivilegierten Familien ist schlechter als der von Erwachsenen.

Armut ist unter Witwen weit verbreitet.

Das Familienministerium und die Organisation *Femmes en Détresse* haben ein Abkommen zur Zusammenarbeit bei der Durchführung der „Winterkampagne“ geschlossen, im Rahmen derer Wohnungslosen geholfen wird, die keinen Heimplatz finden.

Femmes en Détresse hat auch zwei Kinderbetreuungseinrichtungen geschaffen:

- S.K.K.D. (Service Krank Kanner Doheem), eine Einrichtung zur Betreuung kranker Kinder zu Hause

- Kannerhaus, eine Einrichtung zur Betreuung von Kindern während Arztbesuchen, Einkäufen, Ausbildungskursen, Schulferien und in Notfällen.

Auf nationaler Ebene sind Projekte geplant, insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Chancengleichheit, ebenso wie mit gleichgesinnten Netzwerken auf internationaler Ebene.

Niederlande

Die Delegation der Niederlande bestand aus einer arbeitsunfähigen und arbeitslosen Person, einer Vollzeithausfrau, einer Person mit Behinderung, einer Familienbetreuerin sowie einer Hausfrau mit Kind, die an der Konferenz wegen Krankheit ihres Kindes nicht teilnehmen konnte. Wie so manche andere sind diese Personen aus dem Leben in der Gemeinschaft wegen mangelnder Mittel ausgegrenzt.

Die größten Probleme haben mit Stereotypisierung zu tun – sie gelten als

- scheinbar gesunde Frau
- Schmarotzer
- dumm

Das Schlimmste ist, nicht als vollwertige/r Bürger/in anerkannt zu werden, da dies abwertend ist.

Das Positive für zwei Delegationsmitglieder war, dass sie im Gemeindefusschuss für Bezieher von Leistungen sitzen, das heißt, sie können ihre Meinung dazu sagen, wie Sozialmaßnahmen eingesetzt werden – das ist echte Teilhabe! Das Gefühl eines besseren Selbstwerts wird durch niedrigschwellige Angebote für Menschen mit Mindesteinkommen verstärkt.

Die Delegation hofft, dass das niederländische EAPN-Netzwerk zusammen mit politischen Entscheidungsträgern die Möglichkeit haben wird, Ausbildungsprojekte für jene Experten, die an vorderster Front arbeiten, und lokale Aktionspläne anzubieten.

Norwegen

Etwa 9 % der Bevölkerung leben knapp an der Armutsgrenze (laut europäischer Definition). Zwischen 1999 und 2003 stieg die Armut um 36 % an, wendet man als Benchmark 50 % des Medianeinkommens (OECD-Standard) an, so stieg die Armut in den Jahren 2001 bis 2003 um 25 %. Die norwegischen BürgerInnen brauchen ein Mindesteinkommen, das an Hand des Standardhaushaltsbudgets (Nationales Institut für Konsumentenforschung) berechnet wird; jeder, der unter der Armutsgrenze lebt, ist zum Bezug von finanzieller Unterstützung berechtigt.

Was die Teilhabe angeht, so klafft eine Lücke zwischen den von der Regierung ausgesprochenen Wünschen und der Realität: die Pensionsversicherung, das Arbeitsamt und die Sozialversicherung wurden zu einer einzigen großen Organisation verschmolzen und die Welfare Alliance (NGO) wird hart daran arbeiten müssen, dort ein Mitspracherecht der Bezieher von Leistungen hineinzureklamieren.

Die Prioritäten der Allianz lauten wie folgt:

- ein Ende der Armut
- mehr Teilhabe für Bezieher von Leistungen
- bessere Lebensqualität und Bedingungen für Mitgliedergruppen
- bessere materielle und Arbeitsbedingungen für die Mitgliedsorganisationen.

Teilhabe ist ein – wenn nicht sogar das wichtigste – Instrument zur Reorganisation des Sozialsystems. Mit anderen Worten, wenn es an Teilhabe mangelt, werden auch politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut scheitern.

Polen

Die polnische Delegation umfasst Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen waren. Manche haben eine lange Geschichte des Lebens auf der Straße oder des Alkoholmissbrauchs, andere hatten eine schwierige Kindheit, waren beschäftigungslos oder wohnungslos.

Diese Menschen haben nun vorübergehende Unterkunft oder Wohnraum gefunden, stehen in Ausbildung, beteiligen sich an der Herausgabe von

Obdachlosenzeitungen, arbeiten in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft, in einem Laden für Second Hand-Kleidung usw.

Die Erfahrung aller polnischer TeilnehmerInnen zeigt, dass Zwänge der Umwelt und persönliche Schwächen überwunden werden können. Sie zeigt, dass auch Ausgrenzung überwunden werden kann und Eingliederung in Arbeitswelt und Gesellschaft möglich ist. Sie sind lebende Beispiele für die Good Practices, die es ihnen ermöglicht haben, „auf eigenen Beinen zu stehen“.

Portugal

EAPN Portugal

- entwickelt Aktivitäten, bei denen es um Dezentralisierung und den Aufbau regionaler Netzwerke geht, aus denen sich dann das nationale Netzwerk zusammensetzt. Die regionale Struktur galt als beste Möglichkeit, um die lokale Ebene zu erreichen und die Verbände dort zu mobilisieren;
- zielt darauf ab, durch seine Struktur einen kontinuierlichen Dialog aufrechtzuerhalten;
- wird so viel wie möglich in die lokale, regionale und lokale Medienarbeit investieren, um dadurch den TeilnehmerInnen an der 4. Konferenz eine Stimme zu verleihen, wenn sie als VertreterInnen einer breiteren Öffentlichkeit auftreten.

Es wäre interessant, die Ergebnisse der Recherchen zum Thema öffentliche Wahrnehmung und Image der Armut einem größeren Publikum zugänglich zu machen.

Das EAPN Portugal hat es sich zum Ziel gesetzt, die Beteiligung anderer Betroffener an seinen Aktivitäten zu maximieren: VertreterInnen von Justizwesen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen, Bildung und Weiterbildung, Immigrationsbehörden, Stellen für Entwicklungszusammenarbeit usw. Wann auch immer dies möglich ist, wird das EAPN Portugal PolitikerInnen der nationalen und regionalen Ebene, die am NAP „Soziale Integration“ beteiligt sind, einladen, um die Kontinuität der Integrationsstrategie auf nationaler Ebene sicherzustellen.

Spanien

Soziale Ausgrenzung hat viele Gesichter und viele Ursachen. Eines der sichtbaren Symptome der Ausgrenzung ist die fehlende Teilhabe an Bereichen, die die Gesellschaft und das Leben der Menschen betreffen.

Die Ansichten der von Armut betroffenen Menschen werden vom Rest der Gesellschaft missachtet. Das ist teilweise auf das Selbstbild der von Armut betroffenen Menschen zurückzuführen und teilweise auf das Bild, das die anderen von ihnen haben.

„Wir sind, was die anderen sehen.“ Von Armut betroffene Menschen sind mehr als nur ihr äußeres Erscheinungsbild.

Wenn man ernsthaft versucht, jemanden kennenzulernen, dann braucht man dafür Aufmerksamkeit, Respekt und Sorgfalt, und selbst dann kann man nicht zu 100 % sicher sein. Von Armut betroffene Menschen müssen die Chance erhalten, so bekannt zu werden, wie sie wirklich sind, über ihr Image und stereotype Vorstellungen hinaus, und sie müssen den anderen diese Chance gewähren. Das bedeutet auch, dass ihre Meinung zu jenen Dingen gehört werden muss, die ihnen wichtig sind oder sie betreffen. Letztlich muss ihnen Respekt ihrer Gleichberechtigung und Chancengleichheit zugesichert werden.

Schweden

Das Leben der schwedischen Delegierten hat sich unterschiedlich entwickelt – sie waren Unternehmer, selbständig erwerbstätig, Manager, im Arbeitsleben, hatten eine Familie usw. – kurz, sie führten, was man in Schweden „ein Svensson-Leben“ nennt, sie waren DurchschnittsbürgerInnen. Aus verschiedenen Gründen – finanzieller Ruin, Krankheit – leben sie nun unter der Armutsgrenze. Alle drei stehen mit verschiedenen Sozialdiensten, Diensten im Gesundheitswesen und Arbeitsämtern in Kontakt, alle sind ohne Beschäftigung.

Die Aktion „Ein anständiges Leben“ ist eine Partnerschaft zwischen einer nationalen NGO, VERDANDI, und verschiedenen Stellen im Sozialwesen in Örebro. Sie ist ein Projekt des Europäischen Sozialfonds. Die Idee dazu besteht darin, dass die Beteiligten am Ende des Projektzeitraums im Dezember eine

Genossenschaft gründen. Es handelt sich um ein Projekt für Langzeitarbeitslose und Erwerbsunfähige, die als zu weit vom Arbeitsmarkt entfernt gelten.

VERDANDI wurde 1896 als Protestbewegung gegen soziale Ungerechtigkeit und die herrschende Meinung, dass der Einzelne allein für Alkoholismus verantwortlich und kein Opfer von unmenschlichen Bedingungen, Unsicherheit und anderen Umständen ist, gegründet.

Von Anfang an hatte sich VERDANDI als unabhängige Bewegung zum Ziel gesetzt, Arbeitsbedingungen und Bezahlung zu verbessern und Wohnbau, Bildung, den 8-Stunden-Tag und das allgemeine Wahlrecht zu fordern.

Präsentation von Eurochild

Eurochild AISBL³ ist ein Netzwerk von Organisationen von Kindern und Jugendlichen. Seine Arbeit beruht auf den Grundsätzen der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Eurochild fördert das Wohlergehen und die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf europäischer und nationaler Ebene. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: in der Europäischen Union sind 19 % der Kinder zwischen 0 und 15 in den „alten“ und 20 % in den zehn „neuen“ Mitgliedstaaten von Armut bedroht. Armut beeinträchtigt nicht nur die Entwicklung des Kindes im Zusammenhang mit Gesundheit, Bildung, psychosozialem Wohlergehen und Teilnahme an Aktivitäten in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit, sie untergräbt auch die Zukunftsaussichten und Lebenschancen des Kindes.

Kinderarmut ist nicht nur eine Frage besonders bedrohter Gruppen von Kindern und Jugendlichen. Sie ist eine Querschnittsmaterie und muss in allen Bereichen des NAP-Prozesses berücksichtigt werden. Kinder und Jugendliche sind als Akteure in den NAP-Prozessen zu berücksichtigen und die Teilhabe daran sollte ihnen leichter gemacht werden.

Die NAPs sollten auf Indikatoren der Kinderarmut basieren, die von den Kindern und Jugendlichen selbst definiert werden, indem sie sagen, was ihnen wichtig ist.

³ Eine internationale gemeinnützige Organisation

Eurochild fordert daher die politischen Entscheidungsträger und anderen Betroffenen auf, ihre Anstrengungen zur Einbindung sozial ausgegrenzter Kinder und Jugendlicher zu verstärken.

Andre, eine 16-jährige Zypriotin, erzählt ihre Geschichte:

Ich bin 16 Jahren alt und Schülerin. Meine Familie zerbrach, als meine Eltern sich vor 10 Jahren trennten. Sie sind nicht geschieden, aber ich weiß nicht, wo mein Vater ist und was er tut. Meine Mutter ist krank und erwerbsunfähig. Wir leben von Sozialhilfe, die zu gering ist, um unsere Bedürfnisse wirklich zu decken.

Seit ich zehn Jahre alt bin, arbeite ich in den Sommerferien, um mir Geld für meine eigenen Ausgaben zu verdienen, aber ich kann das, was andere Kinder haben, nicht bekommen. Ich habe keine Computer und ich fühle mich gegenüber meinen MitschülerInnen oft benachteiligt; ich glaube, dass ich weniger Chancen auf eine gute Bildung habe. Meistens bleibe ich zu Hause, weil ich es mir nicht leisten kann, mit meinen FreundInnen auszugehen.

Ich habe in der Schule nie das Gefühl gehabt, dass ich diskriminiert werde – und ich schätze mich deswegen glücklich – aber viele Kinder in unserer Schule werden diskriminiert und ausgegrenzt.

Unser grundlegendes Problem liegt darin, dass die Erwachsenen uns nicht zuhören, sie lassen uns nicht sprachen und sind an unseren Ansichten nicht interessiert. Unsere Probleme sind nicht die Ihren, und meistens glauben sie, dass sie, indem sie „Familienprobleme“ lösen, auch unsere Probleme beseitigen. Das stimmt aber nicht. Wir wollen, dass wir zu Fragen wie Chancengleichheit in Bildung und Freizeit, zu Sozialisierung und Integration in die Gesellschaft als gleichberechtigte Menschen angehört werden.

Diskriminierung bedeutet, dass andere kritisieren, was man denkt oder wie man sich kleidet, dass andere einen abwerten, weil man weniger fähig ist, an „anderen“ Dingen Spaß hat. Das gibt uns das Gefühl, draußen zu stehen, und verringert unseren Selbstrespekt, weil wir wissen, dass wir nicht akzeptiert werden.

Wir werden in der Schule nicht respektiert. Bildung bedeutet nur „Unterrichtsstunden und Prüfungen“. Fantasie, freie Gedanken und Verstehen spielen da keine Rolle. Wir wollen ein Bildungssystem, in dem Erwachsene sich nicht auf ihre Macht stützen, sondern eines, in dem gegenseitiger Respekt, gegenseitiges Verständnis und Lernen voneinander herrschen.

Und letztlich: vergesst bitte nicht, wenn ihr „Maßnahmen zur Unterstützung von Familien“ fordert, dass zu Familien nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder gehören.

Wir wollen finanzielle Unterstützung.

Wir wollen Arbeitsplätze für unsere Eltern.

Wir wollen Freizeit und Aktivitäten für alle.

Wir wollen Bildungschancen, unabhängig von unseren finanziellen Möglichkeiten.

Workshops⁴

Es gab fünf Workshops mit

- **Delegierten** aus 22 Mitgliedstaaten sowie Norwegen und Bulgarien. 89 % der von Armut betroffenen Menschen brachten Erfahrungen aus ihrem Leben (als Alleinerziehende, Arbeitslose, Wohnungslose, Menschen mit Behinderungen, registrierte Beschäftigungslose, Kranke, MigrantInnen, Angehörige von Minderheiten usw.) mit.
- „**geladenen Gästen**“ als Vertreter verschiedener europäischer und nationaler Stellen, die mit Armut und sozialer Ausgrenzung beschäftigt sind.

Der Zweck der Workshops war es, Diskussionen zum Image und zur Wahrnehmung der Armut anzukurbeln, wie sie

- bei verschiedenen Gruppen von Schlüsselkontakten (Personen, die mit praktischer Arbeit im Sektor Sozialdienstleistungen befasst sind, Beamte, Forscher, Politiker...) verbreitet sind
- in den Medien dargestellt werden und
- in den National Aktionsplänen „Soziale Integration“ (NAPIIncl) zu finden sind.

Jede Workshopgruppe erstellte eine Zusammenfassung und Fragen oder Empfehlungen und berichtete im Plenum, es folgte eine Debatte.

Die Beiträge der geladenen Gäste⁵ zur Plenarsitzung finden sich am Ende des Workshop-Abschnittes.

Workshop 1

Belgien, Zypern, Griechenland, Niederlande, Polen, Portugal, Vereinigtes Königreich

Geladene Gäste: VertreterInnen des österreichischen Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, des luxemburgischen Ministeriums für Familie und Integration, des Sozialschutzausschusses der Europäischen Union, der Pensionsversicherung des Vereinigten Königreiches, der Universität von Antwerpen, der belgischen Behörde für soziale Integration und Armutsbekämpfung, der Kommission für Rassengleichbehandlung (*Commission for Racial Equality*) des Vereinigten Königreiches

⁴ Kursiv gesetzte Textteile sind wörtliche Zitate von der Konferenz.

⁵ Geladene Gäste waren leitende Beamte/Beamtinnen der EU und der nationalen Behörden, PolitikerInnen auf europäischer und nationaler Ebene, VertreterInnen europäischer Institutionen und Ausschüsse, VertreterInnen der Presse.

und des FEANTSA (Europäischer Verband nationaler Vereinigungen, die mit Obdachlosen arbeiten).

Wahrnehmung

- *Arm sein bedeutet stigmatisiert sein*
- *Armut bei Frauen wird meist nicht beachtet, weil Frauen ihre Armut verbergen*
- *Jahrhundertlang hatte Armut ein negatives Image und es wird weiterhin gepflegt, weil Armut Angst machen muss. Dieses Image schadet den von Armut betroffenen Menschen.*
- *Wir haben eine Vorsitzenden, der seit mehr als 50 Jahren über Armut spricht. Das zeigt, dass es höchste Zeit zum Handeln ist.*

Schlüsselkontakte

- *Alleinerziehende werden in Griechenland gemieden.*
- *Asylbewerber gelten als geldgierige Schnorrer, wenn sie am wirtschaftlichen Leben eines Landes teilnehmen wollen.*
- *Mitarbeiter von Wohlfahrtsstellen machen aus Armut immer eine Sache des Geldes.*

Wer im Bereich Sozialdienstleistungen arbeitet, muss mit von Armut betroffenen Menschen in Kontakt sein. Das Problem liegt darin, dass manche keine geeignete Ausbildung haben und Menschen wie Dinge behandeln. Sie müssen verstehen, was geschieht. In Polen wurde eine Lobby gegründet, um den Menschen zu zeigen, wie man Dinge auch aus anderer Sicht sehen kann. Es geht nicht darum, den Menschen Geld in den Rachen zu werfen, sondern ihre Einstellung zu ändern.

Wer im Bereich Sozialdienstleistungen arbeitet, muss qualifiziert sein, und von Armut betroffene Menschen müssen in ihre Ausbildung einbezogen werden. Belgien hat ein Programm für „Experten aus Erfahrung“ zur Ausbildung von Armut betroffener Menschen, damit diese als Vermittler zwischen den offiziellen Stellen und von Armut betroffenen Menschen fungieren können. Nach vier Jahren Ausbildung können sie ihre Erfahrungen professionell nutzen.

Medien

- *Die Presse liebt Reality-Shows, Spektakel und herzerreißende schlechte Nachrichten.*
- *Mit Armut kann man keine Quoten erhöhen.*
- *Die Medien bezahlen von Armut betroffene Menschen, um an Talkshows teilzunehmen und Lebensbeichten abzulegen.*
- *Die Medien interessieren sich im Winter für die Wohnungslosen.*
- *Die Medien versuchen nicht, zu verstehen, was Menschen in die Armut treibt. Sie berichten über Einzelpersonen, die sich nicht so verhalten haben, wie sie sich verhalten hätten sollen.*

Es müssen Strategien entwickelt werden, um MedienberichterstatteInnen anzuziehen und Aufmerksamkeit etwa auf die Europäischen Konferenzen zu richten.

Wie erreicht man eine Imageverbesserung?

Manche schlugen vor, positive Beschreibungen des Lebens von Armut betroffener Menschen ins Fernsehen und in die Zeitungen zu bringen. Von Armut betroffene Menschen sollten z.B. nicht als ungebildet abqualifiziert werden. Ziel ist es, die Außenwelt zu einer wertfreien Haltung zu bringen.

Andere drängten darauf, dass man sich vom Sensationsjournalismus distanzieren müsse, indem man sich weigert, an Sendungen von der Art der Reality-Shows teilzunehmen.

Die Medien müssen dazu aufgefordert werden, die Umstände, die zu sozialer Ausgrenzung führen, zu beschreiben, dadurch würden auch JournalistInnen entsprechend „geschult“. Sie könnten dann von der Sensationshascherei und der Stigmatisierung von Gruppen wie etwa Minderheiten weggebracht werden.

Zu den Strategien und Methoden, die zu einem positiven Bild beitragen können, könnte es auch gehören, dass NGOs ihre eigenen Medienevents veranstalten, wie Pressekonferenzen oder öffentliche Demonstrationen.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, sich mit JournalistInnen kurzzuschließen und zu verbünden, und dann einen Sonderbericht herauszubringen, wie das in Belgien geschehen ist.

Ein weiteres Beispiel aus Polen: NGOs stellten Menschen ins Rampenlicht, die ihren Platz in der Gesellschaft durch sportliche Leistungen beanspruchen.

Das Wichtige ist, dass das Positive betont wird!

Von Armut betroffene Menschen sind proaktiv. Sie kämpfen und verlieren durch Mangel an Respekt den Mut, sie bemühen sich, ihr Leben zu leben und ihr Bestes zu tun. Die Presse könnte zum Beispiel eine Familie einen oder zwei Monate lang begleiten und zeigen, wie sie mit ihrer Situation zurechtkommt.

Manche Gruppen produzieren eigene Zeitungen, um ihrem Image einen positiven Touch zu geben.

NAPs

- *Die breite Öffentlichkeit war nicht in die Entwicklung der NAPs einbezogen.*
- *Die meisten Menschen haben noch nie von den NAPs gehört.*
- *Über die von Armut betroffenen Menschen steht nichts in den Dokumenten. Es ist nicht einfach, damit zu arbeiten.*
- *Jedes Land setzt in den NAPs Prioritäten und diese sind von Land zu Land verschieden.*
- *Die Texte enthalten wichtige Punkte, werden aber oft in unzugänglicher Art und Weise präsentiert.*

Die Hauptprobleme, die im Zusammenhang mit den NAPs angesprochen wurden, lauteten: Bei ihrer Erstellung wurde die Zivilgesellschaft nicht konsultiert und sie hatte daran nicht teil. Die derzeitigen NAPs sind unbekannt und der breiten Öffentlichkeit unzugänglich.

BEITRÄGE IM PLENUM

Die im Plenum kommunizierten Erfahrungen und Beobachtungen deuteten auf dasselbe hin: trotz der besseren Wirtschaftslage wird die Kluft zwischen Arm und Reich in vielen Ländern immer größer. Die Delegierten der einzelnen im Workshop vertretenen Länder betonten, dass solides Wirtschaftswachstum nicht mehr soziale Integration und weniger Arbeitslosigkeit bedeutet. Sie sprachen wiederholt an, welche besonderen Schwierigkeiten Kinder, Jugendliche und ältere Menschen haben. Armut ist hartnäckig und Generationen überspannend. Kinder, die in Armut aufgewachsen sind, haben es schwer, ihr zu entkommen, das Risiko, dass die Armut von Generation zu Generation weitergegeben wird, ist groß. Es wird auch festgestellt, dass in unserer Gesellschaft nach wie vor leider Diskriminierung aus Gründen der ethnischen Herkunft und Rasse vorkommen, was dazu führt, dass bestimmte Gruppen mit negativen Stereotypen behaftet sind, die zu ihrer Ausgrenzung führen oder diese verstärken.

Der Teufelskreis kann jedoch durchbrochen werden. Die Delegationen tauschten eine Reihe von Good Practices aus: öffentliche Förderungen für Ausbildung, der Mut, vor dem Parlament und der Presse zu sprechen, Hilfe für angehende UnternehmerInnen durch offizielle Anerkennung von Sozialgenossenschaften und Gemeinschaftsunternehmungen, Schaffung von mehr Arbeitsplätzen für von Armut betroffenen Menschen durch die Gründung von Genossenschaften.

Mit Fortschreiten der Diskussion wurden diverse Probleme identifiziert, die mit der Wahrnehmung von Armut durch die Gesellschaft zu tun haben:

1. Die Delegierten sprachen über ihre Kontakte mit Personen, die im Bereich Sozialdienstleistungen arbeiten,⁶ und kamen zu dem traurigen Schluss, dass man von Armut betroffenen Menschen zu selten die Menschenwürde läßt, sie fühlen sich in „einer bürokratischen Maschinerie gefangen“ und eher als Objekte denn als Menschen behandelt. Personen, die im Bereich Sozialdienstleistungen arbeiten, können viel von den von Armut betroffenen Menschen lernen, ihre Ausbildung sollte aber auch dementsprechend gestaltet sein, dass sie an vorderster Front mit diesen Menschen zusammenkommen.

⁶ Dieser Begriff ist im weitesten Sinn zu verstehen und umfasst SozialarbeiterInnen, Menschen, die an der Basis arbeiten, Beamte im öffentlichen Dienst usw.

2. Armut ist für die Medien kein Thema ist, das man als „sexy“ bezeichnet könnte. Die Medien tendieren dazu, keine verlässlichen Informationen über Armut zu veröffentlichen, sie erklären weder, wie es dazu kommt, noch was dagegen getan werden kann. Die Jagd nach hohen Quoten und Auflagen führt zu „Sensationsjournalismus“, sodass Armut nur in den Kurzberichten oder in der Rubrik „Vermischtes“ vorkommt oder nur zu bestimmten Zeiten Gegenstand von Berichten ist, etwa im Winter oder am 17. Oktober.⁷

Die Delegierten betonten aber, dass die Medien nicht über einen Kamm geschoren werden dürfen und dass es JournalistInnen gibt, die versuchen, ein faires Bild zu verbreiten. Es sind diejenigen, die es verdienen, dass man ihnen Interviews gibt und Vertrauen schenkt. Von Armut betroffene Menschen sollen sich nicht als Opfer darstellen, sie können und müssen ein Bild vermitteln, in dem sie Akteure sind, in Selbsthilfegruppen, Genossenschaften, Sportmannschaften usw. Sie können auch ihr eigenes Medienimage gestalten, indem sie eigene Zeitungen herausgeben und vertreiben.

Zu den Nationalen Aktionsplänen sagten die Delegationen, dass sie sie als sehr nützliche Arbeitsinstrumente befanden, die jedoch in der Gesellschaft in den europäischen Ländern nicht ausreichend verstanden wurden. In vielen Ländern mangelte es am politischen Willen der Regierungen, die Betroffenen zu konsultieren. Die Delegationen forderten die Regierungen daher auf:

- bei der Entwicklung der NAPs für mehr Konsultation und Teilhabe seitens der Zivilgesellschaft zu sorgen. Das würde den Plänen mehr Profil verleihen und ihre Prioritäten klarer machen;
- mehr Anstrengungen zu unternehmen, um die NAPs für die Zivilgesellschaft zugänglicher und verständlicher zu machen.

⁷ Der Internationale Tag für die Beseitigung der Armut, proklamiert von den Vereinten Nationen.

Workshop 2

Frankreich, Schweden, Norwegen, Finnland, Vereinigtes Königreich, Belgien, Malta, Estland, Irland, Spanien

Geladene Gäste: Bundesministerium für soziale Sicherheit (Österreich), FEANTSA

Wahrnehmung

- *Armut bedeutet, nicht die Mittel zu haben, um eine vollwertige Rolle in der Gesellschaft zu spielen.*
- *Man macht Armutserfahrungen, wenn man keinen Zugang zu seinen Grundrechten hat.*
- *Arm sein bedeutet nicht, dass man kein Bürger/keine Bürgerin sein kann.*
- *Es geht nicht nur darum, dass die von Armut betroffenen Menschen ihre Armut verbergen wollen – manche Menschen wollen sie nicht sehen.*

Schlüsselkontakte

- *In Schweden wird die soziale Armut schwerer zu ertragen als die wirtschaftliche Armut, weil unser Land ein Sozialsystem hat und unser Sozialminister nicht mehr über von Armut betroffene Menschen spricht, weil es als falsch gilt, eine einzelne Gruppe als arm herauszustellen. Daher können wir über diese Menschen nicht reden. Wir sagen es ungerne, dass es sie gibt.*
- *Als ich beim Sozialamt um Unterstützung ansuchte, sagte man mir, dass ich einen zu positiven Eindruck machte. Mein Haus war zu sauber, ich sah nicht arm genug aus. Ich habe meinen Stolz und respektiere mich selbst. Sie sagten, wäre mein Haus schmutzig gewesen und hätte ich ungepflegt ausgesehen, hätte ich das Geld bekommen, aber so war ich nicht bedürftig. Man muss fast so tun, als wäre man jemand anderer, um Hilfe zu erhalten.*
- *Manche Menschen glauben, dass man keine Entscheidungen treffen kann, wenn man von Armut betroffen ist.*
- *Wenn man Sozialhilfe erhält, gilt man nicht als arm. Menschen, die von Sozialhilfe leben, sind aber von Armut betroffen – nur scheinen sie nicht in den Statistiken auf.*
- *Wir werden nie in Forschungsergebnissen genannt, und wir erhalten von den ForscherInnen nie ein Exemplar der Ergebnisse.*

ForscherInnen kommunizieren ein schlechtes Image der Armut, besonders in den Ergebnissen, die sie veröffentlichen. Sie sprechen von Menschen, die sie nicht

kennen oder zu verstehen versuchen. Forschung muss auf einer Methodik basieren, bei der Teilhabe möglich ist, und die vom Top-Down-Ansatz wegkommt. So viele Menschen wie möglich sollten an Forschungsprojekten beteiligt sein, damit sich nicht immer alles in denselben Kreisen abspielt.

BehördenverteterInnen befinden es als wichtig, mit von Armut betroffenen Menschen persönlich zu sprechen.

Entscheidungsträger bleiben nie bei den Konferenzen, zu denen sie eingeladen werden. Sie halten ihre Rede und gehen. Es reicht nicht, zu den Menschen zu sprechen, man muss mit ihnen sprechen.

Medien

- *Man sollte keine Angst davor haben, zu sagen, was man denkt, oder dass die Situation furchtbar ist.*
- *Die Medien beschäftigen sich von Oktober bis Juni mit Armut, weil sie glauben, dass im Winter Menschen deswegen sterben könnten, im Sommer ist ihnen das ganz egal.*
- *Sei zwei Monaten redet man von Armut. Vor 2 Jahren wurde das Wort nicht einmal erwähnt, es wurde ignoriert, vom Tisch gewischt. Man dachte, es würde die Öffentlichkeit nicht interessieren.*
- *Man zeigt zwei kranke Menschen. Es gibt viele Bilder, wenig Worte. Wenn man sie ansieht, möchte man am liebsten heulen.*
- *Man sollte aufhören, Obdachlose als Menschen mit einer Flasche in der Hand und einem Hund an der Seite zu zeigen. Bilder von Menschen, die den Weg aus der Obdachlosigkeit geschafft haben, sieht man nie.*
- *Die Medien interessieren sich eher für Prominente.*

Das Medienbild der Armut ist stereotyp, schockierend, negativ und saisonal (Winter). Die Medien mögen Horrorgeschichten, die aufrütteln, aber sie fragen nie, wie etwas geändert werden kann, „wie man Armut bekämpfen kann“. Armut macht Angst und deswegen ist das Image immer auch eine Warnung.

Wie kann man die Medien ändern?

Manche Organisationen haben Presseberater, damit das Image einen positiven Dreh erhält. Manchen JournalistInnen sind Verbündete, Menschen, bei denen man darauf vertrauen kann, dass sie die Beispiele, die man ihnen gibt, gut hinüberbringen. Es ist wichtig, mit JournalistInnen zu arbeiten, die mit NGOs vertraut sind. Das Wesentliche liegt darin, den Alltag der Menschen und ein positives Image zu kommunizieren.

Eine weitere Idee ist die Herausgabe einer eigenen Zeitung, das tun man NGOs. Auch hier hat man das Problem, Berichte aus erster Hand zu bekommen. Die Angst, sich zu äußern, findet man nicht nur unter den von Armut betroffenen Menschen, sondern auch bei den öffentlichen Stellen (Beamten der Behörden, Personen, die im Bereich Sozialdienstleistungen arbeiten). Es kann Schwierigkeiten mit sich bringen, wenn man seine Geschichte erzählt. Es kann helfen oder hinderlich sein, wenn man mit den Medien spricht.

Will man ein anderes Bild der Armut vermitteln, das nichts mit Wehklagen zu tun hat, dann ist es wesentlich, sich das Vokabular des Journalismus anzueignen, ihre Instrumente zu verwenden, die Techniken der Massenkommunikation. Dahingehende Ausbildung wäre hilfreich.

Auch Marketingunterlagen, die eine soziale Ideologie vermitteln, wären wesentlich.

Nicht alle Zeitungen eignen sich als Medium der Berichterstattung über Armut.

Obdachlosenzeitungen scheinen nicht mehr in Mode zu sein, die Menschen sind daran gewöhnt und viele kaufen sie nicht mehr. Die Straßenverkäufer werden als Bettler betrachtet. Manche dieser Zeitungen verkaufen sich aber weiterhin gut: in Dänemark und Schweden spielen sie offenbar eine positive Rolle, vor allem im Hinblick auf ihre Integrationsfunktion.

Es gibt eine breite Palette von Kommunikationsinstrumenten und künstlerischen Ausdrucksformen, wie etwa Ausschnitte aus Opern, in denen die Hauptfiguren, um die sich die ganze Geschichte dreht, arm sind. Auch Chatrooms im Internet kann man dafür nutzen.

Die bestehende ethische Praxis, die für die Darstellung der Situation in den Entwicklungsländern gilt, sollte auch auf von Armut betroffene Menschen in Europa angewendet werden.

Man könnte eine Art soziales Marketing entwickeln, wie das auch Unternehmen tun. Das Wichtigste ist, dass man gehört wird, warum sollte man also nicht eine „Poverty Pride“-Parade veranstalten oder den Europäischen Konferenzen ein den Olympischen Spielen vergleichbares Profil geben?

BEITRÄGE IM PLENUM

Armut und Ausgrenzung findet man in jedem Land. Weil sie aber höchst verzerrt wiedergegeben werden, haben die davon betroffenen Menschen Probleme mit der Art, in der sie wahrgenommen werden, mit ihrer Selbstachtung und ihrem Selbstvertrauen. Stereotype werden durch die Medien und die Gesellschaft selbst zementiert.

Image

Regierungen und Medien sind heute nicht bereit, zuzugeben, dass soziale Ausgrenzung und Armut im jeweiligen Land immer noch existieren. In Schweden, einem Land mit einem hochentwickelten Sozialsystem, tendiert man dazu, fälschlich zu behaupten, dass es keine Armut gibt. Armut wird nicht als etwas Komplexes gesehen. Man schreibt es einem Mangel an Mittel zu oder vermeint, die davon betroffenen Menschen seien selbst schuld. Armut und Ausgrenzung sind jedoch mehr als das. Es geht dabei um Ungleichbehandlung, was Rechte und den Zugang dazu angeht – wir sind berechtigt, das zu erhalten, was uns zusteht.

Man spricht immer mehr davon, dass Armut und soziale Ausgrenzung existieren, und das ist gut so, besonders, wenn es Menschen tun, die wissen, wovon sie reden, denn dann wird das Problem sichtbar. Es kann aber auch negative Folgen geben. Das Problem des Abstempeln: Menschen gelten als gefährdet und schwach, obwohl sie sich selbst nicht so sehen. Ihr Selbstbild ist nicht das eines armen oder gefährdeten Menschen.

Personen, die im Bereich Sozialdienstleistungen arbeiten, können uns entweder helfen oder uns behindern. Sie sehen von Armut betroffene Menschen als

Klienten, als Bezieher von Unterstützung, aber nicht als Menschen, die die Situation, die sie durchleben, kennen und daher Erfahrungen weitergeben können. Es kann zu einem Abhängigkeitsverhältnis vom Sozialdienstleister kommen, was Auswirkungen darauf hat, wie von Armut betroffene Menschen wahrgenommen werden.

Mehr Mittel werden benötigt, aber auch die Qualität der Sozialarbeit gilt es zu verbessern, wobei den von Armut/Ausgrenzung betroffenen Menschen mehr Teilhabe einzuräumen ist. Es geht darum, mit diesen Menschen zu arbeiten, um ihnen einen Ausweg aus ihrer Lage zu ermöglichen.

Die Forscher haben nur ein Bild von sozialer Ausgrenzung und Armut vor Augen. Sie sollten partizipatorische Methoden anwenden, die den von Armut betroffenen Menschen eine Stimme geben und ihnen die Teilnahme an der Forschungsarbeit ermöglichen.

Wir mögen von Armut betroffen sein, aber wir können dennoch einen Beitrag leisten. Wir haben die innere Kraft, zu reagieren, und diese Kraft muss verstärkt werden.

Medien

Die Medien haben oft einen starren Zugang zur Armut, sie verbreiten Horrorgeschichten und bieten herausfordernde Bilder, um die Leser oder das Publikum zu fesseln, anstatt einem Bildungsauftrag nachzukommen und die Gesellschaft über Armut zu informieren. Die Medien spielen Todesfälle wegen Unterkühlung im Winter hoch und kehren das Thema Armut im Sommer unter den Teppich. Die Medien verbreiten ein unrealistisches Bild. Wir müssen diese Form der Darstellung ändern.

Das bedeutet, dass besser verstehen müssen, wie die Medien funktionieren, damit wir Kommunikationsinstrumente einsetzen und gute Beziehungen zu JournalistInnen aufbauen können, sodass diese lernen, persönliche Geschichten zu respektieren und nicht der Auflage oder Quote zu Liebe auszuschlachten.

Die gute Seite der Darstellung von Armut ist, dass die Medien die öffentliche Meinung herausfordern und die Bevölkerung auf die Probleme von Armut und sozialer Ausgrenzung in unserer Gesellschaft aufmerksam machen.

Wir müssen die Medien und neuen Kommunikationstechnologien dazu einsetzen, unsere Botschaft zu verbreiten.

Workshop 3

Frankreich, Deutschland, Lettland, Luxemburg

Geladene Gäste: VertreterInnen der Bundessozialversicherung (Belgien), des Sozialschutzausschusses, des Sozialversicherungsinspektorats (Luxemburg), der Agence Alter

Wahrnehmung

- *Als Wohnungsloser wird man nicht geboren.*
- *Von Armut betroffene Menschen werden als ungehobelt und pöbelhaft dargestellt.*
- *Es besteht ein Riesenunterschied zwischen dem alten und dem neuen Europa.*

Schlüsselkontakte

- *Viele Menschen, die im Bereich Sozialdienstleistungen arbeiten, verhalten sich bei der Arbeit unpersönlich und wirken nicht engagiert.*
- *In Lettland werden diese Menschen schlecht bezahlt und brauchen selbst Hilfe, deshalb gehen nur wenige freiwillig hin.*
- *Viele der Menschen, mit denen wir zu tun haben, haben Schwierigkeiten damit, zu kommunizieren.*

Die meisten Sozialdienstleister behandeln die von Armut betroffenen Menschen eher als Dinge denn als Menschen.

Im Vereinigten Königreich gibt es ein System, um diese Wahrnehmung zu verbessern: die Verwendung integrativer Sprachmuster – nicht „ich“ (der Sozialdienstleister) gegenüber „ihm/ihr“ oder „ihnen“ (die KlientInnen), sondern „wir“. „Wir“ arbeiten gemeinsam an einer Lösung.

Medien

- *In Lettland veröffentlichte eine Frauenzeitschrift Berichte und Interviews mit von Armut betroffenen Menschen und Familien. Die Leser konnten für die ihrer Meinung nach am schlechtesten gestellte/n Personen stimmen. Der Sieger erhielt eine Bargeldpreis. Das Problem war, dass diese Berichte auch*

unter den von Armut betroffenen Menschen beliebt waren, obwohl sie ein noch negativeres Bild von ihnen vermittelten als bisher.

- *Arme Menschen sind eine Nebenerscheinung.*
- *Zeitungen geht es um Zahlen, nicht Menschen.*
- *Man darf nicht vergessen, dass die Medien ein Geschäft sind und JournalistInnen bei ihrer Tätigkeit Grenzen gesetzt sind. Sie müssen in erster Linie verkaufen.*

Der Zugang zu den Medien ist nicht fair: von Armut betroffene Menschen werden auf inszenierte, negative, sensationslüsterne Weise dargestellt. Die Zeitungen von Selbsthilfegruppen sind die besten Kanälen, um zu Informationen über Armut zu gelangen.

Wie kann man das Image verbessern?

Von Armut betroffene Menschen und Selbsthilfegruppen sollten Medienausbildung erhalten. Gute Beziehungen zu JournalistInnen sollten bei der Verbesserung des Images auch helfen. Es sollten mehr Offene Briefe zur Armut geschrieben werden. Zeitungen, die von Armut betroffene Menschen und Selbsthilfegruppen herausgeben, sind eine Möglichkeit, die einen Versuch wert sein sollte.

NAPs

- *Von Armut betroffene Menschen müssen in der Lage sein, an der Entwicklung der NAPs teilzuhaben. Es sollte dies schon auf regionaler Ebene der Fall sein, da die Wirklichkeit der Armut von Region zu Region verschieden ist.*
- *Der lettische NAP ist ein gutes Programm, enthält aber keine praktischen Maßnahmen. Es gibt nun einen Beobachtungsausschuss, an dem die Verbände teilnehmen sollten, dieser ist jedoch nicht unabhängig, sodass die NGOs sich daraus zurückzogen.*
- *Schon die Art, in der die NAPs geschrieben sind, vermittelt ein bestimmtes Bild der Armut.*

Von Armut betroffene Menschen haben im Allgemeinen wenig oder kein Mitspracherecht bei der Gestaltung der NAPs. Die ersten NAPs wurden von Beamten und Politikern verfasst. In manchen Staaten werden die von Armut

betroffenen Menschen nun um ihre Ansichten zu den NAPs gefragt, aber das reicht nicht aus.

Die Frage ist: Wie kann man sicherstellen, dass die „Stimme“ der Armen in den NAPs gehört wird, nachdem man sie konsultiert hat? Eine mögliche Antwort darauf kam aus Belgien; dort sind von Armut betroffene Menschen an der Verfassung eines allgemeinen Berichts zur Armut beteiligt und überwachen dann die Maßnahmen dazu. Diese Methode könnte auch bei den NAPs angewendet werden.

Wie können von Armut betroffene Menschen in den Prozess der Verfassung neuer NAPs eingebunden werden? Das kann nur durch einen Dialog geschehen: einem Dialog zwischen Europa und den Menschen, den Menschen und Europa. Das EAPN muss seine Anstrengungen verstärken, wenn es darum geht, die Teilhabe von Armut betroffener Menschen zu fördern. Sie müssen nicht nur in den Prozess alleine eingebunden sein, sondern auch mit dem Produkt und Ergebnis zu tun haben.

BEITRÄGE IM PLENUM

Nach der Präsentation zweier Beispiele, wie in der französischen und lettischen Presse über Armut berichtet wird, kam die Gruppe zu dem Schluss, dass die Presse sich nicht genug einbrachte. Nach Betrachtung der Beziehungen, die von Armut betroffene Menschen und NGOs mit der Presse haben, gingen die TeilnehmerInnen dazu über, Probleme mit anderen Schlüsselkontakten zu untersuchen: Politikern, jenen, die im Bereich Sozialdienstleistungen arbeiten usw. Man betrachtete auch, wie viel Bewusstsein für die NAPs besteht, um sich Möglichkeiten zu überlegen, wie man sie zurückgewinnen kann.

Was kann man tun, um Teilhabe zu fördern und auf die soziale Agenda zu setzen:

1. die Teilhabe und Einbindung von Armut betroffener Menschen in die Umsetzung der NAPs auf lokaler und regionaler Ebene verbessern
2. Mittel zur Unterstützung und zum Ausbau dieser Teilhabe sichern

3. einen EAPN-Aktionsplan ausarbeiten, der Empfehlungen für folgende Zielgruppen enthält:
 - die TeilnehmerInnen
 - Regierungen
4. Entscheidungsträger und Politiker an Bord bringen, um Beziehungen zu von Armut betroffenen Menschen herzustellen
5. die Mitgliedstaaten dazu bringen, die Anliegen der von Armut betroffenen Menschen zu unterstützen
6. einen echten Dialog mit den Regierungen führen
7. Lobby-Arbeit durch kulturelle und sportliche Aktivitäten, schriftliche Analysen und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen ergänzen
8. den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten und dort auftretende Fragen als neuen Impetus nutzen
9. die Zusammenarbeit mit JournalistInnen verstärken.

Die TeilnehmerInnen wollen über die zukünftige Arbeit nicht nur innerhalb des EAPN informiert werden. Sie würden gerne einen Arbeitsplan und Empfehlungen vom EAPN und den europäischen Institutionen erhalten. Die nationalen Regierungen haben die Pflicht, die verschiedenen Gesellschaftsschichten in Prozesse der politischen Entscheidungsfindung einzubinden.

Die nationalen Regierungen haben auch die Pflicht, den von Armut betroffenen Menschen zuzuhören, und sie müssen ihre Meinungen und Ansichten aufgreifen.

Wir müssen aber auch unsere Lobby-Arbeit verbessern, nicht nur auf europäischer, sondern auch auf nationaler Ebene. Es gibt eine große Kluft zwischen den neuen Mitgliedstaaten und den alten Mitgliedstaaten der EU, was die Wahrnehmung und das Image der Armut angeht. Sozialsysteme sind in den neuen Mitgliedstaaten noch eine relativ neue Erscheinung. Die Probleme sind die selben, aber das Ausmaß ist anders. Die neuen Mitgliedstaaten der EU sollten Anstrengungen unternehmen, um mit den alten Mitgliedstaaten gleichzuziehen.

Was die Medien angeht, so ist es sehr wichtig, mit ihnen zusammenzuarbeiten, um ein positiveres Bild der Armut zu verbreiten, sodass die Medien aufhören, Schock- und Horror-Bilder zu bringen, wenn sie über Armut und soziale Ausgrenzung berichten.

NGOs spielen eine wichtige Rolle, weil sie in direktem Kontakt mit den von Armut betroffenen Menschen stehen.

Workshop 4

Österreich, Bulgarien, Zypern, Frankreich, Irland, Italien, Malta, Niederlande, Norwegen

Geladene Gäste: VertreterInnen des luxemburgischen Ministeriums und einer französischen Zeitschrift

Wahrnehmung

- *Arbeitslosigkeit wird als etwas erfahren, dessen man sich schämen muss.*
- *Armut gilt nicht als das Ergebnis ungeeigneter Politik.*
- *Es heißt, dass die Armen mehr Milch erhalten, als sie verdienen. Sie erhalten aber sicherlich weniger, als sie brauchen.*
- *Armut gilt als das, was die Rowdykultur, die die Menschen terrorisiert, zu Grunde liegt.*

Schlüsselkontakte

- *Manche sagen, es gibt gar keine Armut.*
- *Arbeitsverwaltungen finden Arbeitsstellen für die leichtesten Fälle, die am besten vermittelbaren Leute, und ignorieren den Rest.*
- *Die Leute glauben, wenn man Arbeitslosenunterstützung erhält, ist man ein Analphabet und Schmarotzer. Darum wird einem nur die grundlegendste Ausbildung angeboten.*
- *Es besteht ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen denen, die im Bereich Sozialdienstleistungen arbeiten, und denen, die Sozialhilfe brauchen.*
- *Armut wird kriminalisiert: das Geld, das nicht für die Sozialpolitik aufgewendet wird, geht an die Gefängnisse.*

Schlüsselkontakte haben mit Figuren zu tun, nicht Menschen aus Fleisch und Blut. Manche Beamte bei den Arbeitsverwaltungen werden nach Leistung bezahlt, das heißt, nach der Zahl der Arbeitssuchenden, die sie unterbringen können. Daher arbeiten sie nur an den leichtesten Fällen. Auch die Ausbildungsmaßnahmen gehen am Ziel vorbei, denn sie führen nicht zu Beschäftigung. Die Ausbildner selbst haben auch keinen sicheren Arbeitsplatz,

wie können sie daher motiviert sein? Es gibt auch eine Kultur des Beschuldigen der Opfer.

Medien

- *Wenn man sagt, dass man in einem Heim lebt, wird man als Problemfall und Trinker eingestuft. Wenn man arbeitslos ist, gilt man als faul. Andere Medien hören uns zu, aber das sind nur wenige.*
- *Über Obdachlose wird immer nur im Winter berichtet. Sonst kommen die Medien nicht in die Heime, um zu sehen, wie das Leben dort ist.*
- *Die Medien verwenden aus einem einstündigen Gespräch genau die drei Minuten, in denen man etwas Schockierendes sagt.*
- *Die Zeitungen tendieren dazu, die negative Seite der Dinge hochzuspielen. Schlechte Nachrichten verkaufen sich besser als gute. Immigranten werden als die, die anderen die Arbeit wegnehmen, verkauft.*

Die Medien veröffentlichen das, von dem sie glauben, dass die Öffentlichkeit lesen oder hören will. Der Alltag von Armut betroffener Menschen ist ihnen nicht einmal eine Erwähnung wert. Die Medien wollen „große Fische“.

Man darf nicht vergessen, dass die Medien Unternehmen sind und nur veröffentlichen, was sich gut verkauft. Einige Zeitungen sind außerdem unter der Kontrolle der Regierungen, das heißt, sie können nicht alles publizieren. Es gibt aber auch Beispiele für das Gegenteil, Medien, die Politik beeinflussen.

Wie kann man das Image verändern?

Eine Plattform zum Wohnbau in Belgien lud Minister dazu ein, eine Nacht in der Wohnung eines von Armut betroffenen Menschen zu verbringen. Das mag zwar zu viel Medienberichterstattung geführt haben, die von der Plattform kontrolliert wurde, um negative Wendungen zu vermeiden, aber eine Nacht, die ein Minister bei einem von Armut betroffenen Menschen verbringt, löst die Probleme nicht quasi über Nacht.

Wenn NGOs Geschichten zusammenstellen können, um sie den Medien zu „verkaufen“ – etwa durch eine Veranstaltung, in der sie die Kreativität von Armut betroffener Menschen herausstellen – dann wird auch berichtet.

JournalistInnen können auch Partner sein.

NAPs

- *Wir wissen nicht viel über die NAPs. Wir erhalten keine Informationen. Die am meisten betroffenen Menschen sind die am schlechtesten informierten.*
- *Wir waren am Anfang stark eingebunden, aber das Ausmaß sinkt, weil man denen, die am meisten betroffen sind, nicht gerne zuhört.*
- *Die NAPs waren eine Übung in Ministerialbürokratie.*
- *Wir wurden einmal eingeladen, und das war's.*
- *Die NAPs sind eine technische Übung für die Europäische Union.*
- *Die darin beschriebenen Maßnahmen sind die, die schon ergriffen wurden.*

Die NAPs sollten lokal diskutiert und umgesetzt werden, damit von Armut betroffene Menschen eingebunden werden können.

Damit die NAPs sinnvoll sind, muss die Öffentlichkeit ein Mitspracherecht bei Entwicklung und Follow-up haben.

Die Teilhabe von Armut betroffener Menschen muss gesichert sein.

BEITRÄGE ZUM PLENUM

Schlüsselkontakte

Bei Fragen von dringender Relevanz – Beschäftigung und Arbeit – betonten die TeilnehmerInnen, dass es an Arbeitsplätzen mangelt und dass es schwierig ist, benachteiligte Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, während kurzfristige und prekäre Arbeitsverhältnisse auf dem Vormarsch sind.

Die Gruppe diskutierte und beklagte auch, dass sich der öffentliche Sektor aus der Bereitstellung von Leistungen zurückgezogen hat, während diese weitgehend von privaten Unternehmen kommen, dazu gehört auch die Privatisierung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen. Die MitarbeiterInnen der Arbeitsverwaltungen brauchen eine bessere Ausbildung, um den Bedürfnissen der Arbeitssuchenden besser entsprechen zu können. Weder Berufsausbildung noch Berufsbildung sind Sicherheiten dafür, dass man auf dem Arbeitsmarkt Aufnahme findet.

Auch personenbezogene Leistungen wurde besprochen. Sie sollten als ein zu beachtendes Recht gesehen werden.

In vielen Ländern sind solche Leistungen zu Zugeständnissen an die Menschen geworden.

Benachteiligte Menschen leben in Abhängigkeit von diversen Leistungen.

Auch Fragen der Diskriminierung und Kriminalisierung wurden erörtert.

Medien

Welches Bild geben wir den Medien von uns und welches Bild von uns vermitteln sie?

Wie die Dinge stehen, schaffen es die schlechten Nachrichten immer, in die Schlagzeilen zu kommen. Es scheint, dass die Öffentlichkeit das so will. Zeitungen drucken das, was die Leser haben wollen, ohne auf die wirklichen Ursachen einzugehen.

Zeitungen sind sensationshungrig.

Sie sind Unternehmen mit Interessen, die es zu wahren gilt – egal, welcher politischen Richtung sie zuzuordnen sind – und sie müssen stets für die Interessen ihrer Eigentümer und deren Gewinn arbeiten.

Die Medien stehen oft unter dem Einfluß der Politik ihrer jeweiligen Länder.

Unglücklicherweise zeigen sie das zivilisierte äußere Erscheinungsbild der Gesellschaft, und verbergen, ja ignorieren die Wirklichkeit.

Ausführliche Berichterstattung hat aber auch so manche gute Nebenwirkung.

Es gibt neue Möglichkeiten: Technologien bieten rasche und effektive Information, im Internet ist die Information nur einen Mausklick entfernt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, dass die Medien in ganz Europa mehr oder minder ähnlich funktionieren. Sie vermitteln ein verzerrtes Bild von Armut betroffener Menschen und nehmen sie nur zu bestimmten Zeiten wahr, im Winter und vor Wahlen.

NAPs

Die Allgemeinheit ist über die Aktionspläne „Soziale Integration“ nicht ausreichend informiert.

Von Armut betroffene Menschen sind kaum oder gar nicht in die Erstellung der Aktionspläne zur sozialen Integration eingebunden. Sie sind jedoch diejenigen, die direkt betroffen sind, und daher in den Prozess stärker involviert sein sollten.

Beschäftigung: Spezifische Maßnahmen für Arbeitssuchende werden zunächst unter Berücksichtigung der Ziele der Kräfte des freien Marktes geplant, erst dann sucht man die geeigneten Instrumente. Ausbildung funktioniert genau umgekehrt. Die Instrumente sind da, aber keine Zielsetzung – nämlich (Wieder)Beschäftigung. Die Wirksamkeit von Ausbildungsmaßnahmen wird dadurch untergraben, da die Zielsetzung (anständige, gut bezahlte Arbeit) bestenfalls auf dem Horizont zu sehen ist, und schlimmstenfalls nicht vorhanden.

In manchen Ländern konzentriert sich die Regierung auf Kategorien der Armut, die sie anderen gegenüber bevorzugt. Die NAPs sollten auf lokaler und regionaler Ebene detaillierter ausgearbeitet werden, um für mehr Teilhabe seitens der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen zu sorgen, und Kontakt mit ihnen sollte vertieft werden. Die Armut breitet sich trotz steigender BIPs aus, daher sollten von Armut betroffene Menschen die Möglichkeit haben, aktiv Beiträge zu Plänen für die soziale Integration zu leisten.

Workshop 5

Österreich, Deutschland, Norwegen, Spanien, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Italien, Ungarn, Dänemark, Tschechische Republik, Irland

Geladene Gäste: VertreterInnen des Ministeriums für soziale Sicherheit (Österreich), dem Amt für soziale Integration im Bundesministerium für soziale Integration (Belgien), der Europäischen Kommission, des Sozialschutzausschusses.

Wahrnehmung

- *Wir haben ein negatives Selbstbild, weil die anderen ein negative Bild von uns haben.*
- *Armut hemmt die Selbstverwirklichung.*
- *Weit weg von der Heimat zu sein ist auch eine Form der Armut.*
- *Das Schlimmste, das mir je passierte, war, dass ich im Supermarkt mein Kind Schokolade ins Regal zurücklegen lassen musste, weil ich sie mir nicht leisten konnte.*
- *Man fühlt sich erniedrigt, gefangen.*
- *Wenn man an einer Konferenz wie dieser teilnimmt, dann zeigt sich, dass Armut nicht unvermeidlich ist.*
- *Armut darf kein Grund für Diskriminierung mehr sein.*

Schlüsselkontakte

- *Ich glaube nicht, dass unsere Regierenden wissen, wie es ist, wenn man einen Platz zum Wohnen sucht.*
- *Bürokraten und Politiker haben keine Ahnung, was Armut ist.*
- *Die neuen Gesetze zielen darauf ab, die Armen ärmer und die Reichen reicher zu machen.*
- *Viele, die im Bereich Sozialdienstleistungen arbeiten, verstehen nicht, welches Elend die Menschen durchmachen.*
- *Viele, die im Bereich Sozialdienstleistungen arbeiten, sagen, dass arme Menschen keine Hobbies haben können. Sie haben weder die Zeit noch die Mittel für Freizeitaktivitäten.*
- *Die Wände der Sozialämter sind tapeziert mit Plakaten, die ein schlechtes Licht auf uns werfen. Schönere Plakate gibt es nicht, denn wenn man arm ist, hat man kein Recht zu träumen.*

- *Die Allgemeinheit denkt, dass die Armen alle gleich sind. Wir sind aber verschiedene Menschen mit verschiedenen Lebensweisen.*

Eine allgemeine Bemerkung: Sozialpolitik versucht die Folgen, nicht die Ursachen der Armut anzusprechen.

Wie kann man das Image verbessern?

Das Amt für soziale Integration in Belgien betreibt ein Programm, das darin besteht, zwei „Experten aus Erfahrung“ anzustellen.⁸ Die Idee kam von einem Verband, bei dem ein Programm eingerichtet wurde, das von Armut betroffene Menschen als Mediatoren in Kontakten mit den öffentlichen Stellen ausbildete. Das Projekt wird dazu führen, dass 16 „Experten aus Erfahrung“ mit Arbeitsvertrag bei staatlichen Ämtern angestellt werden. Die Erfahrung solcher Menschen ist ein wertvoller Beitrag zur Umsetzung von politischen Maßnahmen.

Es wurde angemerkt, dass die Schlüsselkontakte nicht alle gut oder schlecht waren und dass manche Beamte ausgezeichnete Arbeit leisteten. Es bestand aber Angst und Unruhe im Zusammenhang mit manchen, die offenbar vor dem, was sie nicht kannten, Angst hatten.

Die Arbeit an der Imageverbesserung muss auf lokaler Ebene beginnen, um die Ängste der Gemeinden zu zerstreuen. Eine weitere gute Möglichkeit sind Diskussionen in öffentlichen Gebäuden, in denen PolitikerInnen zu finden sind, wie etwa im Parlament, denn dort hat man direkten Zugang zu ihnen. Gesehen werden bringt Ergebnisse. Wenn man in der Öffentlichkeit Verständnis für Armut schafft, hilft es ebenfalls, anders wahrgenommen zu werden. Die Öffentlichkeit kann dann Druck in Richtung politische Veränderungen ausüben. Bewusstseinsbildung könnte damit anfangen, dass man sich an die örtlichen Gemeinden wendet. Menschen, die in Institutionen arbeiten, haben die Fähigkeit, zuzuhören. Es liegt nun an den von Armut betroffenen Menschen, mit ihnen zu reden. Sie können die Bemühungen unterstützen. In Italien wurden die LehrerInnen dazu ausgebildet, die Bedürfnisse von Kindern aus armen Familien zu verstehen. Sie wurden zu Schulmediatoren und die Lage der Kinder besserte

⁸ „Ervaringskundige“, von Armut betroffene Menschen.

sich. Das zeigt, dass man die Menschen auf soziale Probleme hin sensibilisiert werden können.

Auch die Politiker spielen eine Rolle, wenn es darum geht, der Wählerschaft das Problem der Armut vor Augen zu führen.

„Wo auch immer man ist, man muss die Stimme erheben und Forderungen stellen, egal wer man ist, vom Nachbarn zum Politiker. Wir müssen einander zuhören, um einander zu verstehen.“

Medien

- Von Ausgrenzung betroffene Menschen werden als Ursache von gesellschaftlichen Problemen dargestellt.
- Ausländische Arbeitskräfte werden oft als ungelernt dargestellt und als Menschen, die sich Leistungen erschwindeln, oder als angehende Kriminelle, die nur die Gesellschaft unterminieren.
- Die Medien wenden etwa eine Minute auf, um über Armut zu berichten, und Stunden für Berichte darüber, wie man reich wird.
- Manche Zeitungen sagten, dass die Armen untätige Schmarotzer sind.
- Mein Bild wurde in einer lokalen Zeitschrift veröffentlicht und berichtet, dass ich zu der Konferenz fahre. Danach fragten mich die Leute verschiedene Dinge und interessierten sich für mich, sogar die Politiker.
- Die Journalisten wollen ja nur, dass wir das sagen, was sie hören wollen.

Wie kann man das Image verändern?

Gelegentliche Kontakte mit der Presse, besonders Einladungen an JournalistInnen zu Veranstaltungen, die von den Verbänden organisiert werden, können dazu beitragen, eine positive Botschaft zu transportieren. Diese Art von Ansatz kann auf Grund der in der Presse verbreiteten Informationen auch zu Gesprächen mit den örtlichen Behörden oder anderen Schlüsselkontakten führen. Diese Dialog muss danach aufrechterhalten werden.

Wenn man es schafft, mit einem Foto und einem Interview in die Lokalzeitung zu kommen, wird es möglich, die örtliche Gemeinde zu erreichen und zu zeigen, dass von Armut betroffene Menschen, dieser Armut zu entkommen versuchen.

Wenn es den Menschen bewusst wird, dass arme Menschen existieren und versuchen, sich von dieser Armut zu befreien, können sie ihre Augen nicht mehr vor der Situation verschließen.

„Es ist wichtig, mit den Medien zu kommunizieren, es muss ihnen aber auch gesagt werden, was wir wirklich wollen.“

NAPs

- Vor den NAPs gab es Griechenland gar nichts für die Armen.

Es wurde der Vorschlag gemacht, Foren für die Beteiligung an der Entwicklung und Evaluierung der NAPs zu gründen.

BEITRÄGE ZUM PLENUM

In Europa bestehen viele Unterschiede. Armut hat nicht nur mit Geld, sondern auch mit Lebensqualität zu tun. Jeder Mensch hat das Recht, zu entscheiden, wie er oder sie sein Leben leben will. Niemand kann dem anderen vorschreiben, wie er oder sie leben soll.

Deshalb müssen von Armut betroffene Menschen angehört werden. Ein Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern muss etabliert werden. Diese müssen verstehen, was es bedeutet, von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen zu sein.

Zu den Medien – wir müssen lernen, sie besser zu nutzen und dabei zu bedenken, dass JournalistInnen auf der Suche nach einer „guten Story“ sind, und dass wir diese Geschichte erzählen müssen.

Wir haben viele Ideen, aber es mangelt an der Umsetzung, unter anderem auch, weil wir uns unbedeutend fühlen. Organisationen in verschiedenen Ländern formieren sich und versuchen, die Dinge zu ändern, aber man übersieht sie und manchmal gibt es schlechte Presse von Seiten der Regierung.

Beiträge der geladenen Gäste zum Plenum

Direkt zuzuhören ist wesentlich. Der wichtigste Eindruck ist, dass es eine Fülle von Erfahrungen und Faktoren gibt, wie Menschen in die Armut abgleiten können. Diese Erfahrungen sind produktive Beiträge, die das Bild der „geladenen Gäste“ von sozialer Ausgrenzung und Armut beeinflussen.

Die Gruppe merkte drei wichtige Punkte an:

1. Armutserfahrung wird oft geleugnet und ist hochgradig stigmatisierend.
2. Von Armut betroffene Menschen leiden oft unter qualitativ schlechten Leistungen, was die Armutserfahrung nur noch schlimmer macht. Hier gibt es Handlungsbedarf.
3. Die NAPs sind nicht bekannt genug oder werden nicht ausreichend verstanden – sie stehen nicht in direkter Beziehung zu den Erfahrungen der Menschen.

Es wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass Armut äußerst stigmatisierend wirkt und dies das Problem verschlimmert. Wir sind uns dessen bewusst, dass Armut für manche Menschen den Zugang zu den Medien blockiert, sie daran hindert, an einem politischen Dialog teilzuhaben. Es muss Zugang zu politischen Kreisen geben.

Was die Dienstleistungen angeht – diejenigen unter uns, die für den Staat arbeiten, wissen sehr gut, dass es oft eine tiefe Kluft zwischen den von Armut betroffenen Menschen und den Politikern, die die Armut beseitigen sollten, gibt.

Es gibt Möglichkeiten, diese Kluft zu schließen:

- Wichtig ist dabei, von Armut betroffene Menschen der Regierung näher zu bringen und sie dazu auszubilden, für sich selbst einzutreten, sodass sie ihre Erfahrungen kommunizieren können.
- Umgekehrt müssen die Regierungen kommunizieren, was sie für die von Armut betroffenen Menschen tun.

Zu den NAPs – wir verstehen völlig, weshalb die Menschen keinen Bezug zu ihnen sehen. Manche Pläne sind vermutlich zu eurozentrisch. Die Art und Weise, wie sie dem Rat und der Kommission übermittelt werden, macht einen echten Prozess innerhalb der Mitgliedstaaten unmöglich. Wir glauben dennoch, dass die

NAPs ein wichtiges Instrument für von Armut betroffene Menschen und die Organisationen, die ihre Interessen vertreten, sind.

Die NAPs sind eine Möglichkeit, um Armut auf lokaler Ebene wirkungsvoll zu bekämpfen. Natürlich bleibt noch viel zu tun, um die von Armut Betroffenen stärker in die NAPs einzubinden. Dazu muss mehr getan werden, um bei der Verfassung der NAPs und bei der Formulierung der Strategien zur Armutsbekämpfung mehr Beteiligung der Betroffenen herbeizuführen.

Empfehlungen und Fragen

Jeder Workshop legte dem Plenum Empfehlungen und Fragen vor, zu denen eine Gruppe auf dem Podium Stellung nahm bzw. antwortete, welche sich aus folgenden Personen zusammensetzte:

- **Jérôme VIGNON**, Direktor, GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Europäische Kommission
- **Tom MULHERIN**, Präsident des Sozialschutzausschusses
- **Brigitte WEINANDY**, Ministerium für Familie und soziale Integration, Luxemburg, Mitglied des Sozialschutzausschusses
- **Johan VANDENBUSSCHE**, Ministerium für den Staatsdienst, soziale Integration, Städtepolitik und Chancengleichheit, Belgien
- **Edeltraud GLETTLER**, Gruppenleiterin für europäische und internationale Angelegenheiten im Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Mitglied des Sozialschutzausschusses, Österreich
- **Ludo HOREMANS**, Vizepräsident des EAPN

Empfehlungen

Zu.....

...Teilhabe und NAPs

- Die nationalen Regierungen müssen Indikatoren für die Teilhabe erstellen und sie anwenden, um zu zeigen, dass sie sich dafür einsetzen, dass von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen gehört werden, und diese müssen in die Erarbeitung der Indikatoren eingebunden sein. Das EAPN würde den Prozess verfolgen und überprüfen.
- Der Prozess der sozialen Integration ist in Europa nicht sichtbar genug, daher ist es wichtig, dass die Regierungen die Zivilgesellschaft auf breiterer Basis konsultieren, um Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu schaffen.
- Das Recht auf Selbstverwirklichung und Wahl unter den von Armut betroffenen Menschen ist zu fördern.
- Entscheidungsträger und Politiker müssen an Bord geholt werden, damit sie Beziehungen zu von Armut betroffenen Menschen aufbauen.

- Das belgische Programm der Ausbildung von „Experten aus Erfahrung“, die als Schnittstelle zu Ministerien und Ämtern dienen, sollte als Vorbild für andere Regierungen dienen, die es kopieren könnten.
- Die Teilhabe und Einbindung der von Armut betroffenen Menschen auf lokaler und regionaler Ebene ist durch die Umsetzung der NAPs zu fördern.
- Die Regierungen müssen mehr tun, um die Pläne zur sozialen Integration für die breite Öffentlichkeit zugänglicher und verständlicher zu machen.

... nationaler und lokaler Beteiligung

- Nationale Konferenzen nach dem Vorbild der europäischen Konferenzen müssen in allen EU-Mitgliedstaaten organisiert werden, um eine wirklich landesweite Gesprächskultur zu begründen.
- Die regionale und lokale Beteiligung an der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist voranzutreiben.

... finanziellen Mitteln

- Die Verbände müssen direkten Zugang zu den europäischen Fonds haben und nicht über die Regierungen ihrer Länder Anträge stellen müssen.
- Finanzielle Mittel zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Teilhabe von Armut betroffener Menschen an politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung müssen bereitgestellt werden.

... JournalistInnen

- Zu JournalistInnen, die viel über die Lage und Probleme von Armut betroffener Menschen wissen, sind gute Beziehungen aufzubauen, und sie sind als Kanäle zur Kommunikation mit der öffentlichen Meinung einzusetzen.

... Ausbildung

- Bildung und Weiterbildung für junge Menschen sollte der wesentlichste Teil der Schaffung von Arbeitsplätzen sein.

... Folgeaktivitäten zur 3. Europäischen Konferenz

- Die Empfehlungen der 3. Konferenz sollten berücksichtigt werden.
- Die in den neuen Mitgliedstaaten auftretenden Probleme und die Tatsache ihres Beitritts sollte dem gesamten Prozess neue Impulse geben.

- Arbeit in themenbezogenen Workshops ist notwendig.
- Ein EAPN-Aktionsplan mit Empfehlungen ist zu erstellen, und zwar
 - für die TeilnehmerInnen
 - für jede Regierung
- Aktionsgruppe und Lobby-Arbeit sind in Erwägung zu ziehen: Kultur- und Sportaktivitäten, schriftliche Analysen.

Fragen

Zu...

... Arbeitsplätzen und Ausbildung

- Welche systemischen Lösungen kann man anbieten, damit der Sozialsektor entwickelt wird und mehr Arbeitsplätze in NGOs und von Gemeinden ins Leben gerufenen Unternehmen entstehen?
- Was kann man tun, um allen Arbeitslosen und Menschen mit Behinderungen eine Berufsausbildung zu ermöglichen?
- Was kann man tun, um es AlleinerzieherInnen leichter zu machen, ordentliche Arbeitsplätze zu finden, und sie besser beschäftigungsfähig machen (flexiblere Arbeitszeiten, Kinderbetreuungsplätze usw.)?

... Teilhabe

- Was werden Sie tun, um die Zielsetzungen der Strategie von Lissabon verbindlich zu machen?
- Wie wollen Sie das Recht auf Selbstverwirklichung fördern?
- Die Verbände wollen Partner des Staats sein, nicht nur einen Anstoß geben oder miteinander in Wettbewerb treten. Wie fördern Sie Verbände, die eng mit in Armut lebenden Menschen zusammenarbeiten?

....sozialer Sicherheit

- Was werden Sie tun, um die gleichen Rechte für alle in den Sozialsystemen und den gleichen Zugang zur medizinischen Versorgung zu sichern?
- Wie, schlagen Sie vor, können Eltern die Mittel erhalten, um ihren Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen?

...Wahrnehmung der Armut

- Haben Sie je Armutserfahrungen gemacht? Kennen Sie jemanden, der von Armut betroffen ist? Wie nehmen Sie Armut wahr?

...der Nachbereitung der Konferenzen

- Welche Maßnahmen erwägen Sie auf Grund unserer Vorschläge?

Stellungnahmen und Antworten

Jérôme VIGNON

Die Kommission ist dafür verantwortlich, den nationalen Regierungen strategische Wahlmöglichkeiten zur Bekämpfung von Armut und Ausschließung nahezu legen.

Diese Konferenz hat sie wachgerüttelt.

Die zukünftige Vorgangsweise der Kommission bei der Initiierung politischer Maßnahmen wird mehr Bedacht darauf nehmen, dass Ausgrenzung auch in der Art und Weise zu finden ist, in der Politiken, auch Sozialpolitik, gestaltet wird – mit einem Gefühl der Überlegenheit, dass jenen, denen geholfen werden soll, gegenüber spürbar wird, oder nicht. Auch die Bilder, die im öffentlichen Diskurs verbreitet werden und in der Haltung der Verwaltungsbehörden widergespiegelt sind, führen zu Ausgrenzung. Die Kommission wird danach trachten, all diese Faktoren zu berücksichtigen, wenn sie die europäische Strategie zur Bekämpfung der Ausgrenzung formuliert.

In manchen Workshops wurde gefragt, was die Kommission tun könne. Das bedeutet, dass wir zu Taten schreiten und darauf pochen müssen, dass die europäische und die nationalen Strategien zur Bekämpfung der Ausgrenzung ernsthafte und langfristige Projekte sind. Es gibt sie seit 5 Jahren und es wird sie bis 2010 und vermutlich auch darüber hinaus geben. Kräftige Anstrengungen sind erforderlich, um sicherzustellen, dass soziale Ausgrenzung und eine integrative Gesellschaft auf der Agenda bleiben und in die wirtschaftliche Strategie Europas eingebracht werden. Wir werden diverse Gelegenheiten ergreifen, um dies zu tun:

- die Konferenz zum „Social Monitoring“ über die Zukunft der sozialen Integration findet am 13. und 14. Juni 2005 statt
- der traditionelle Runde Tisch wird im Oktober in Glasgow veranstaltet und die Kommission wird dabei ihre Strategie neu starten
- die Kommission wird in einigen Monaten mit dem Sozialausschuss die Umsetzung der NAPs 2003-2005 erörtern.

Die Kommission wird neue gemeinsame Zielsetzungen für den Zeitraum 2006-2008 vorschlagen und Teilhabe von Armut und Ausgrenzung betroffener Menschen wird ein Merkmal ihrer Umsetzung werden. Die Medien müssen ermutigt werden, über Beispiele der erfolgreichen Umsetzung der Strategie zur sozialen Integration zu berichten. Die Rolle der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Armut ist es, ein realistisches Bild der Armut zu verbreiten. Der Ansatz der Europäische Union zur sozialen Integration von Armut betroffener Menschen auf der Grundlage der gleicher Rechte gleicher Behandlung und Menschenwürde sollte dazu beitragen, dass kein Gefühl der Überlegenheit aufkommt.

Man muss überlegen, was an Aktionen und Strategien am besten geeignet ist, um Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, um die Ministerinnen und Minister – und nicht nur die für Soziales zuständigen – dazu zu bringen, anzuerkennen, dass das, was für die Armen recht ist, für die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit nur billig sein kann. Die Umsetzung von politischen Maßnahmen für die Armen ist eine Investition in die Gerechtigkeit und eine Grundlage für die Zukunft.

Es steht auf der europäischen Agenda und wird nicht gestrichen: 2010 wird das Europäische Jahr der Bekämpfung von Ausgrenzung und Armut, und das zeigt, wie ernst es uns ist.

Tom MULHERIN

Vorsitzender, Sozialschutzausschuss

Diskussionen zur Sozialpolitik auf europäischer und sogar auf nationaler Ebene sind manchmal recht abstrakt. Es ist wichtig, dass Sozialpolitik so gestaltet und umgesetzt wird, dass die echten Probleme und Fragen berücksichtigt werden. Das erfordert ständigen Kontakt und laufende Kommunikation mit den betroffenen Menschen. Politiker, auch Minister, stützen sich stark auf diese Kommunikation, ebenso wie jene, die politische Optionen entwickeln, auf die die Minister dann zurückgreifen können. NGOs im Bereich soziale Integration bieten wichtige Kommunikationskanäle und arbeiten hart, um sicherzustellen, dass die wichtigsten Fragen lokale, regional und auf EU-Ebene auf die politische Agenda kommen.

Diese Konferenz ist eine wertvolle Gelegenheit, um direkt von denen zu hören, die von den Problemen betroffen sind, welche die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten zu lösen sucht.

Die Mitglieder des Europäischen Sozialschutzausschusses sind leitende Beamte, die ihre Minister vertreten; der Ausschuss berichtet dem Europäischen Rat. Der Sozialschutzausschuss wird von der Europäischen Kommission voll unterstützt und arbeitet im Rahmen der Methode der offenen Koordination in einer Vielzahl von Bereichen sehr fruchtbar mit ihr zusammen. Dazu gehört auch die soziale Integration, die primär in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten liegt.

Wirkliches Handeln auf nationaler Ebene ist erforderlich, um sicherzustellen, dass die politischen Maßnahmen ihre Wirkung bis zu den Betroffenen entfalten. Die lokale Teilhabe ist wesentlich, wenn es um die Maximierung des Erfolgs geht.

Manche von Ihnen haben sich kritisch zu den NAPs „Soziale Integration“ geäußert: Aus Ihrer Sicht waren sie nicht erfolgreich. Meiner Ansicht nach werden die NAPs mit jedem Folgeprozess besser, und auch wenn der Fortschritt langsam ist, ist er doch signifikant. Der Beitrag der NAPs zu einem facettenreichen Ansatz zur sozialen Ausgrenzung ist bisher substanziell gewesen. Freilich sind die NAPs in einer eher unzugänglichen Sprache verfasst, mit der politische Experten eher etwas anfangen können als von Armut betroffene

Menschen. Um erfolgreich zu sein, müssen die nationalen Behörden viel mehr tun, um die Menschen in die Entwicklung der sozialen Integrationspolitik einzubinden und ihnen die darauf folgenden Vorschläge näher zu bringen.

Einer der wichtigsten Vorteile der NAPs „Soziale Integration“ ist das Ausmaß, in dem sie wesentliche regierungsübergreifende Strategien zu vielen Aspekten der betroffenen Fragen vorantreiben.

Vernetztes Denken dauert vielleicht etwas länger, aber die potenziellen Vorteile sind es wert.

Brigitte WEINANDY

Ministerium für Familie und Integration (Luxemburg),

Mitglied des Sozialschutzausschusses

Haben Sie jemals eine Armutserfahrung gemacht?

Glücklicherweise war ich niemals arm. Als Kind wusste ich, dass es immer jemanden geben würde, von dem ich das Essen und die Spielsachen bekam, die ich wollte. Ich hatte immer materielle Sicherheit und ich habe Armut persönlich nie erfahren.

Aber bevor ich meine Position im Ministerium erhielt, verbrachte ich lange Zeit mit praktischer Arbeit mit von Armut betroffenen Menschen, Menschen, die aus dem Gefängnis kamen.

Als ich von dieser Arbeitsstelle in die doch entrückteren Gefilde der Zentralregierung kam, bemerkte ich eines – dass sich die Wahrnehmung verändert. Man kann jemandem besser zuhören, wenn man ihm Aug in Auge gegenübersteht und dadurch kann sich auch eine Entscheidung verändern.

Verliert man im Tagesgeschäft die Möglichkeit, den Menschen in die Augen zu schauen, verändert das auch das Bild, das man von ihnen hat. Es stimmt, wenn man sagt, dass man die einzelnen Menschen, die dahinterstehen, aus den Augen verliert, wenn man sich mit politischen Fragen beschäftigt.

In diesem Zusammenhang würde ich gerne etwas erwähnen, was ich für eine in Luxemburg übliche gute Vorgangsweise halte: Steht die Entscheidung an, einem Leistungsempfänger, der sich etwas zuschulden hat kommen lassen, die „garantierte Mindesteinkommensleistung“ zu streichen, so ist das erst möglich, nachdem der Empfänger mit dem leitenden Beamten, der diese Entscheidung zu treffen hat, ein persönliches Gespräch geführt hat.

Viele TeilnehmerInnen an dieser Konferenz haben gesagt, *dass das Bild der Armut oft stark verzerrt ist*. Das ist richtig und ich glaube, dass auch die politischen Entscheidungsträger daran schuld sind. Sie tendieren dazu, sich auf die Kosten der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu konzentrieren, , und sie spielen das herunter, was die in Armut lebenden Menschen an Beiträgen leisten, so etwa, wenn sie an Gemeindeprojekten arbeiten. Trüge man dem Rechnung, würde sich das Bild ändern.

Manche politische Entscheidungsträger sind nicht allzu erpicht darauf, anzuerkennen, dass die Europäische Union 14 Millionen „Working Poor“ hat. Diese Zahl ist nicht leicht zu verdauen, sie muss aber genannt werden, weil auch dies das öffentliche Image der von Armut betroffenen Menschen verändern kann, denn diese Menschen sind keine „faulen Schmarotzer“, sondern arbeitende Menschen.

Wenn man an Risikogruppen denkt, die von der Sozialhilfe abhängen, dann muss man sich bei der Evaluierung der politischen Maßnahmen fragen:

- Welche Maßnahmen tragen dazu bei, die von Armut betroffenen Menschen als „Leistungsverschwender“ zu brandmarken, und welche helfen den Betroffenen, dieses Image abzuschütteln?

Aktivierungsmaßnahmen sind zum Beispiel eine positive Möglichkeit, um den von Armut betroffenen Menschen dabei zu helfen, das negative Image der „Müßiggänger“ loszuwerden.

Ein letzter Punkt hat damit zu tun, wie wichtig Teilhabe ist. Alle politischen Entscheidungsträger müssen sich im Klaren sein, dass Teilhaber nur dann stattfinden kann, wenn Strukturen dafür geschaffen werden.

Zusammenfassend lässt sich jemand zitieren, der sagte, dass Armut über die Jahrhunderte ein schlechtes Image hatte, weil sie Angst auslösen soll. Ja, Armut muss ein negatives Image haben, aber deshalb, weil sie in unserer Gesellschaft ein Skandal ist, den man verurteilen offen muss, genau so wie die Bekämpfung der Armut als echte Priorität der Politik anerkannt werden muss.

In dem Workshop, an dem ich teilnahm, sagte eine junge Frau, sie tat, was sie nur konnte, um ihre Armut zu verbergen. Diese Bemerkung trägt all die Schande in sich, die noch immer mit dem Armsein verbunden ist, dabei die die Armut die Schande, nicht die Person, die in Armut lebt!

Johan VANDENBUSSCHE

Vertreter des belgischen Ministeriums für soziale Integration

Wie wird Armut in den *Medien* wahrgenommen und wie beeinflusst das die Politik?

Die Medien zeigen starke Bilder von Armut und sozialer Ausgrenzung. Je reicher eine Gesellschaft jedoch ist, desto mehr konzentriert sie sich auf den Reichtum und wendet sich von einem Teil der Gesellschaft, den Ausgegrenzten ab, über die sie sagt: „Ihr seid ja selbst schuld!“ Der Kontakt zwischen den beiden Gruppen reißt ab und das Ergebnis ist eine Zweiklassengesellschaft, etwas, das nicht sein muss.

Zu betonen ist, dass die Medien die Situation verbessern oder verschlechtern können. Man kann den Einfluss der Medien nicht wegleugnen, sie können ein Ereignis zu einer großen Sache machen.

Das Bild, das verbreitet werden sollte, muss positiv, ein Bild der Möglichkeiten sein.

Worauf reagiert ein Minister?

Vor allem auf zwei Dinge:

- die Präsentation von Good Practices – man sollte sich der Dinge, die man tut, nie schämen;
- die Präsentation von Erfahrungen und persönlichen Aussagen. Es gibt eine wachsende Zahl von Publikationen, die darüber handeln, wie Menschen in die Armut abgleiten, wie sie ihren Platz im Leben verlieren. Es ist wichtig, dass man ein Gesicht dazu sieht, eine Person hinter den Zahlen. Die Politik ist solchen Berichten gegenüber nicht immun.

Es ist klar, dass mehr getan werden muss, und die Umsetzung muss partizipatorisch sein. Je näher man den von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass man eine politische Maßnahme entwirft, die wirklich funktioniert und hilft. In Belgien laufen die Vorbereitungen für die Einrichtung eines Beratungsgremiums: es wird Organisationen in laufenden Kontakt miteinander bringen, was zumindest die gegenseitige Information und direkte Einbindung verbessern wird.

Das Fachwissen, das bei der 4. Konferenz versammelt ist, ist vor allem deshalb wichtig, weil persönliche Lebensgeschichten auch eine Möglichkeit sind, Informationen weiterzugeben. Wir brauchen Kommunikation, die keine Einbahnstraße ist: Politiker und Öffentlichkeit, Öffentlichkeit und Politiker.

Die europäischen Konferenzen machen es möglich, eine Reihe von Kontakten zu knüpfen, die in die Zukunft hineinreichen müssen.

Vor zehn Jahren schrieben wir in Belgien einen allgemeinen Bericht zur Armut. Heute muss man sagen, dass sich seit damals nicht viel geändert hat, trotz der Maßnahmen, die gesetzt wurden.

Wir müssen jedoch die Diskussion breiter gestalten und neue Informationen aufnehmen, deshalb wird die Debatte in Belgien wieder aufleben.

Die Kommunikation muss aufrecht erhalten werden, Tag für Tag.

Die Konferenzen verdanken ihren Erfolg den Vorbereitungen auf nationaler Ebene, aber auch dem Feedback zu den Konferenzen in den jeweiligen Ländern.

Edeltraud GLETTLER

Gruppenleiterin, Europäische und Internationale Angelegenheiten,
Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz,
Mitglied des Sozialschutzausschusses, Österreich

Diese Konferenz hat mich mehr als jede andere emotional sehr berührt und mich von der Bedeutung dieses Erfahrungsaustausches auf europäischer Ebene überzeugt. Nicht auf Grund theoretischen Wissens, sondern als greifbare Tatsache sehe ich, dass Armut die Menschenwürde verletzt. Armut hat nicht nur viele Ursachen, sondern auch viele Gesichter. Es ist wichtig, die Wahrnehmung der Armut bei so vielen Menschen wie möglich durch direkte, persönliche Kontakte zu verändern. Nicht anonyme Gesichter und Analysen sollten vorherrschen, sondern ein echter Dialog mit von Armut betroffenen Menschen. Und das gilt für alle – nicht nur Politiker, Beamte und Journalisten.

Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass ich gestern die Gelegenheit hatte, zu hören, was sie in den Workshops gesagt haben, und ich danke Ihnen – diese Erfahrung wird meine Arbeit in Zukunft beeinflussen.

Als wir diese Konferenz vorbereiteten, fanden wir nur wenige Schriften oder Arbeiten zum Thema „Bilder und Wahrnehmungen der Armut“. Eine der Studien wies darauf hin, dass das Bild der Armut nicht von den von Armut betroffenen Menschen selbst kommt, sondern von denen, die mit ihnen zu tun haben. Und wie Frau Ministerin Jacobs sagte, am meisten denkt man vor Weihnachten an die Armen.

Einige Studien über Menschen mit besonderen Bedürfnissen existieren, und ich möchte an dieser Stelle gerne sagen, dass die Medien heute mehr über Menschen mit Behinderungen berichten als noch vor einigen Jahren.

Das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 war in diesem Zusammenhang wichtig. Die österreichischen Fernsehsender etwa strahlten in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz viele Sendungen aus, die das Image der

Menschen mit Behinderungen in der Öffentlichkeit verbessern helfen. Das Jahr der Chancengleichheit, das von der Kommission für 2007 angekündigt wurde, könnte das Selbe für von Armut betroffene Menschen tun.

Auch dank dieser Konferenz könnte eine neue Zielsetzung in die gemeinsamen Zielsetzungen zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung aufgenommen werden, die das Thema dieser Konferenz widerspiegelt: „Bilder und Wahrnehmungen der Armut“. Die Mitgliedstaaten könnten etwa einen Austausch der Good Practices in diesem Zusammenhang fordern.

„Bilder und Wahrnehmungen der Armut“ könnte ein Thema für Ausbildungsprogramme zukünftiger JournalistInnen, BeamtInnen und anderer sein. Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in NGOs könnten erweitert werden.

Ich war beeindruckt vom belgischen Programm für „Experten aus Erfahrung“, d.h. die Ausbildung von Menschen mit Armutserfahrungen zu Mitarbeitern bei öffentlichen Stellen, die letztlich als Mediatoren zwischen von Armut betroffenen Menschen und der Regierung fungieren. Österreich hält das für eine interessante Idee und ich werde vorschlagen, dass sie umgesetzt wird.

Österreich wird die Tradition der europäischen Konferenzen von Armut betroffener Menschen nächstes Jahr fortsetzen und in Zusammenarbeit mit der Kommission und dem EAPN die 5. Konferenz organisieren. Wir werden schon jetzt darüber nachzudenken beginnen, wie man die Kommunikation zwischen von Armut betroffenen Menschen, öffentlichen Stellen und Politik verbessern kann.

Ich übermittle Ihnen meine besten Wünsche und danke Ihnen noch einmal für die Gelegenheit, an dieser wichtigen und beeindruckenden Konferenz teilzunehmen.

Ludo HOREMANS

Vizepräsident des EAPN

Die 4. Europäische Konferenz ist eine der wichtigsten Tagungen, die das EAPN im Rahmen des Netzwerks hervorheben möchte. Alle hier vertretenen Delegierten sind mit einem nationalen Netzwerk in Kontakt. Auf diese Ebene muss die Arbeit zwischen der 4. und der 5. Konferenz nun weitergehen.

Nachbereitung der 4. Konferenz

Das EAPN wird nicht auf die 5. Konferenz warten, wenn es darum geht, die angesprochenen Probleme anzugehen. Sie werden innerhalb des Netzwerks und im Zusammenhang mit den nationalen Vorbereitungen behandelt werden. Dafür wurde 2004 erstmals ein Budget bereitgestellt. Das EAPN hofft, dass die österreichische Präsidentschaft das Budget so behandeln wird, dass inzwischen nationale Treffen in den einzelnen Ländern stattfinden können, und zwar nicht nur zwischen von Armut betroffenen Menschen. Es ist wichtig, dass der Dialog auf nationaler Ebene weitergeht, vor allem, wenn er an Schwung verloren hat. Der Dialog muss daher mit Partnern weiterentwickelt werden, und zwar auch außerhalb der rein sozialpolitischen Sphäre.

Die Medien

Über Bilder und die Medien wurde schon viel gesagt. Was wir aus den Workshops mitnehmen können, ist, dass es verschiedene Typen von Menschen bei den Medien gibt. Wir haben die Printmedien und das Fernsehen, bei denen es sich um Unternehmen handelt, aber parallel dazu gibt es auch die JournalistInnen mit hohen ethischen Standards, die versuchen, das wahre Bild zu vermitteln. Wir können unter diesen JournalistInnen Verbündete finden. Wir müssen also herausfinden, wo auf nationaler Ebene wir Allianzen für eine bessere Mediendurchdringung schließen können.

Die Bedeutung der lokalen Ebene

Mit den neuen Mitgliedstaaten haben klar auch neue Wirklichkeiten in die EU einzugehalten. Das EAPN muss in seinen Generalversammlungen und verschiedenen Task Forces, die die NAPs überwachen, darauf reagieren. Das

EAPN will sich weiterentwickeln, in die Zukunft blicken, weil wir wissen, dass wir es mit einer neuen Europäischen Union zu tun haben.

In manchen Gründungsländern sagte die Bevölkerung zur Zeit der Erweiterung Nein zum Verfassungsvertrag. Nicht weil sie von der EU genug hatte, sondern weil sie damit ausdrücken wollten: „Wir waren nicht ausreichend eingebunden. Wir wollen besser informiert werden und so lange das nicht funktioniert, werden wir nicht auf Linie bleiben.“

Dieses Nein hat gezeigt, wie besonders wichtig die lokale Ebene in Europa ist. Bislang wurde sie wenig berücksichtigt, auch in den NAPs, die sich auf die Regierungen, nicht aber auf die lokale Ebene konzentrieren, während genau dort die Armut bekämpft werden muss. Wenn von Armut betroffene Menschen eine Verbesserung ihrer Situation sehen, dann genau wegen der Verbesserungen auf lokaler Ebene.

Wir haben ernstzunehmende Weckrufe gehört. Behörden und Verbände müssen unbedingt zur Kenntnis nehmen, dass die lokale Ebene eingebunden werden muss. Das macht das Netzwerk im Zusammenhang mit der Umsetzung partizipatorischer Grundsätze besonders wichtig.

Die Entwicklung der Konferenzen

Teilhabe war natürlich bei den Konferenzen ein Diskussionspunkt, aber das waren auch Wohnbau, Arbeit und Ausbildung, Gesundheit etc. – auch das sind wichtige Fragen. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass jeder Tag für von Armut betroffene Menschen zum Überlebenskampf wird. Was diese Menschen tun, wird nicht anerkannt. Es werden Versprechen zu Respekt und Würde abgegeben, aber diese müssen auch Einkommen betreffen. Das EAPN ist der Ansicht, dass deshalb ein Mindesteinkommen von großer Wichtigkeit ist.

Die Konferenzen haben gute und praktikable Ideen für die Form und den Ablauf von Teilhabe ergeben. Nun, da die 5. Konferenz angekündigt wurde, müssen wir eine Bestandsaufnahme machen, um zu sehen, was geschehen ist und was nicht. Wir müssen versuchen, wie auf einer Anzeigetafel festzuhalten, was nur zu machen ist, damit wir die nächste Konferenz noch besser vorbereiten und die

erforderlichen Schritte für die Zukunft einleiten können. Schließlich wollen wir ein Europa, das nicht nur durch Wirtschaftswachstum, sondern auch durch eine soziale Dimension gekennzeichnet ist.

Wir brauchen von der Politik und der Kommission, vom Präsidenten der Kommission, ein neues Bekenntnis zu unseren Zielen. Es muss gesagt werden, dass die Zielsetzungen von Nizza für die Strategie zur sozialen Integration zentrale für die integrierte Strategie von Lissabon sind.

Vergessen wir aber auch nicht, dass Entscheidungen in Europa von unseren nationalen Ministern getroffen werden, und das ist die Ebene, auf der wir zuerst aktiv werden müssen. Diese Aufgabe liegt vor uns.

Diskussion mit dem Plenum

- **Wir wollen kein negatives Image, wir wollen nicht in der Armut steckenblieben. Wir haben unseren Stolz, wir sind Menschen.** Wir mögen zwar in Armut leben, aber das ist keine Schande. Wir kämpfen, wir denken positiv. Wir wollen der Armut entfliehen. Warum sollten wir uns immer verstecken müssen? Wir sollten nicht einmal um unsere Rechte betteln müssen – wir sollten Rechte haben.
- **„Die Armen können nicht warten“.** Manchen Menschen werden ihre Grundrechte nicht gewährt. Bei der Entscheidungsfindung dürfen die Politiker nicht vergessen, dass die Armen nicht warten können.
- In den vergangenen zwei Tagen wurde viel darüber gesagt, dass man den Menschen helfen muss. Das finde ich erstaunlich. Ständig ist davon die Rede, dass man helfen will. **Was wir wollen, ist Unterstützung, die Möglichkeit, uns aus der Armut zu befreien.** Natürlich sollte den bedürftigen Menschen, die direkte Hilfe brauchen, geholfen werden. Wenn man uns aber an der Hand nimmt und ständig hilft, werden wir uns nicht besser oder stärker fühlen.
- Es ist oft sehr schwer, zu sagen, was man denkt. **Menschen in Strafhäft werden nicht in der Lage zu sein, etwas zu tun, wenn man ihnen keine Mittel gibt,** wenn sie aus der Haft kommen. Das gilt auch für Menschen mit HIV – wenn man sie nicht in die Gesellschaft integriert, wenn sie keine Mittel haben, können sie keine vorbeugenden Maßnahmen ergreifen.

Wenn von Armut betroffene Menschen in dieser Situation blieben, dann können sie ihr nicht leicht entkommen. Armut, AIDS, Strafhaft – sie machen aus uns allen Gefangene. Ich glaube, wir sollten die Menschen nicht in Schubladen stecken. Sie sind alle Menschen ohne Mittel, und deshalb werden sie nicht in der Lage sein, aus ihrer Situation herauszukommen.

- Wie können ausländische Arbeitskräfte, Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft integriert werden? **Es ist höchste Zeit, dass die Europäische Union den Beitrag ausländischer Arbeitskräfte zur Gesellschaft und Wirtschaft der verschiedenen Mitgliedstaaten anerkennt.** Was schlägt die Europäische Union zur Integration dieser Menschen in die Gesellschaft vor?
- **Für uns als ImmigrantInnen ist Europa fern und ich glaube nicht, dass wir richtig behandelt werden.** Wir sind von unverhohlener Diskriminierung betroffen. Was kann die Europäische Union für uns, die wir Chancengleichheit, Würde und Respekt wollen, tun?
- ZigeunerKinder, die in der Europäische Union geboren werden, haben kein Aufenthaltsrecht. **Das ist eine Verweigerung von Menschenrechten;** wenn sie 18 sind, können sie in ihr Ursprungsland zurückgeschoben werden, wo sie die Landessprache nicht ausreichend sprechen. Das Recht dieser Kinder auf Staatsbürgerschaft muss anerkannt werden.
- Ich kann nicht glauben, dass ich höre, die NAPs hätten zu Fortschritten geführt. **Das BNP verschiedener Länder ist gewachsen, aber auch die Armut ist gestiegen.** Welchen Fortschritt haben die NAPs also herbeigeführt? In Österreich verstehen die Menschen zum Beispiel nicht, weshalb ein Verfassungsvertrag Menschenwürde erwähnt, aber im Text nicht ein einziges Mal die Mittel vorkommen, die notwendig sind, um den Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen.
- In Griechenland **werden einige etablierte soziale Rechte in Frage gestellt.** Wie kann man den Kampf gegen die Armut weiterbringen, während man gleichzeitig soziale Rechte in Frage stellt?

Antwort von Jérôme Vignon

Direktor, GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit,
Europäische Kommission

Wir werden alles, was wir hier gehört haben, bei unseren politischen Maßnahmen mittels der Methode der offenen Koordination in den verschiedenen Entscheidungsgremien berücksichtigen. Wir werden uns die Anliegen, die hier im Zusammenhang mit verschiedenen Rechten, insbesondere MigrantInnenrechten, angesprochen wurden, zu Eigen machen. Alle MigrantInnen und ihre Familien – auch jene, die nicht Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten sind – haben, wenn sie rechtmäßig in der EU aufhältig sind, das Recht auf Sozialschutz und Schutz vor Diskriminierung. Wenn Hilfe benötigt wird, damit diesem Recht auch überall Geltung verschafft wird, dann werden wir den Sozialfonds zu verwenden, um jene auszubilden, die in Kontakt mit MigrantInnen und ihren Familien stehen, die BeamtInnen des Sozialsystems, aber auch die der Polizei und des Justizsystems.

Abschließend wurde gesagt, dass die NAPs nicht unbedingt Erfolge mit sich gebracht haben. Ich möchte dazu sagen, dass die Rolle des europäischen Prozesses darin liegt, als Beweis für die Zusagen der Mitgliedstaaten zu dienen, welche sie über die Pläne machen. In den kommenden Jahren - 2006 bis 2010 - und danach wird der Sozialschutzausschuss mit Unterstützung der Kommission überprüfen, ob das Wachstum im Sinne des Kampfes gegen die Armut funktioniert. Wenn es das nicht tut, ist es unsere Aufgabe, das zu sagen und die Staats- und Regierungschefs dazu zu drängen, ihre Politik zu ändern.

Schlussitzung

Brigitte WEINANDY entschuldigte die abwesende luxemburgische Ministerin für Familie und Integration, Marie-Josée JACOBS, und verlas ihre Schlussrede

Am Ende der 3. Konferenz ersuchten die TeilnehmerInnen um Fortsetzung des Prozesses zur weitere Erörterung von Schlüsselfragen, die bei den vorangehenden Konferenzen angesprochen worden waren. Ich freue mich, dass die 4. Konferenz eine Gelegenheit war, um zu diesen Fragen zurückzukehren.

Während die Debatte wohl nicht zu allen Fragen Antworten gebracht hat, kristallisierten sich die Anliegen, ja auch der Unmut, den manche Probleme auslösen, umso klarer heraus. Der Großteil der Arbeit wurde auf das zentrale Thema der 4. Konferenz - „Bilder und Wahrnehmungen der Armut“ – aufgewendet.

In so kurzer Zeit zu einem so komplexen Thema Bilanz zu ziehen, ist eine Herausforderung. Wenn wir uns die Berichte aus den verschiedenen Arbeitsgruppen ansehen, so scheint mir, dass sehr viel Wille vorhanden war, diese Herausforderung anzunehmen.

Die Optionen, die zu einer besseren Betrachtungsweise von Armut im Rahmen der Europäischen Integrationsstrategie führen sollen, verdienen nähere Betrachtung.

Bei einer früheren Konferenz sagte ein Delegierter: *„Von Armut betroffene Menschen haben den politischen Entscheidungsträgern etwas zu bieten!“* Die Ergebnisse der 4. Konferenz zeigen einmal mehr, wie sehr dieser Delegierte Recht hatte. Es ist daher von enormer Wichtigkeit, dass den politischen Entscheidungsträgern die Ergebnisse dieser zweitägigen Arbeiten zur Kenntnis gebracht werden.

Ich verspreche, dass ich meinen Kolleginnen und Kollegen im Rat von dieser Konferenz berichten werde.

Nachdem der letzte Rat „Beschäftigung und Soziales“ unter der luxemburgischen Präsidentschaft bereits am 2. Juni gehalten wurde, habe ich das Vereinigte Königreich ersucht, beim nächsten Rat „Beschäftigung und Soziales“ meine

Botschaft zu überbringen, und man hat dem zugestimmt. Die Ergebnisse der 4. Konferenz werden daher auf höchster Ebene gehört werden.

Ich möchte auch noch kurz darauf zurückkommen, was meine Kollegin Ursula Haubner gestern gesagt hat: Die luxemburgische Präsidentschaft begrüßt die Zusage Österreichs, das Folgetreffen, die 5. Konferenz im Jahr 2006 während der österreichischen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union zu veranstalten.

In diesen Diskussionen hat niemand für Sie gesprochen. Sie haben für sich selbst gesprochen! Dabei, und durch die Art und Weise, wie sie es getan haben, haben Sie das stereotype Bild der unglücklichen armen Menschen einmal mehr Lügen gestraft, die durch die Armut zum Schweigen verdammt sind. In meiner Eröffnungsansprache sagte ich, dass die gemeinsamen Zielsetzungen zur Bekämpfung der Armut, die die Europäische Union im Dezember 2000 verabschiedete, die Förderung der Selbstverwirklichung für von Armut betroffenen Menschen forderte. Diese Konferenz hat dazu definitiv beigetragen!

Diese Zielsetzungen forderten auch die Förderung der Teilhabe von Armut betroffener Menschen.

Teilhabe war das Schlüsselthema der 3. Konferenz. Ich würde gerne sagen, dass ich das Bild der Armut und die Frage der Teilhabe als miteinander verbundene Fragen sehe.

Die Bedeutung der Teilhabe ist allgemein anerkannt:

- Der Europäische Rat im März 2004 forderte die Mitgliedstaaten auf, „Reformpartnerschaften“ insbesondere mit der Zivilgesellschaft aufzubauen.
- Im März 2005 ersuchte der Europäische Rat die Mitgliedstaaten, „nationale Reformprogramme“ ins Leben zu rufen, die mit allen Betroffenen in breitem Umfang beraten werden sollten.
- Die Sozialagenda 2005-2010 sieht vor, dass alle Betroffenen an einem alljährlichen Evaluierungsforum beteiligt sein sollen.
- Die strategischen Leitlinien der Kohäsionspolitik besagen, dass eine wirkungsvolle Politik auf einer qualitätsvollen, breit angelegten Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft beruht.

- Eines der für eine nachhaltige Entwicklungspolitik vorgeschlagenen Grundprinzipien fordert, dass alle Verbände und InteressentInnen Möglichkeiten zur Teilhabe angeboten erhalten.

Von Armut betroffene Menschen und ihre Selbsthilfeorganisationen zählen zweifellos zu den InteressentInnen!

Das Jahr 2007 wird das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle sein. Die Europäische Kommission wird in diesem Jahr eine Debatte zu Möglichkeiten, um unterrepräsentierten Gruppen in der Gesellschaft verstärkte Teilhabe zu geben, vorschlagen.

Von Armut betroffene Menschen sind eine solche Gruppe.

Ich glaube, dass der erste Schritte zur stärkeren Teilhabe von Armut betroffener Menschen die Anerkennung ist, dass sie bereit und fähig sind, sich der Teilhabe zu bedienen.

An dieser Stelle möchte ich zwei Zitate bringen, deren tiefgreifende Wahrheit mich direkt angesprochen hat:

Das erste Zitat stammt von einem Teilnehmer an einer früheren Konferenz, der sagte: *„Die Armen werden als faul gesehen, obwohl sie den Großteil ihrer Zeit und Energie darauf aufwenden, zu überleben.“* Das zweite Zitat stammt von Pater Joseph, dem Gründer der Bewegung „ATD Vierte Welt“: *„Die Armen wissen tief in ihrem Herzen, dass ihr täglicher Kampf in Wirklichkeit der Kampf der gesamten Menschheit gegen Armut und Ausgrenzung ist.*

Sie wissen, dass dieser Kampf nicht nur allein ihr Kampf ist, sondern eine wahre Herausforderung an die gesamte Menschheit.“

Ja, die Bekämpfung der Armut ist eine Herausforderung für uns alle, weil die Armen sie zwar allein ertragen müssen, jedoch nicht allein dafür verantwortlich sind. Armut ist auch der Ausdruck vieler Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft und das Produkt vieler politischer Entscheidungen. Diese Art, die Armut zu sehen, **wird heute** von vielen Privatpersonen und politischen Entscheidungsträgern **abgelehnt**; sie betrachtet von Armut betroffene Menschen als unschuldig an dem Vorwurf, **sie seien für ihre Armut selbst verantwortlich.**

Wendet man sich aber nicht ab, sondern sieht man genauer hin, so sieht man klar, dass dieser Vorwurf unbegründet ist, die altbekannten Stereotypen verschwunden und die Automatik, mit der von Armut betroffenen Menschen die Teilhabe verweigert wird, verliert an Bedeutung.

Hier könnten die politischen Entscheidungsträger bei der Bekämpfung negativer Stereotype eine zentrale Rolle spielen.

Ich glaube auch, dass wir uns die politische Maßnahmen für von Armut betroffene Menschen sehr genau ansehen sollten, um jene zu identifizieren und über Bord zu werfen, die den Menschen ein Image der reinen Leistungsempfänger anhängen. Von Armut betroffene Menschen haben Probleme im Zusammenhang mit Einkommenshöhen, Wohnraum, Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Sozialschutz, Information, Verkehr, Sicherheit und Justiz, Freizeit und Kultur.

Darum sollte das Ziel der Armutsbekämpfung in allen diesen Politikbereichen berücksichtigt werden und alle MinisterInnen, nicht nur die für Soziales zuständigen, sollten an seiner Umsetzung beteiligt sein.

Die „Europäischen Konferenzen von Armut betroffener Menschen“ könnten auch von der Beteiligung der diversen Ministerien und der verschiedenen Direktionen der Europäischen Kommission profitieren.

Maria MARINAKOU, Präsidentin des EAPN

Es ist immer eine Herausforderung, am Ende einer so produktiven Konferenz mit einem starken partizipatorischen Dialog Schlussbemerkungen abzugeben. Viele große Fragen wurden angesprochen, die den Alltag von Armut und verschiedenen Formen sozialer Ausgrenzung betroffener Menschen ausmachen, denn Armut hat viele Dimensionen, was sich in der Tatsache widerspiegelt, dass hier 160 TeilnehmerInnen aus 22 Ländern vertreten sind.

Wir haben einen kritischen und analytischen Blick auf die Rolle der Medien und ihre Macht bei der Schaffung von Stereotypen und oberflächlichen Erklärungen für die Ursachen der Armut geworfen. Wir haben uns mit diskriminierenden Praktiken und den Auswirkungen beschäftigt, die die Wahrnehmung der Armut auf sozialpolitische Maßnahmen und die Haltung derer, die im Sozialbereich arbeiten, hat.

Obwohl Forschungsergebnisse darauf hinweisen, dass in höher entwickelten Sozialstaaten mit Sozialschutzprogrammen, die auf Solidarität beruhen, die Wahrnehmung vorherrscht, dass Armut strukturelle Ursachen hat und keine Pathologie des Einzelnen – eine Frage einer persönlichen Verantwortung – ist, haben die TeilnehmerInnen uns bewiesen, dass eine negative Wahrnehmung von Armut betroffener Menschen überall zu finden ist.

Eine starke Botschaft aus den Debatten lautet, dass eine individualistische Wahrnehmung der Armut oft in Stigmatisierung, Viktimisierung und Unselbständigkeit führt, die von Armut betroffene Menschen in einem Teufelskreis gefangennehmen. Entgegen der Wahrnehmung von Armut betroffener Menschen als „Opfer“ haben viele TeilnehmerInnen in ihren Erzählungen aus dem eigenen Leben oder dem Leben ihrer Familien gezeigt, dass sie Kraft und die Fähigkeit zum Überleben haben, die es ihnen ermöglicht, Lösungen zu finden und ihre Erfahrungen in kollektives Handeln umzusetzen.

Das bedeutet nicht, dass Einzellösungen politische Ansätze ersetzen können, nicht im Mindesten. Das EAPN hat sich immer dafür eingesetzt, dass die politischen Maßnahmen auf den wirklichen Erfahrungen der von Armut

betroffenen Menschen basieren sollten, dass ihre Stimmen gehört und ihre Erfahrungen in der politischen Entscheidungsfindung berücksichtigt werden sollten, und dass es letztlich gilt, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte zu garantieren.

Das ist im Wesentlichen, worum es bei dem Begriff „Teilhabe“ geht und die Grundlage der 4. Konferenz darstellt: von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen sind „Experten aus Erfahrung“.

Die Diskussionen haben die Macht der Medien bei der Gestaltung des Bildes von Armut betroffener Menschen und in gewissem Maß auch ihren Einfluss auf politische Maßnahmen gezeigt.

Die Medien haben oft diskriminierende Bilder verbreitet und so soziale Ungleichheit, vor allem im Hinblick auf Rasse, Ethnie, Migrationshintergrund, Geschlecht, Behinderung, Kultur, Alleinerzieher, Suchtverhalten usw. legitimiert.

Während jedoch der sensationsgierige und dramatisierende Ansatz der Medien – mit dem Einzelfälle auf unwürdige, manipulierende und oberflächliche Weise porträtiert werden – eine Praxis ist, die klar verstanden wird und heftig zu kritisieren ist, wird auch unzweideutig anerkannt, dass die Notwendigkeit besteht, ethisch agierende JournalistInnen zu Verbündeten zu machen und Kommunikationstrategien auf allen Ebenen aufzubauen, vor allem auf der lokalen Ebene, wo die Medien leichter zugänglich und beeinflussbar sind. Einige Good Practices in dieser Richtung wurden von Belgien und Polen beschrieben. Viele TeilnehmerInnen meinten, die neuen Technologien, wie etwa das Internet, sollten ihnen offenstehen, damit Probleme der Armut sichtbar gemacht werden können.

In den Diskussionen über politische Maßnahmen und politische Entscheidungsfindung mit besonderem Augenmerk auf die NAPs „Soziale Integration“ wurde es klar, dass nach zwei Runden der Nationalen Aktionspläne für die 15 und einer Runde für die 10 neuen Mitgliedstaaten noch viel zu tun bleibt, bevor wir sagen können, dass wirklich alle Akteure mobilisiert und echte Konsultation, Teilhabe und Integration der von Armut betroffenen Menschen erreicht wurden. Die TeilnehmerInnen bestätigten, dass den NAPs „Soziale Integration“ der „politische Realismus“ fehlt, den die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung braucht.

Obwohl der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung mit dem Versprechen „die Beseitigung von Armut bis 2010 entscheidend voranzubringen“ im Jahr 2000 in Lissabon einen neuen Impetus erhielt, fragen sich viele, was bisher erreicht wurde, und wie die Regierungen dieses Ziel bis 2010 zu erreichen gedenken.

Kürzungen, Privatisierungen öffentlicher Güter und Leistungen wie Elektrizität, Wasserversorgung und medizinischer Versorgung, hohe Arbeitslosenraten, Veränderungen in den Sozialschutz- und Pensionssystemen, mangelnde Ausbildung und lebenslanges Lernen machen die Zukunft höchst unsicher. Viele TeilnehmerInnen betonten, dass es Zeit für konkretere Handlungen sei, die unsere Debatten berücksichtigen, und das ist eine klare Botschaft für die 5. Konferenz. Das EAPN wurde aufgefordert, diese Vorschläge auf allen Ebenen der politischen Gestaltung zu verbreiten.

Wie die Dinge derzeit in der Europäischen Union stehen, gibt es viel Verwirrung dahingehend, in welche Richtung man sich entwickeln soll. Die soziale Dimension Europas steht am Scheideweg. Im Kontext der aktuellen Diskussion zur Zukunft der Strategie von Lissabon, zu Beschäftigung und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse vermittelt die Union ihren Bürgerinnen und Bürgern nur ein Bild: dass es ihr um Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Arbeitsplatzschaffung um jeden Preis geht. Die Debatte zum europäischen Budget und den Strukturfonds zeigt, dass nationale Prioritäten mit einem Rückgang der Solidarität und des gesellschaftlichen Zusammenhalts einhergehen und dass die Union in einer Identitätskrise steckt.

Die Referenden in den beiden Gründungsstaaten der Union haben gezeigt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger Europas dem Entscheidungsprozess und dem europäischen Projekt als Ganzes entfremdet fühlen.

Seien wir uns darüber im Klaren: In dieser Zeit der Herausforderungen für die Zukunft der Europäischen Union gibt es viele starke Kräfte, die für ein soziales Europa, für sozialen Zusammenhalt und Umweltpolitik, mehr Teilhabe an Entscheidungsprozessen, Solidarität und soziale Gerechtigkeit eintreten. Das EAPN gehört dazu und es baut starke Bündnisse auf, um diese Stimme zu

stärken. Mit vereinten Kräften wollen wir in diese Richtung arbeiten. Jeder und jede von uns hat eine Rolle zu spielen.

Ein anderes Europa, eine andere Welt sind möglich.

Schlussbemerkungen des Vorsitzenden der 4. Konferenz

Professor Gaston SCHABER, Präsident CEPS/INSTEAD

Lassen Sie mich die Konferenz mit einer Bemerkung schließen, von der ich hoffe, dass sie nicht zu persönlich ist, sondern Ihrer Initiative Tribut zollt. Ich bin seit mehr als 50 Jahren damit befasst, oft generationsüberspannend mit – nicht für – von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen zu arbeiten.

Seit mehr als 30 Jahren arbeite ich in nationalen und internationalen Forschungsgruppen, nicht nur nach wissenschaftlichen Standards, sondern auch, um dafür zu sorgen, dass die Ergebnisse von den politischen Entscheidungsträgern nicht ignoriert werden: Wir arbeiten mit höchst repräsentativen Stichproben, mit Einzelbefragungen von armen und wohlhabenden Menschen, wir haben komplexe Bereiche behandelt, in denen es dennoch Lücken in den Relationen zwischen Armut und Reichtum, den Machtlosen und den Mächtigen usw. geben kann.

Durch diese beiden Bereiche sind wir in direktem, eigenständigem Kontakt mit Organisationen, die eigene Arbeitsprogramme haben, und mit von Armut betroffenen Menschen. Die 4. Konferenz hat das verändert: Sie haben mir überzeugende Beweise dafür geliefert, dass strukturierte Zusammenarbeit zwischen von Armut betroffenen Menschen und Menschen, auf die dies nicht zutrifft, die jedoch neben ihnen arbeiten, relevant und produktiv sein kann. Diese Konferenz hat mir klar gemacht, dass diese Zusammenarbeit nicht nur möglich, sondern wesentlich ist. Fassen Sie das bitte nicht als Binsenweisheit auf: **Ich bin bereits dabei, mit manchen Delegationen zu überlegen, wie man die hier begonnene Arbeit weiterbringen kann.**

Lassen Sie mich zurückblicken: der erste Teil unserer Konferenz beschäftigte sich mit den großen Fragen, die sich aus den vorigen Konferenzen ergeben hatten – Arbeitsplätze, Diskriminierung und Rassismus, die Liberalisierung der Dienstleistungen und ihre Auswirkungen auf von Armut betroffene Menschen, die Notwendigkeit von Mechanismen und Strukturen, die Teilhabe leichter ermöglichen.

Diese beiden Tage haben klar gemacht, dass die Fragen und Anliegen dringlicher sind als je zuvor, und sie waren im Hintergrund immer da, in den Workshops und den Plenarsitzungen, wenn es um das zentrale Thema der 4. Konferenz „Bilder und Wahrnehmungen der Armut“ ging.

Um es noch klarer zu sagen, Armut und Armutsgefährdung sind in den letzten Jahrzehnten nicht zurückgegangen, sondern haben sich auf breitere Kreise der Bevölkerung ausgebreitet, Personen, die arbeiten, deren Hintergrund, Ausbildungsniveau und Laufbahn bisher als Bollwerk gegen Unsicherheit galt. Lassen sie mich kurz die vergangenen 60 Jahre Revue passieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und **nach 30 Jahren des ununterbrochenen Wachstums und Aufbaus von Wohlstand** berief die Europäische Gemeinschaft im Jahr 1974 erstmals ein Seminar zum Thema Armutsbekämpfung ein, das zu einer Reihe von europäischen Programmen zur Bekämpfung von Armut unter verschiedenen Namen führte – was zunächst „die Armen“ hieß, wurde dann zu „die Benachteiligten“ und schließlich zu „die Ausgegrenzten“. Auch wenn diese Ausdrücke viel weniger stigmatisieren, sind sie nach wie vor Ausdruck einer Unsicherheit, die sich quer durch alle Bevölkerungsschichten zieht.

Die nächsten 30 Jahre – eine Zeit der weitreichenden Veränderungen global, national und im Zusammenspiel der beiden – brachten uns in Europa und auch anderswo eine Situation des ständigen Wachstums, in der 5 bis 10 % der Bevölkerung sich eines höheren Lebensstandards erfreuen, während die Verteilung dieser Vorteile stagniert oder sogar zurückgeht, und in der der Mittelstand trotz seiner Wohlstandszuwächse extrem armutsgefährdet ist.

Dies geschah trotz dreier Reihen von Programmen zur Bekämpfung von Armut und trotz der Tatsache, dass diese innerhalb breiter sozial orientierter Ansätze zum Wirtschaftswachstum positioniert und fein abgestimmt wurden. Es geschah, obwohl auf allen Ebenen Beschreibungen, Maßnahmen und Indikatoren sowie relativ komplizierte Verfahren, die heute als Standard im Monitoring gelten, entwickelt wurden, obwohl es Evaluierung von politischen Zielen und Ergebnissen politischer Maßnahmen sowie Good Practices gibt. Die luxemburgische Präsidentschaft wird eine spezielle Konferenz zu diesem Thema unter dem Titel „Den Prozess der sozialen Integration voranbringen“ abhalten, die auf einem wissenschaftlichen Bericht von Tony Atkinson, Bea Cantillon, Eric Marlier und Brian Nolan basiert und helfen soll, den Prozess der sozialen Integration besser auf die Umsetzung seiner Ziele auszurichten, auf die Präsentation der gewünschten Ergebnisse und deren Evaluierung im Vergleich zu den Zielsetzungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Lassen Sie mich das Folgende hervorheben: Trotz all dieser absolut wesentlichen Bemühungen und Initiativen müssen wir uns der Tatsache stellen, dass – unter Vernachlässigung der Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten – weder die nationalen Programme noch die europäischen Programme zur Armutsbekämpfung funktioniert haben... und die Gründe dafür liegen nicht darin, in welchem Ausmaß die verschiedenen Mitgliedstaaten Good Practices anwenden oder nicht ...

Ohne herabsetzen zu wollen, was bisher erreicht wurde, müssen wir auf eine andere Ebene des Denkens, Forschens und Analysierens vordringen – die noch politisch unkorrekt und unterentwickelt ist: Wir brauchen eine Analyse der Macht und der Werte dieser Ansätze im Lichte der globalen Machtsysteme. Gleichzeitig müssen wir einen Blick auf die lokale Ebene werfen, um die Beziehung der von Armut betroffenen Menschen zu ihren lokalen Machthabern zu betrachten. Und auf einer ähnlichen – noch nicht akzeptierten – Ebene müssen wir das Versagen der guten Staatsführung in den Ländern, den Nationen und Mitgliedstaaten analysieren, das heißt das, was wir derzeit als wirtschaftliche und finanzielle Globalisierung und deren implizite Regeln bezeichnen.

Ich werde es dabei bewenden lassen, weil ich Sie gegenüber den Institutionen, die Ihre Initiativen unterstützen, nicht in eine peinliche Lage bringen will. Ich werde meinen eigenen Acker weiter bearbeiten, ohne Ihnen Kollateralschaden zuzufügen... aber ich möchte gerne noch anmerken, dass ich kein so großer Ketzer bin, wie ich scheinen mag, wenn ich Ihnen sage, dass dem Defätismus Ermächtigung, Eigenständigkeit entgegengehalten werden kann- und das ist eine Zielsetzung der 4. Konferenz. Ich habe nicht genug Zeit, um diese Zielsetzungen zu kommentieren, nur soviel - sie sind die Quelle ihrer Unternehmungen, und ich möchte an dieser Stelle den Präsidentschaften der Europäischen Union – Belgien 2001, Griechenland 2003, Irland 2003, Luxemburg 2005 und Österreich 2006 – für Ihre Unterstützung danken.

Durch die bescheidene, aber wirkliche Beteiligung des Zentrums,⁹ an dem ich zum Thema „Entwicklung globaler Netzwerke“ arbeite, wissen wir, dass die Ermächtigung von Armut betroffener Menschen auf der Agenda eines globalen Partners steht, was auch immer das für die Ergebnisse bedeuten mag. In dem Buch „Empowerment and Poverty Reduction“ von Deepa Narayan aus dem Jahr 2002 lesen wir:

Ermächtigung ist die Ausweitung von Vorzügen und Fähigkeiten armer Menschen, damit sie an Institutionen, die sich auf ihre Leben auswirken, teilhaben, mit ihnen verhandeln, sie beeinflussen, kontrollieren und zur Verantwortung ziehen können.

Da Armut viele Dimensionen hat, brauchen die Armen eine breite Palette von Vorzügen und Fähigkeiten auf der Ebene des Individuums (Gesundheit, Bildung, Wohnraum) und auf der kollektiven Ebene (wie die Möglichkeit, sich zu organisieren und zu mobilisieren, um kollektiv zu handeln und die eigenen Probleme zu lösen).

Um Frauen und Männer in Armut zu ermächtigen, müssen die formellen und informellen institutionellen Schranken fallen, die sie daran hindern, zur Verbesserung ihrer Situation zu handeln – individuell oder kollektiv – und die ihre Wahlmöglichkeiten einschränken. Die formellen Institutionen, die hier

⁹ Eingerichtet auf Betreiben der Weltbank.

Schlüsselrollen spielen, sind Staat, Märkte, Zivilgesellschaft und internationale Stellen; zu den informellen Institutionen gehören Normen der sozialen Ausgrenzung, ausbeuterische Beziehungen und Korruption.

Ich würde meinen, dass dieser Ansatz nicht so weit davon entfernt ist von dem, was unserer ersten Studie über dauerhafte Armut zu Grunde lag, als wir in den Jahren 1978 bis 1980 sieben Regionen in fünf der industrialisiertesten Länder der damaligen Europäischen Gemeinschaft untersuchten...

Er steht auch Ihrem Ansatz sehr nahe.

Lassen Sie mich damit schließen, dass ich Ihnen den Erfolg wünsche, den Sie so sehr verdienen, und uns allen den Mut und die Energie, die wir brauchen.